



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

90. Sitzung

6. Wahlperiode

Freitag, 13. März 2015, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Beate Schlupp,
Vizepräsidentin Regine Lück und Vizepräsidentin Silke Gajek

Inhalt

Inhalt		Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ... 14, 25	
		Ministerin Heike Polzin 18	
		Jeannine Rösler, DIE LINKE 20	
		Tilo Gundlack, SPD 21	
		Udo Pastörs, NPD 24	
		Egbert Liskow, CDU 25	
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD			
Wirtschaftlichkeit von Kraft-Wärme-			
Kopplungsanlagen (KWK-Anlagen) sichern		B e s c h l u s s 28	
– Drucksache 6/3746 – 3			
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE		Antrag der Fraktion der NPD	
– Drucksache 6/3786 – 3		Kampagne starten: Keine Chance –	
		Deutschland wird nicht Eure Heimat!	
Dietmar Eifler, CDU 3		– Drucksache 6/3749 – 28	
Minister Christian Pegel 4			
Regine Lück, DIE LINKE 6		David Petereit, NPD 28, 32	
Rudolf Borchert, SPD 7, 13		Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE 30	
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 9			
David Petereit, NPD 11		B e s c h l u s s 33	
Jürgen Seidel, CDU 12			
B e s c h l u s s 13			
Antrag der Fraktion		Aussprache zum Thema	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT	
Haushaltsüberschüsse in die Zukunfts-		Fortgang der Umsetzung der Landkreis-	
fähigkeit des Landes investieren –		neuordnung Mecklenburg-Vorpommern 34	
Nachtragshaushalt vorlegen			
– Drucksache 6/3755 – 14		Jeannine Rösler, DIE LINKE 34	
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE		Minister Lorenz Caffier 35	
– Drucksache 6/3796 – 14		Heinz Müller, SPD 37	
		Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 39	
		Stefan Köster, NPD 42	
		Marc Reinhardt, CDU 43	

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ersatzhafen auf dem Fischland-Darß-Zingst

– Drucksache 6/3742 – 44

Katharina Feike, SPD 44

Ministerin Heike Polzin 45

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE 46

Jürgen Seidel, CDU 47

Stefan Köster, NPD 48

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 49

B e s c h l u s s 50

Nächste Sitzung

Mittwoch, den 22. April 2015 50

Beginn: 9.03 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 90. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich unserem Kollegen Dr. André Brie ganz herzlich zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gratulationen)

Auch wenn wir das heute nicht persönlich tun können, glaube ich, schließen Sie sich mir an, dass wir auch unserem Kollegen und Minister Dr. Till Backhaus ganz herzlich zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren und ihm beste Genesungswünsche übermitteln.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Wirtschaftlichkeit von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sichern, auf Drucksache 6/3746. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3786 vor.

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
Wirtschaftlichkeit von
Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen
(KWK-Anlagen) sichern
– Drucksache 6/3746 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 6/3786 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Eifler für die Fraktion der CDU.

Dietmar Eifler, CDU: Guten Morgen! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit einem Gesamtwirkungsgrad von über 80 Prozent ist die Kraft-Wärme-Kopplung eine der effizientesten Energietechnologien. Durch die gleichzeitige Nutzung von Strom und Wärme werden zum einen Ressourcen geschont und zum anderen CO₂-Emissionen reduziert.

Mit dem Absinken der Börsenstrompreise auf aktuell bis zu 2/3 Cent je Kilowattstunde an der Strombörse ist die Wirtschaftlichkeit dieser Hocheffizienztechnologie gefährdet. So sind in der zurückliegenden Zeit die Betriebsstunden der Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, welche einen positiven Deckungsbeitrag aufweisen, stark gesunken. Deshalb wurden bereits Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen heruntergefahren, sodass ihre Beiträge zur Versorgungssicherheit, zur Flexibilitätserhöhung und zur Steigerung der Energieeffizienz der Wohnungswirtschaft verloren gingen.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat im Oktober 2014 das sogenannte Grünbuch „Ein Strommarkt für die Energiewende“ veröffentlicht. Die darin enthaltenen Aussagen zur Wirtschaftlichkeit von erdgasbetriebenen Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen unter-

scheiden sich diametral von den Ergebnissen der Studie zur Evaluierung des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes. Insbesondere geht die prekäre Situation der Erdgas-Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen daraus hervor, dass die Leistung von 35 Terrawattstunden vom Jahr 2008 bis zum Jahr 2013 auf 26 Terrawattstunden zurückgegangen ist und weiter fällt.

Aufgrund der Verluste aus dem Stromgeschäft werden vor allem hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen auf Erdgasbasis gedrosselt. Diese Entwicklung steht in vieltem der Energiewende entgegen, da ein Ausgleich der volatilen Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien mittels Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen nicht mehr möglich ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir sind der Auffassung, dass eine Weiterentwicklung von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen zeitnah umzusetzen ist, um weitere Stilllegungen in diesem Bereich zu vermeiden. Bei Stilllegungen von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen wird der Wärmebedarf für die Fernwärme oft durch alternative Energieträger wie Öl beziehungsweise Kohle ersetzt. Aufgrund der aktuellen Situation ist es umso verständlicher, dass Ersatzinvestitionen in Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen nicht umgesetzt werden und diese durch Heizkessel auf Öl- oder Kohlebasis ersetzt werden. Die Energieeffizienz des Gesamtsystems und die CO₂-Bilanz fallen somit negativ aus.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass die Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen langfristig CO₂ vermeiden. So wurden im Jahr 2012 allein 56 Millionen Tonnen CO₂ durch Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen vermieden. Gleichzeitig gibt es ein erhebliches Potenzial für Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen in Deutschland. Der derzeitige Beitrag der Stromerzeugung durch Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen könnte durch den Faktor 2 bis 2,5 auf 240 Terrawattstunden erhöht werden.

Des Weiteren bieten Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen neben der Deckung des Wärmebedarfs für Wohngebäude auch hervorragende Möglichkeiten, die diskontinuierliche Stromerzeugung von Erneuerbare-Energien-Anlagen zu kompensieren. Gerade im Winter, wenn Solar- und Windkraftanlagen eine geringere Leistung aufweisen, können Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen aufgrund der Wärmenutzung auch zur Stromversorgung beitragen. Die Kraft-Wärme-Kopplung ist somit ein flexibles Bindeglied zwischen Strom- und Wärmemarkt. Sie bietet hervorragende Chancen, enorme Effizienzpotenziale im Wärmemarkt zu heben.

Sehr geehrte Damen und Herren, aus den zuvor genannten Gründen ist es nach Auffassung meiner Fraktion notwendig, die Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzesnovelle zügig umzusetzen und durch geeignete Maßnahmen die Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen in unserem Land, aber auch bundesweit wieder in eine wirtschaftliche Situation zu überführen. Hierzu können unseres Erachtens eine Anpassung der Förderhöhe, eine zeitlich befristete Einbeziehung des Anlagenbestandes in die Förderung gemäß Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz oder die Aufstockung der Mittel für den Anlagenbestand zählen.

Insgesamt gilt es, mit dem Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz eine wirtschaftliche Basis für die hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen im Bestand und im Neubau durch deren Modernisierung zu schaffen. Nur so kann das im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ver-

ankerte Ziel von 25 Prozent Kraft-Wärme-Kopplungs-Stromanteil bis 2020 sowie das Klimaschutz- und Effizienzziel der Bundesregierung für 2020 erreicht werden. Deshalb stimmen Sie dem vorliegenden Antrag der Koalitionsfraktionen bitte zu! – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Eifler.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat der Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Herr Christian Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einen wunderschönen guten Morgen auch von dieser Stelle. Der vorliegende Antrag – Herr Eifler hat es eben komprimiert auf den Punkt gebracht – weist auf zwei ganz wesentliche Fakten bereits in seiner Ziffer 1 hin, die die Kraft-Wärme-Kopplung besonders auszeichnen.

Erstens ist die Kraft-Wärme-Kopplung eine der effizientesten Energieerzeugungstechnologien. KWK-Anlagen weisen einen Gesamtwirkungsgrad von round about 80 Prozent gegenüber dem eingesetzten Primärenergieträger auf, was sie besonders umweltschonend und klimafreundlich machen. Die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme spart in der Tat Schadstoffemissionen, es wird quasi die bei der Stromerzeugung entstehende Wärme ebenfalls immer einer sinnvollen Verwertung zugeführt, statt mit zweifachem Einsatz in zwei getrennten Vorgängen zweimal Energie zu erzeugen.

Die Kraft-Wärme-Kopplung findet sich – deshalb sind wir hier im Lande besonders engagiert und betroffen an der Stelle, in Mecklenburg-Vorpommern wie im gesamten Osten im Übrigen – besonders häufig wieder. Dies ist vor allem auch eine Folge der historischen Entwicklung in den größeren Städten. Nicht selten war es zu DDR-Zeiten Abwärme aus verschiedensten industriellen Prozessen, die selbstverständlich hinterher für die Wärmenutzung zugeführt wurde.

Nicht wenige dieser Städte – das gehört zu der Entwicklung auch dazu, in Greifswald habe ich es zumindest sehr deutlich vor Augen gesehen – gerieten nach 1990 in einen erheblichen Zugzwang. Wenn nämlich die industriellen Prozesse wegbrachen, die quasi als Abfallprodukt auch noch die Wärme für nicht selten größere Wohnungsbestände erzeugt hatten, dann galt es, schnell wirksamen Ersatz für diese wegbrechende Wärmeversorgung zu schaffen. Das führte häufig zu der sehr klugen Entscheidung, insbesondere bei vielen Stadtwerken hier im Lande, in zumeist gasbefeuerte KWK-Anlagen zu investieren. Viele der betroffenen Städte bei uns im Land machten an dieser Stelle ein Stück weit aus der Not eine Tugend und ließen ihre Stadtwerke hochmoderne KWK-Anlagen – insbesondere in den 90er-Jahren – errichten.

Das Ergebnis lässt sich bundesweit gut vorzeigen. 2013 wurden in Kraftwerken für die allgemeine Versorgung in

Mecklenburg-Vorpommern circa 30 Prozent des Nettostroms und circa 84 Prozent der Nettowärme durch Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt. Dies zeigt, welche Bedeutung die Kraft-Wärme-Kopplung bei uns vor allem im Wärmebereich gewonnen hat. Zu den Zahlen gehört allerdings auch das Kohlekraftwerk in Rostock, das natürlich nicht originär als KWK-Anlage errichtet ist, bei dem aber eine erhebliche Wärmeauskopplung gleichermaßen stattfindet. Diesen erreichten Stand – das ist bei der Einbringung eben deutlich vorgetragen worden – gilt es, klug zu pflegen und natürlich auch zu verteidigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber diese sehr positive Entwicklung ist derzeit – auch das ist angeklungen – für eine größere Zahl der Stadtwerke zunehmend schwieriger zu handeln. Die KWK-Anlagen, und zwar vor allem die konventionell betriebenen KWK-Anlagen, leiden unter einer Abnahme der Wirtschaftlichkeit. Die Gründe dafür sind durchaus vielschichtiger, die Wirkungen von zum Beispiel sehr wünschenswerten Sanierungs- und Effizienzmaßnahmen gehören ebenso dazu wie die Energiewende bedingte Entwicklung auf dem Energiemarkt und – wiederum bei nicht konventionell betriebenen KWK-Anlagen – ein Teil der Änderungen im EEG im Jahr 2014.

Aber auch eine gewisse Flucht vieler potenzieller Kunden in die kleinteilige Eigenversorgung macht der KWK das Leben schwerer. In Greifswald und in anderen Städten hat es deshalb bewusst einen Weg in entsprechende Satzungen gegeben, die – auf Stadtteile, auf ganze Ortschaften oder Gemeinden bezogen – über entsprechende Anschluss- und Benutzungszwänge nachdenkt.

Gerade dieser letzte Grund paart sich mit den wohlge-merkt wünschenswerten Effekten durch Sanierungserfolge bei der Energieeffizienz von Gebäuden. Die häufig besonders in Plattenbausiedlungen eingesetzte KWK-Technologie wird in vielen Städten Opfer des Sanierungserfolges. Die Wärmeverbräuche für die Heizungen sind binnen weniger Jahre auf Bruchteile der ursprünglich benötigten Heizungswärme zurückgegangen. Parallel sind die Kundenzahlen aber nicht in dem Maße angestiegen, dass weiterhin die bisher benötigten Wärmemengen abgesetzt werden können, sondern sie sind zuweilen noch zusätzlich eingebrochen.

Die hohen Investitionskosten aus der Zeit von Anfang/Mitte der 90er waren aber vom Volumen her auf die damals benötigten Wärmemengen ausgerichtet. Heute müssen die dafür anfallenden Kapitalkosten und insbesondere der Anlagenwertverzehr durch wesentlich weniger abgenommene Wärmeeinheiten gedeckt werden.

Selbst wenn dieser Trend – auch das muss deutlich gesagt werden zur Verteidigung derjenigen, die Anfang der 90er-Jahre entschieden haben – Anfang der 90er, wenn auch sicherlich nicht in seiner ganz konkreten Dimension, wie wir sie heute sehen, bereits vorhersehbar gewesen sein mag – eine Alternative hat es für die damaligen Entscheiderinnen und Entscheider nicht gegeben. Wer hätte beispielsweise – dann bleibe ich wieder daheim – in Greifswald knapp zwei Dritteln der Menschen in der Stadt erklären mögen, dass sie für eine Übergangszeit von 5 bis 15 Jahren ein wenig frieren müssen,

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

damit schon vorsorglich damals eine deutlich kleinere KWK-Anlage hätte errichtet werden können, die heute ausreichend wäre und man dann wiederum das Signal gegeben hätte, wir versichern euch, in 10 Jahren, spätestens in 12, haben wir genau so viel Wärme, wie ihr braucht, weil wir ja saniert haben, und dann passt das alles. Das wäre wohl kaum tröstlich für die Betroffenen gewesen. Deswegen waren die Entscheidungen damals vollkommen zutreffend.

Die Wirtschaftlichkeit beruht aber – das gehört auch dazu – selbstredend nicht ausschließlich auf der Wärme oder auf dem Wärmeverkauf, sondern selbstverständlich auch auf dem Strommarkt. Gerade der Strom und damit die Möglichkeit, mit beiden Energielieferungen Einnahmen zu erzielen, macht die KWK vor allen Dingen ökologisch hochattraktiv.

Die Mehrzahl unserer KWK-Anlagen hier im Lande – da bin ich vielleicht bei leicht differierenden Zahlen – wird doch noch konventionell betrieben, soweit ich das wahrnehme – ich war nicht ganz sicher, auf welche Alternative Sie abstellen –, konventionell, also oft Gas und einige wenige Einsatzstoffe mögen sein, aber oft klassisches Erdgas. Die Mehrzahl der KWK-Anlagen ist also konventionell betrieben, insbesondere mit Erdgas und durch das KWK-Gesetz von 2012 gefördert. Teilweise – insoweit bin ich dicht bei Ihnen – wird aber auch in einigen Betrieben eine Anlage mit Biomasse geführt, darunter beispielsweise Pellets, Biogas, Pflanzenöl oder Bioethanol.

Viele konventionell arbeitende KWK-Anlagen stehen zunehmend vor dem Problem, dass ihre jährlichen Volllaststunden, von mir angesprochen, gesunken sind. Dieser Effekt wird verstärkt, weil die Betreiber für ihren Strom nicht mehr die Preise erzielen, die sie in der Vergangenheit kalkuliert haben und gewohnt waren. Auf gut Deutsch und knapp zusammengefasst: Weniger erzeugte Kilowattstunden mal geringerer Preis gleich wirtschaftliches Problem.

Der Zubau Erneuerbarer-Energien-Anlagen im Rahmen der Energiewende führt zu mehr Strom aus Erneuerbaren und damit zu einem Rückgang konventioneller Stromerzeugung, und zwar infolge des Einspeisevorgangs. Das Mehr an Stromangebot auf dem Markt lässt zudem die Preise an der Strombörse deutlich fallen.

Für die konventionellen Anlagen kommt es leider in einem dritten Punkt noch dicker: Diese werden überwiegend mit Erdgas betrieben, ich habe es eben schon erwähnt, und die Gaspreise haben sich nun gerade in den letzten Jahren deutlich anders verhalten. Dadurch sind Braun- und Steinkohlekraftwerke derzeit in der Lage, ihren Strom günstiger als Gaskraftwerke anzubieten. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist dann der Punkt, der bei energiepolitischer Vernunft dafür spricht, dass auch weiterhin KWK-Anlagen im Land breit zur Anwendung kommen sollten und dafür die hier im Antrag geforderte Unterstützung bekommen.

Mit der energiepolitischen Konzeption – vor wenigen Wochen vorgestellt – bekennt sich die Landesregierung im Übrigen ganz ausdrücklich zur Kraft-Wärme-Kopplung und folgt damit auch einem breiten Konsens im Landesenergierat, der gerade dies in den Mittelpunkt einiger Forderungen gerückt hat. So soll der Ausbau von Wärmenetzen und lokalen Anlagen sowie netzintegrierten

Wärmespeichern auch weiterhin gefördert werden, wenn deren Wärme durch KWK-Anlagen erzeugt wird.

Insbesondere durch die Errichtung von Biogasanlagen und Nahwärmenetzen beziehungsweise die Nachrüstung bereits existierender Biogasanlagen mit Nahwärmenetzen nimmt die Bedeutung solcher Anlagen vor allem im ländlichen Raum immer mehr zu. Dadurch entsteht im Übrigen auch – das ist mir wesentlich – eine kleinräumige Wertschöpfungskette. Wenn es gelingt, Erneuerbare einzusetzen in diesem Bereich, haben Sie oft sehr kleinräumige Wirtschaftsketten im ländlichen Raum, die Sie damit generieren.

Deshalb fördern wir über die Klimaschutz-Förderrichtlinie investive Maßnahmen, unter anderem zur energetischen Nutzung von Biomasse, insbesondere bei wärmegeführten Kraft-Wärme-Kopplungen und Heizungsanlagen. Seit 2007 wurden bei uns im Land 50 biomassebasierte Blockheizkraftwerke überwiegend mit Nahwärmenetzen gefördert. Die Zuschusssumme einschließlich der Netze beläuft sich auf knapp 10,5 Millionen Euro und ich empfehle jedem einen Besuch vor Ort, um sich eines Besseren belehren zu lassen, wenn Sie da deutlich kritische Stimmen hören. Mit diesen 10,5 Millionen Euro wurden im Übrigen Gesamtinvestitionen von rund 40 Millionen Euro ausgelöst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Not der allseits politisch gewollten KWK-Anlagen ist allerdings nicht nur bei uns im Land groß – das werden wir auch mit diesen Förderungen, die ich eben ansprach, nicht bewerkstelligen können –, sondern sie ist ein bundesweites Phänomen. Aufgrund der genannten Probleme soll das KWK-Gesetz noch in diesem Jahr novelliert werden. Das ist ein festes Vorhaben des Bundeswirtschaftsministers und klar skizziert.

Eine im Vorgriff auf diese Gesetzesüberarbeitung seitens des Bundeswirtschaftsministeriums beauftragte Studie bestätigt die gerade geschilderten Wirtschaftlichkeitsprobleme der KWK-Anlagen als bundesweit vorkommend und stellt fest, dass die Kraft-Wärme-Kopplung nach den aktuellen Marktbedingungen bis zum Jahr 2020 stagnieren würde, wenn man nicht gesetzgeberisch interveniert. Die Studie weist aber zugleich auf große Potenziale eines möglichen KWK-Ausbaus hin, insbesondere im Bereich der allgemeinen Versorgung mit Fernwärme und in der Industrie.

Die Studie hat deshalb für die Novellierung des angesprochenen KWK-Gesetzes folgende Marschroute empfohlen: Das aktuelle Förderdesign des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes mit seiner arbeitsseitigen Förderung sollte in seiner Grundform beibehalten werden. Gleichmaßen, so die Studie, bedürfe es weiterhin der Investitionskostenzuschüsse für den Ausbau der Netze und Speicher. Die Studie regt zudem Überlegungen an, unter den aktuellen und für die nächsten Jahre erkennbaren Marktbedingungen eine Bestandsförderung für Erdgas-KWK-Anlagen in der allgemeinen Versorgung in Betracht zu ziehen.

Die Studie macht aber auch deutlich, wer den Neubau und die Modernisierung von KWK-Anlagen für die allgemeine Versorgung ermöglichen will – Herr Eifler hatte das 25-Prozent-Ziel angesprochen –, müsse die Zuschlagssätze insbesondere für ins öffentliche Netz eingespeisten KWK-Strom deutlich anheben. Je nach Techno-

logie sprechen die Studien von Faktor 2 bis 3 im Vergleich zum heute im Gesetz festgeschriebenen Niveau.

Sofern der politische Wille auf einen weiter forcierten Ausbau gerichtet sei, empfiehlt die Studie zudem, den bestehenden Deckel im KWK-Gesetz merklich anzuheben, der derzeit auf Zuschlagszahlungen von maximal 750 Millionen Euro pro Jahr gedeckelt ist. Im Rahmen der Novellierung wird es aber sicherlich auch noch einmal Debatten geben, wie die Kraft-Wärme-Kopplung künftig stärker zur Netzstabilität beitragen kann – das ist von Ihnen angesprochen worden – vor allem in sonnen- oder windarmen Zeiten.

Die Möglichkeiten des KWK-Gesetzes mögen also künftig möglicherweise in den Debatten stärker an diese Systemdienlichkeit anknüpfen, als wir das heute finden. Wenn diese Anlagen bei einer solchen Novellierung künftig ihren Betrieb stärker an den Bedürfnissen des Strommarktes ausrichten sollen, wird es für die stabile Wärmeversorgung weitere Maßnahmen erfordern, beispielsweise Pufferspeicherung und Ähnliches.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein wesentlicher Ausbau von KWK-Anlagen scheint angesichts der gerade geschilderten Ausgangslage derzeit nicht ganz einfach. Bei uns im Land muss das Augenmerk hauptsächlich darauf gerichtet sein, vor allem den schon relativ hohen Bestand zu sichern und zu verteidigen. Dabei wird sicherlich auch die Sorge um die Stabilität des Strompreises eine nicht unbedeutende Rolle in der Debatte über das KWK-Gesetz spielen, denn in diesen fließt selbstredend auch die KWK-Umlage, die jeder Stromkunde zahlt, ein, mit der die Maßnahmen des KWK-Gesetzes finanziert werden.

Angesichts der derzeitigen Höhe des KWK-Aufschlages von 0,6 Prozent dürfte dies aber nach meiner Einschätzung ein beherrschbares Problem sein. Mit Blick auf die Bedeutung von KWK für die Wärmeversorgung im Land muss also unser Ziel sein, den Bestand der Anlagen zu erhalten und mit Augenmaß zu sichern.

Und – mindestens gleichermaßen wichtig – diese Novellierung muss möglichst schnell kommen, weil wir tatsächlich ein Zeitproblem haben und gern dem sicherlich noch viel längere Debatten benötigenden Prozess Diskussionen um ein künftiges Strommarktdesign vorgelagert werden. Eine solche beschleunigte Herangehensweise ans KWK-Gesetz dient dem Klimaschutz in unserem Land, hilft aber insbesondere unseren Stadtwerken, die regelmäßig eigene KWK-Anlagen betreiben und besonders wichtige Partner bei der Umsetzung der Energiewende hier im Land sind.

Die wirtschaftliche Not unserer Stadtwerke durch ihre KWK-Engagements muss selbstredend dringend verhindert werden, und dafür ist die Novellierung des KWK-Gesetzes eine Riesenmöglichkeit. Hierfür wird sich die Landesregierung auf Bundesebene in den jetzt anstehenden Diskussionen um das Grünbuch und das künftige Strommarktdesign gern engagiert einsetzen. – Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat die Abgeordnete und Vizepräsidentin Lück für die Fraktion DIE LINKE.

Regine Lück, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zur Brückentechnologie ist viel gesagt worden. Fakt ist, in anderen Ländern wie in Dänemark und den Niederlanden liegt der Anteil der KWK-Stromerzeugung bei 50 beziehungsweise 38 Prozent. In Deutschland stehen wir mit 98 Terrawattstunden bei gerade einmal gut 16 Prozent. Laut Koalitionsvertrag des Bundes soll der KWK-Anteil an der Stromerzeugung bis 2020 auf 25 Prozent steigen.

Kolleginnen und Kollegen, das wird wohl nichts mehr.

(Egbert Liskow, CDU: Warum nicht?)

Die erzeugten Strommengen aus KWK stagnieren und die Gefahr besteht, dass der Anteil sogar zurückgeht, der Minister ist auch darauf eingegangen. Gutachter, die das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz im Auftrag der Bundesregierung evaluiert haben, kommen zu dem Ergebnis, dass beim Ausbleiben von starken Impulsen aus der Politik dieses Ziel bei Weitem nicht mehr erreicht werden wird.

(Egbert Liskow, CDU: Die Erneuerbaren! –
Udo Pastörs, NPD: Mehr Subventionen,
oder was?!)

Der wirtschaftliche Druck, der auf den KWK-Anlagen ruht, ist das Ergebnis von steigenden Mengen an Ökostrom.

(Egbert Liskow, CDU: Aha!)

Daraus resultieren fallende Preise und weniger Einsatzstunden, die zudem schlecht vergütet werden. Allerdings fegt der Preisdruck die falschen Spieler vom Feld. Nicht etwa die Braunkohle nimmt auf der Reservebank Platz, sondern moderne Gaskraftanlagen und KWK-Anlagen.

(Egbert Liskow, CDU: Weil ihr die in
Brandenburg unterstützt, ihr LINKEN.)

Der Preis von 6 Euro je Tonne Kohlendioxid stützt die Braunkohle.

(Egbert Liskow, CDU: Nee,
die LINKEN in Brandenburg.)

Wir sind der Auffassung, das ist ein Unding.

(Torsten Renz, CDU:
Ja, am besten noch heute einen
Brief schreiben nach Brandenburg.)

Das zeigt einmal mehr, es ist Zeit, einen Fahrplan für den Kohleausstieg zu erarbeiten und die Kohleverstromung einzudämmen. Das würde der Wirtschaftlichkeit der KWK-Anlagen und der Gaskraftwerke dienlich sein.

Die Koalitionsfraktionen im Bundestag haben am vergangenen Freitag in der Debatte zur Fortschreibung des KWK-Gesetzes deutlich gemacht, dass es eine Fortschreibung geben wird. Wann, das blieb allerdings offen. Erst müsse die Frage nach dem Design des Strommarktes geklärt sein, so die Große Koalition in Berlin. Zeitdruck scheint auf Bundesebene in dieser Frage ein Fremdwort zu sein. Neue Anreize und Unterstützung für

den Neubau und die Modernisierung der KWK-Anlagen wird es vor der Sommerpause wohl nicht mehr geben.

Sie merken, Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, dass wir das Anliegen Ihres Antrages unterstützen. Ich habe lediglich ein Problem, und das hat natürlich auch meine energiepolitische Sprecherin: Der vorliegende Antrag ist so allgemein gehalten, dass die Zustimmung einem Freifahrtschein gleichkommt. Mit keiner Silbe ist erwähnt, mit welchen konkreten Forderungen die Landesregierung im Bundesrat aktiv werden will. Es steht lediglich geschrieben, dass die Wirtschaftlichkeit wiederhergestellt werden soll. Das Ziel ist also klar, aber der Weg, der bleibt verborgen.

(Udo Pastörs, NPD: Subventionen!)

Das geht aus unserer Sicht nicht.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Hier im Land sehen wir, dass wir uns bei der Energiewende über das Ziel natürlich im Großen und Ganzen einig sind, nur wie das Ziel erreicht werden soll, da gehen unsere Auffassungen auseinander. Wir wollen schon konkret wissen, wofür sich die Landesregierung engagiert.

(Rudolf Borchert, SPD: Wie wollen Sie das denn konkret machen?)

Soll die KWK-Förderung erhöht werden? Wenn ja, wie hoch soll sie sein?

(Rudolf Borchert, SPD: Das hat doch der Minister gesagt.)

Sollte die Förderung vor allem Gas-KWK-Anlagen, die der allgemeinen Versorgung dienen, zugutekommen? Sollen KWK-Anlagen auf Braunkohlebasis von Förderungen ausgeschlossen werden?

(Zuruf aus dem Plenum: Jo.)

Wie soll der Einsatz von dezentralen Wärme- und Kältespeichern gefördert werden, etwa über einen Zuschlag auf den Arbeitspreis? Will die Landesregierung die Begrenzung der Förderung auf zehn Jahre oder 30.000 Vollnutzungsstunden infrage stellen oder nicht? Sollte eine Pflicht für Kommunen zur Aufstellung von regionalen Wärmenutzungskonzeptionen eingeführt werden oder auch nicht? Wie wird weiterhin sichergestellt, dass die Förderung von Objekt-KWK-Anlagen nicht zulasten der bestehenden Wärmenetze geht? Wie sieht es mit einer besseren Förderung von sogenannten Schwarmstromkonzepten aus?

Sie sehen, viele Fragen sind offen. Als Opposition haben wir das Recht, diese Fragen zu stellen. Deshalb wollen wir mit dem Änderungsantrag erreichen, dass die Landesregierung den Energieausschuss über die detaillierten Forderungen informiert, bevor sie im Bundesrat tätig wird. Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu! Dann stimmen wir selbstverständlich auch ohne Vorbehalte Ihrem Antrag zu. Wir unterstützen ihn, auch wenn er uns sehr allgemein erscheint. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ihr seid aber lieb heute Morgen.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Lück.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borchert für die Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Werte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Zu den Vorteilen der Kraft-Wärme-Kopplung wurde ja schon einiges gesagt: höchster Wirkungsgrad, die effizienteste Form, Energie zu erzeugen, Wirkungsgrade von 80 bis 90 Prozent, je nach Abhängigkeit des Energieträgers, zweitens der hervorragende Beitrag zum Klimaschutz – CO₂-mindernd, 50 bis 60 Millionen Tonnen CO₂-Emissionsreduzierung in Deutschland und ein Potenzial für die Zukunft, dass man sagen könnte, das circa 20 Prozent der zukünftigen CO₂-Minderung sehr kostengünstig durch die Kraft-Wärme-Kopplung erzielt werden könnte.

Es gibt aber noch einen dritten großen Vorteil, der bisher noch nicht genannt wurde. Das ist mehrfach vom Kollegen Jaeger angesprochen: das Thema Power-to-Heat. Fernwärme und Kraft-Wärme-Kopplung haben ein erhebliches, vergleichsweise mit geringen Kosten verbundenes Potenzial für die Systemintegration überschüssiger Strommengen der erneuerbaren Energien. Insofern sind Wärmespeicher, Power-to-Heat und Kraft-Wärme-Kopplung wichtige Bestandteile von erfolgreicher Energiewende.

Bereits jetzt gibt es hohe Anteile von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern haben sie eine sehr hohe Bedeutung. Es sind fast ausschließlich oder in erster Linie erdgasbefeuerte KWK-Anlagen, die bisher eine hohe Wirtschaftlichkeit erreicht haben, insbesondere in den Städten, gekoppelt an die Fernwärmenetze Schwerin und Rostock.

Insofern war es folgerichtig, dass sowohl im Koalitionsvertrag der CDU und SPD auf Bundesebene der weitere Ausbau der KWK festgelegt wurde. Ich zitiere aus dem Koa-Vertrag von CDU und SPD: „Die rechtlichen und finanziellen Bedingungen für die umweltfreundliche Kraft-Wärme-Kopplung wollen wir so gestalten, dass der KWK-Anteil auf 25 Prozent bis 2020 ausgebaut wird.“ Dazu sollen im Jahr 2014 die Rahmenbedingungen im KWKG, also im Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz, überprüft und angepasst werden.

Das ist die Festlegung im Koalitionsvertrag auf Bundesebene von CDU und SPD, verbunden mit dem Ziel, bis 2050 den KWK-Anteil weiter auszubauen bis zu 60 beziehungsweise 70 Prozent. Auch hier im Land gibt es das Bekenntnis zur KWK, sowohl im „Energietland 2020“ als auch in der jüngst beschlossenen Energiekonzeption des Landes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so weit zur Bedeutung und den Vorteilen der KWK und zu dem, was folgerichtig politisch vereinbart ist. Übrigens besteht parteiübergreifend ein großer Konsens sowohl zwischen den Energieversorgern, die KWK produzieren, beziehungsweise der Politik.

Wie sieht aber die Situation heute aus, Frühjahr 2015, meinnetwegen auch am 13. April, Entschuldigung, 13. März 2015?

(Heiterkeit bei Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir sind der Zeit voraus.)

Ja, das passiert auch mal.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei den ernüchternden Fakten werden wir sehr schnell feststellen, dass es einen eklatanten Widerspruch gibt zwischen politischer Zielsetzung, politischem Anspruch, wirtschaftlicher Vernunft und der aktuellen Situation. Wir haben in Deutschland zurzeit einen KWK-Anteil von 16 Prozent, das heißt – 25 Prozent –, da fehlen 9 Prozent an der Zielsetzung bis 2020. Andere Länder sind viel weiter, wir haben es gehört.

Die Summe der Stromerzeugung aus KWK, Kollegin Lück, ist noch niedriger als die, die Sie genannt haben. 2014 wurden nur noch circa 67 Terrawattstunden Strom aus KWK-Anlagen erzeugt. Dieser Anteil würde bei unveränderten Rahmenbedingungen bis 2020 nicht ansteigen, sondern eher absinken, das heißt, die 16 Prozent Anteil sind zurzeit stark gefährdet, Tendenz eher sinkend.

Zum Zweiten: Mal unabhängig von den absoluten Stromerzeugungsmengen aus KWK haben wir folgende Situation, gerade auch in Mecklenburg-Vorpommern – ich gehe im Einzelnen noch darauf ein –, aber grundsätzlich bundesweit: Sehr viele KWK-Anlagen sind zurzeit unwirtschaftlich, sie sind deshalb im Bestand gefährdet. Modernisierungen finden kaum noch statt und der Neubau von KWK-Anlagen fast gar nicht mehr.

Die Rahmenbedingungen haben sich ganz entscheidend verschlechtert, das trifft vor allen Dingen auch die Stadtwerke in Mecklenburg-Vorpommern, die – insbesondere gasbefeuerte KWK-Anlagen gekoppelt mit der Versorgung von Fernwärme in den Städten – erheblich unter Preisdruck gekommen sind und kaum noch Chancen haben, diesen wichtigen Energieerzeugungsbereich auszubauen beziehungsweise eher das Problem haben, dass sie den Bestand sichern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie reagiert die Politik darauf? Welchen Handlungsbedarf haben wir? Da ist zum einen natürlich der Evaluierungsbericht der Bundesregierung zum KWKG – auch mit Gutachten belegt – unter der Fragestellung: Was muss am entscheidenden Gesetz verändert werden, damit zumindest die KWK-Anlagen im Bestand gesichert werden?

Hauptziel ist wohlgerneht die Bestandssicherung vorhandener Anlagen. Aufgrund der schlechten Rahmenbedingungen, umfassend geschildert vom Minister, ist es momentan eher illusorisch zu glauben, man könnte mit irgendeiner Stellschraube den Neubau von KWK-Anlagen praktisch forcieren. Momentanes Nahziel ist die Sicherung des Bestands der vorhandenen Anlagen.

Was muss man tun? Kollegin Lück ist im Moment gerade nicht anwesend ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie ist krank. Ach nee!
Entschuldigung. – allgemeine Heiterkeit)

Eben hat sie noch geredet, aber ich weiß nicht, ob die Rede so anstrengend war, dass sie ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sie ist da hinten. Entschuldigung!)

Denn das ist jetzt nämlich ein ganz wichtiger Punkt meiner Rede, weil ein bisschen der Vorwurf im Raum steht, der Antrag wäre zu allgemein und wir wüssten nicht, was wir tun. Da muss ich schon deutlich sagen, nicht alles muss man konkret und im Detail in einen Antrag schreiben. Man kann ja auch in den Redebeiträgen deutlich machen, wofür es im Einzelnen geht. Das will ich gerne noch mal tun. Es ist gar nicht so schwierig, es sind drei wesentliche Stellschrauben und an denen muss man drehen.

Erstens. Wir brauchen schnellstmöglich die angekündigte Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes, nicht erst nach dem verabredeten Stromdesign, wie manche da – ich sage jetzt mal im Bundestag in den Koalitionsfraktionen, gegebenenfalls gestern, vorgestern – der Meinung waren. Nein, es gibt eine ganz klare Forderung, die auch logisch ist, dass wir schnellstmöglich, noch in diesem Jahr, diese KWK-Novelle brauchen. Sie ist richtigerweise angekündigt gewesen für 2014. Wir sind jetzt im Frühjahr 2015, also brauchen wir sie schnellstmöglich, das heißt am besten noch im ersten Halbjahr einen Gesetzentwurf, im zweiten Halbjahr die Beschlussfassung, sodass wir spätestens bis Ende des Jahres Klarheit haben, wie es mit den KWK-Anlagen weitergeht. Das zum einen.

Zweitens. Das ist auch klar, es geht im wesentlichen Rahmen – das haben die Gutachter klargemacht – um die Erhöhung der Zuschlagssätze. Es geht um die Erhöhung der KWK-Umlage, die natürlich als Umlage für jeden Stromkunden bedeutet, dass er zukünftig ein ganz kleines bisschen mehr zahlen muss, damit wir die KWK-Anlagen in Deutschland und im Bestand sichern können.

(Udo Pastörs, NPD: Immer
noch ein bisschen mehr.)

Jeder kann das auf seiner Stromrechnung aktuell nachlesen. Zurzeit beträgt die KWK-Umlage 0,254 Cent pro Kilowattstunde. Die muss erhöht werden,

(Udo Pastörs, NPD: Genau.)

und zwar mindestens um das Doppelte, das heißt also mindestens um 0,3 Cent pro Kilowattstunde. So konkret ist die Forderung natürlich derjenigen Verbände, die diesen Punkt insbesondere für die Stadtwerke und für alle Produzenten von Kraft-Wärme-Kopplungs-Strom, aber auch von Wärme, vertreten.

(Udo Pastörs, NPD: Auch eine
versteckte Form von Steuer.)

Die Erhöhung der KWK-Umlage um mindestens das Doppelte bedeutet natürlich auch – und da kommen wir zum dritten wichtigen Punkt, zur wichtigen Stellschraube, zur Veränderung –, der jetzige Deckel, der bei 750 Millionen Euro liegt, muss aufgehoben werden, der muss erhöht werden auf circa 1,7 Milliarden Euro. Wir sprechen hier also von einer Mehrbelastung von insgesamt circa 1 Milliarde Euro insgesamt, um die KWK-Anlagen in Deutschland mittel- und langfristig bestandssicher zu machen. 450 Millionen Euro als Summe der KWK-Umlage im letzten Jahr heißt im Übrigen, der Deckel wurde nicht nur annähernd erreicht. Das macht also schon deutlich, welche dramatische Situation wir momentan in dem Bereich haben.

Auch wir als Land können etwas im Rahmen unserer Möglichkeiten tun. Die Klimaschutzrichtlinie wurde schon

angesprochen. Das sind wichtige Unterstützungsmaßnahmen für Nahwärmenetze, für KWK-Anlagen bei uns im Land, aber, der Minister hat es gesagt, die entscheidenden Stellschrauben müssen jetzt, und zwar kurzfristig, auf Bundesebene gestellt werden, und zwar ganz konzentriert bei der Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes.

Alles andere von Kollegin Lück Angesprochene, was man noch alles tun und machen könnte, ist ja nicht verkehrt, nur in der jetzigen dramatischen Situation, wo es darauf ankommt, in den nächsten Monaten zu Entscheidungen zu kommen, ist es wenig hilfreich. Daran würde auch eine Behandlung im Ausschuss nichts Wesentliches ändern, denn was jetzt kurzfristig gemacht werden muss, ist, glaube ich, allen, die sich fachlich damit beschäftigt haben, klar und auch bekannt.

Meine Damen und Herren, ich höre ja schon wieder die Gegenargumente, alles viel zu teuer und wir können doch um Gottes willen die Stromkunden nicht weiter belasten und die EEG-Umlage erhöhen und die armen Unternehmen, die können dann nicht mehr produzieren, weil alles so teuer ist.

(Heinz Müller, SPD: Taschentücher!)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen noch mal die Argumente klar benennen und Sie bitten, die dann natürlich entsprechend auch zu vertreten, wenn solche Diskussionen kommen sollten in den nächsten Wochen.

Zum Ersten gilt grundsätzlich: Die Gesamtkosten für den Endverbraucher werden durch KWK – dafür gibt es jetzt schon Beweise – grundsätzlich sinken, das heißt, Energiekosten werden eingespart. Davon profitieren wir alle.

Zweitens. Eine geringfügige moderate Erhöhung der KWK-Umlage – ich habe es gesagt – von 0,3 Cent pro Kilowattstunde ist gering und moderat, würde aber eine große Wirkung entfalten.

Drittens. Befreiungstatbestände für große Konzerne gibt es auch bei der KWK-Umlage. Die kommen und müssen auf den Prüfstand, weil deren Reduzierung beziehungsweise Abschaffung dazu führen würden, dass wir die KWK-Umlage nicht um 0,3 Cent erhöhen müssten, sondern lediglich um die Hälfte, um etwa 0,2 Cent pro Kilowattstunde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir debattieren dieses Thema zurzeit nicht nur im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Kollegin Lück hat es gesagt, das war diese Woche Thema im Bundestag, und in fast allen anderen Landesparlamenten wird das Thema ebenso diskutiert, und nicht nur diskutiert, sondern es gibt dazu auch bereits Beschlüsse.

Besonders beispielhaft finde ich zum Beispiel den Beschluss in Nordrhein-Westfalen von der Januarlandtagssitzung, wo bemerkenswerterweise die Fraktionen von SPD, CDU und GRÜNEN – bekanntlich ist die CDU momentan in Nordrhein-Westfalen bis auf Weiteres ja nicht in der Landesregierung beteiligt – sich an diesem Antrag und an diesem Beschluss, der nach meinem Kenntnisstand mit einer sehr, sehr großen Mehrheit beschlossen wurde, beteiligt haben – ich weiß das nicht im Einzelnen, möglicherweise auch einstimmig, ich weiß nicht, ob es da Gegenstimmen gab –, aber es war ein sehr, sehr breiter Konsens

in Nordrhein-Westfalen, im immerhin größten, bevölkerungsreichsten Land mit entsprechendem bundespolitischem Einfluss. Das waren ein klares Bekenntnis zum KWK und auch eine klare Festlegung, was getan werden muss. Das ist in etwa deckungsgleich mit dem, was der Minister und ich eben ausgeführt haben bezüglich der aktuellen Handlungserfordernisse auf Bundesebene.

Insofern braucht man eigentlich gar nicht lange – ich sage jetzt mal – herumzuphilosophieren, was man jetzt noch alles tun könnte, sollte und müsste, um KWK nach vorne zu bringen. Wir brauchen jetzt in diesen Wochen, in den nächsten Monaten, ein bundesweites Bündnis für alle, die KWK sichern wollen, und zwar länderübergreifend und parteiübergreifend.

Ich würde mir natürlich auch wünschen, dass heute hier im Landtag ein Beschluss als klarer Handlungsauftrag für die Landesregierung und auch als klare Botschaft über dieses Land hinaus deutlich macht, dass die effizienteste Energieerzeugungsform, nämlich die Kraft-Wärme-Kopplung, für die Zukunft für die Energiewende unverzichtbar ist, dass wir sie für die Wirtschaftlichkeit unserer Unternehmen hier im Land brauchen, insbesondere für die Stadtwerke. Insofern bitte ich um Zustimmung zum Antrag der Koalitionsfraktionen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Borchert.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Jaeger für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird dem Hauptantrag zustimmen, aber auch dem Änderungsantrag.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich halte es für sinnvoll, dass wir die fachliche Diskussion auch noch mal im Ausschuss führen. Wenn der Änderungsantrag heute durchfällt, was ich vermute, dann sollten wir uns tatsächlich im Sinne des Selbstbefassungsrechtes des Ausschusses auch noch mal mit einer Kraft-Wärme-Kopplungs-Strategie des Landes beschäftigen, weil das aus meiner Sicht notwendig ist.

Ich finde es sehr interessant, dass die CDU den Antrag eingebracht hat, dafür auch danke, denn ...

(Egbert Liskow, CDU:
Ja, da staunen wir, ne?!)

Es ist wirklich erstaunlich.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und warum ist es erstaunlich? Weil es natürlich die Puristen des Marktes total aufregen muss.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Der Antrag,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

der Antrag ist natürlich nur dann sinnvoll, wenn man feststellt, dass es ein Marktversagen gibt, wo die Politik gegensteuern muss, indem sie in diesen Markt eingreift. Das ist die Erkenntnis, die wir zurzeit auf dem Energiemarkt haben. Es gibt ganz unterschiedliche Gründe, warum das Ganze so ist, aber es ist trotzdem interessant, dass wir uns jetzt damit beschäftigen.

Wenn wir allerdings als Politik in diesen Markt eingreifen, dann ist es sinnvoll, sich genau kundig zu machen, was auf diesem Markt läuft und warum bestimmte Sachen schief laufen, und nicht nur das Symptom zu sehen und zu sagen, aha, das ist jetzt die Sache, die schief läuft, wir hätten gerne mehr Kraft-Wärme-Kopplung, da sind wir uns politisch alle einig, sondern was sind die Ursachen dafür, dass es das nicht gibt.

Ich sitze im Aufsichtsrat der Stadtwerke Rostock und wir haben Ende des letzten Jahres die Entscheidung getroffen, die drei GuD-Turbinen des Kraftwerkes Rostock in den nächsten Jahren abschnittsweise zu erneuern. Wir müssen dazu nicht das ganze Kraftwerksgebäude austauschen, sondern nur die Turbinen selbst.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das Spannende ist, wir haben diese Entscheidung getroffen, obwohl der Markt momentan angespannt ist für Stromerzeugungsanlagen aus Gas. Die Geschäftsführerin hat uns versichert, dieses Kraftwerk werden wir auch am derzeitigen Markt so finanzieren können.

Das deutet darauf hin, dass bestimmte Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen unter bestimmten Bedingungen mit dem Markt momentan noch klarkommen. Das ist für mich auch ein ganz wesentlicher Grund, warum ich sage, lasst uns da sehr differenziert in diese Diskussion gehen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Was wir alle vermeiden wollen, sind Mitnahmeeffekte, dass Kraftwerksbetreiber, die im Moment noch Geld verdienen, einfach noch eine Schippe obendrauf kriegen, aber wir trotzdem Kraftwerke, die wir eigentlich retten wollen, nicht nach vorne bekommen.

Ein erster Unterschied, den ich schon mal feststellen kann, ist, dass wir tatsächlich klar sagen würden, Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, die ihre Primärenergie aus Braunkohle und Steinkohle ziehen, wollen wir eigentlich nicht länger über den Kraft-Wärme-Kopplungs-Bonus führen.

(Egbert Liskow, CDU: Haben Sie mit der LINKEN schon mal gesprochen, mit Frau Gramkow?)

Das ist uns ein wichtiges Anliegen, weil das eine Möglichkeit ist, um in einen Markt einzugreifen, der im Moment schief läuft. Und wir sind uns alle einig, die massiv niedrigen Strompreise haben nicht nur – auch – mit immer mehr Erzeugungsanlagen aus regenerativen Energien zu tun, die in einen Markt einspeisen, sondern haben im Moment auch etwas damit zu tun, dass es ein Überangebot von Kraftwerkskapazität am Markt gibt.

Deswegen ist einer der wichtigsten Vorschläge, der auch in der GRÜNEN-Bundestagsfraktion vertreten wird, die zehn schmutzigsten Kohlekraftwerke möglichst schnell

vom Netz zu nehmen, um wieder einen Markt am Strommarkt hinzubekommen. Das sind alles Sachen, die damit zusammenhängen und die man bedenken muss, wenn man jetzt Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen fördern will.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

So ist zum Beispiel auch im Antrag der GRÜNEN, der jetzt im Februar im Deutschen Bundestag zu diesem Thema eingebracht wurde, drin, dass man sagt, wir wollen nur Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen fördern, die auf mindestens 75 Prozent Gesamtwirkungsgrad kommen. Das schafft man eigentlich relativ schnell, sage ich jetzt mal so, das ist keine ganz große Hürde. Aber gucken wir uns das Steinkohlekraftwerk Rostock an, das hat einen elektrischen Wirkungsgrad von knapp 44 Prozent – 43,6 oder so was – und dann kommt die Fernwärme obendrauf, das reicht insgesamt für 63 Prozent, ist aber weit von den 75 entfernt.

(Egbert Liskow, CDU: Was macht ihr denn?)

Jetzt ist es natürlich schwierig, unter Umständen auch vor dem Bundesverfassungsgericht, bestimmte Primärenergien aus der Kraft-Wärme-Kopplung auszuschließen und zu sagen, Braunkohle und Steinkohle kommen eben nicht in Betracht, aber durch solche Regelungen – 75 Prozent Gesamtwirkungsgrad – muss erreicht werden, kann ich tatsächlich einen politisch gewollten Ausschluss von Braun- und Steinkohle durchsetzen. Der andere wäre, dass wir eine CO₂-Komponente einführen und über eine CO₂-Komponente erreichen, dass Gaskraftwerke beziehungsweise Primärenergie aus Bioenergie immer noch im Markt drinbleiben können bei der Kraft-Wärme-Kopplung, dass allerdings die aus Braun- und Steinkohle nicht mit hineingehört.

Notwendig ist das Ganze – es gibt ja eigentlich ein Marktinstrument, das heißt Emissionshandel, das haben wir hier schon ganz oft besprochen –, weil der Emissionshandel – da sind sich momentan wirklich alle einig – so nicht funktioniert. Selbst wenn er so funktioniert, wie die EU sich das wünscht – die wollen ja nun auf 15 Euro pro Tonne CO₂ hochgehen, mehr wollen sie ja nicht –, wird es nicht ausreichen, zwischen Gaskraftwerken und Steinkohle- und Braunkohlekraftwerken eine Marktunterscheidung hinzubekommen. Das bedeutet praktisch, dass die mehr oder weniger abgeschriebenen Stein- und Braunkohlekraftwerke den Markt für die nächsten Jahre übernehmen und Gaskraftwerke, die zum Beispiel neu gebaut werden, in der Regel wirtschaftlich keine Chance haben.

Wenn wir über das Thema Kraft-Wärme-Kopplung reden, müssen wir auch über das Thema Flexibilisierung reden und welche Anreize es dafür geben kann. Das Thema Power-to-Heat ist genannt worden, wir haben gute Beispiele im Land: die Stadtwerke Schwerin mit einem großen Warmwasserspeicher, 16.000 Kubikmeter, die in der Lage sind, Power-to-Heat, also Strom aus dem Stromnetz zu ziehen, der raus muss aus dem Stromnetz, um sozusagen die Stabilität des Stromnetzes zu erhalten. Und die haben nicht etwa 20/30 Prozent aus Strom – das wäre auch ökologisch nicht sinnvoll –, sondern 1 bis 2 Prozent der Fernwärme kommt damit aus dem Stromsektor – eine sehr sinnvolle Anlage. Ich würde mir wünschen, dass die woanders möglich ist.

Wir haben zum Beispiel bei den Stadtwerken in Rostock überlegt, ob nicht eigentlich Rostock mit fast 200.000 Ein-

wohnern ideal für eine ähnliche Anlage wäre. Dann muss man aber irgendwann bekennen angesichts des absoluten Wärmeüberschusses in Rostock, bedingt durch das Steinkohlekraftwerk, das eigentlich noch mehr Wärme auskoppeln könnte, dass solche Modelle in Rostock praktisch nicht machbar sind, jedenfalls nicht wirtschaftlich vertretbar. Mit massiver Förderung kriegt man immer alles hin, aber wir kriegen es nicht so hin wie die Stadtwerke Schwerin, die es am Markt finanziert bekommen haben, das kriegen wir zurzeit in Rostock noch nicht hin.

Wir müssen uns außerdem Gedanken machen – das gehört dazu und da wünsche ich mir natürlich auch die Unterstützung der CDU –, wir müssen einen Markt für Fern- und Nahwärme schaffen, das ist ein großes Problem.

(Udo Pastörs, NPD: Das Geld.)

Und das ist eine der Achillesfersen der Fern- und Nahwärme. Sie müssen nämlich die ganzen Netze verlegen. Wenn in einer Straße, wo 300 Häuser stehen, 10 sagen, wir finden, das ist eine gute Idee, und der Rest sagt, wir finden, das ist keine gute Idee, wir machen weiter mit unserem Erdgas oder mit der Ölheizung, dann hat Fernwärme in dieser Straße wirtschaftlich keine Chance, das ist einfach so.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Deswegen gibt es Fernwärmesatzungen beziehungsweise Wärmesatzungen, die wir auch in Rostock haben und die wir absolut erfolgreich zum Nutzen aller anwenden. Dadurch kriegen wir Fernwärme auf einen Preis, der durchaus vergleichbar ist mit Wärme aus Öl und Erdgas.

(Torsten Renz, CDU:
Der ist aber subventioniert.)

Aber würde man das abschaffen –

(Torsten Renz, CDU: Das ist
aber staatlich subventioniert.)

das muss man ganz deutlich sagen –, dann ist die Fernwärme nicht mehr in der Lage,

(Torsten Renz, CDU: Den Markt
schaffen ist doch Quatsch.)

in diese Gebiete dort zu liefern und müsste sich rausnehmen.

Bitte?

(Torsten Renz, CDU: Den
Markt schaffen ist doch Quatsch,
zumindest marktwirtschaftlich gesehen. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Abnahme schaffen dafür und damit einen Markt wiederherstellen – das ist ja übrigens genau das Ziel des CDU-Antrages. Natürlich ist der CDU-Antrag ein klarer Verstoß gegen die reine Marktlehre, das muss man ganz deutlich sagen, aber sie funktioniert tatsächlich am Strommarkt nicht mehr.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Das wusste die CDU nicht.)

Da können wir jetzt eine Geschichte aufmachen von der Atomenergie, die ihre Versicherungen nicht ablieferten muss – das hatte ich alles vorgetragen –, mit den 2 Milliarden Euro Haftpflichtversicherungen, obwohl eigentlich 200 Milliarden als Haftpflichtsumme notwendig wären.

Das sind alles Punkte, wo das Marktversagen schon sehr viel früher eingeführt wurde, weil es immer politische Interessen innerhalb des Energiemarktes gegeben hat, das ist tatsächlich so. Dem müssen wir uns jetzt stellen, wir werden da weiter eingreifen müssen, aber das müssen wir extrem behutsam machen. Deswegen ist es sinnvoll zu gucken, erhöhen wir einfach mal den Kraft-Wärme-Kopplungs-Bonus für alle um das Doppelte, ohne differenziert zu gucken – das kann nicht sein.

(Torsten Renz, CDU: Aber die
Zielstellung muss doch sein, dass
sich das irgendwann selbst rechnet.)

Richtig. Das ist das Ziel. Das hätten wir zum Beispiel, wenn wir 100 Prozent Erneuerbare hätten, dann können die Erneuerbaren problemlos gegeneinander stehen, je nachdem, wie billig, wie flexibel oder wie einsatzbereit sie sind und so weiter. Das ist sozusagen die grüne Konzeption zu sagen, wir wollen auf erneuerbare Energien umstellen und dann haben wir auch einen Markt innerhalb der Regenerativen.

(Vincent Kokert, CDU: Ja,
dann machen Sie doch mal!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Jaeger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Petereit für die Fraktion der NPD.

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben es in der Sache erneut mit einem Problem zu tun, welches grundlegende Missstände im BRD-System aufzeigt. Wieder geht es um die Kernfrage, ob Versorgungssicherheit unseres Volkes mit Strom, Wasser und so weiter abgekoppelt vom Gewinndenken betrieben werden soll oder ob sie eben gewinnbringend sein muss.

Energiewende hin oder her, wenn die Energieversorgung auf umweltschonender Grundlage erfolgen soll, dann darf sie eben nicht an wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichtet werden. Wenn ein effektives Energieversorgungssystem durch sinkende Börsenstrompreise infrage gestellt wird, dann muss man sich fragen, ob ein solches Börsensystem überhaupt eine Daseinsberechtigung hat.

(Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

Ähnlich wie bei der Bevölkerungs- oder auch bei der Gesundheitspolitik muss man sich im Klaren sein, dass sich idealistische Ziele im kapitalistischen Sinne nicht rentabel erreichen lassen. Sofern die Daseinsfürsorge dem freien Markt geopfert wird, um Gewinne zu privatisieren, ist es auch nicht möglich, Versorgungssicherheit ohne Mehrkosten durch ein Solidarsystem aufzufangen.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Stimmt sich die NPD
noch intern ab, oder ...?)

Wir lehnen Ihren Antrag daher ab, und zwar nicht, weil wir KWK-Anlagen als Unsinn ansehen, sondern weil wir nicht beim Energiebörsenpoker an der Leipziger Börse mitspielen wollen. Dort sind die Preise seit 2011 um 25 Prozent gesunken.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Laut Ihrer Logik müssten wir die Subventionierung an den Börsenindex koppeln, um weitere Erschütterungen zu vermeiden. Ein zusätzliches Umlagevolumen von rund 1 Milliarde Euro pro Jahr wäre nötig.

Was aber wirklich nötig ist, ist ein Umdenken im Umgang mit der Daseinsfürsorge

(Heinz Müller, SPD: Das heißt „Daseinsvorsorge“. Nicht mal das begreift ihr.)

und keine politische Kümmerei für Kraftwerksbetreiber. Dass Strom aufgrund anhaltender Preissteigerungen auf dem Weg zum Luxusgut ist und das eigene Volk die Zeche für Ihre politischen Fehlleistungen trägt, kümmert Sie ja schließlich auch nicht. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Seidel für die Fraktion der CDU.

Jürgen Seidel, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, so ist das mit der Energiewende. Ich habe das mehrfach betont, das ist ein sehr kompliziertes Projekt, und das ist ein bisschen so wie beim Onkel Doktor: Der Patient bekommt eine gute, für ihn stärkende Medizin,

(Rainer Albrecht, SPD: Vielleicht. –
Udo Pastörs, NPD: Wenn es mal so wäre!)

aber es gibt im Kleingedruckten auch immer eine Menge Nebenwirkungen, und die sollte man sich durchlesen.

Insofern ist jetzt die Nebenwirkung, dass wir uns den KWK, also den Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen zuwenden müssen. Ich will nichts weiter über die Bedeutung sagen, das ist alles ausgeführt worden. Ich bin selbst Vorsitzender eines Aufsichtsrates im Stadtwerk und wir haben zwei solcher Anlagen, die auch weiter betrieben werden, das ist richtig. Aber die Wirtschaftlichkeit ist eigentlich nicht das, zumindest auf keinen Fall das, was dort in den Planungen bisher zugrunde gelegt wurde. Insofern gibt es in der Tat ein Problem. Das wurde auch richtig ausgeführt, das ist natürlich ein Problem hauptsächlich da, wo es große Wärmenetze gibt. Das ist im Osten Deutschlands aufgrund der historischen Entwicklung so, da schlagen die Dinge besonders zu Buche.

Meine Damen und Herren, das Problem, um das es sich hier dreht, liegt nicht zuletzt ganz besonders im Börsenpreis, das ist richtig. Ich habe mir angeschaut, wie der Börsenpreis, also der Strompreis, am 1. März 2015 an der Leipziger Strombörse war. Sie könnten mal raten. Ich will es abkürzen: 2,08 Cent. Das hat natürlich mit Marktwirtschaft überhaupt nichts zu tun, das ist völlig klar.

Dieser Preis ist irrwitzig. Und er kommt schlichtweg dadurch zustande, weil Strom geliefert wird, wenn er nicht gebraucht wird. Das ist die Hauptursache dafür. Insofern muss man sagen, dass das nachher Nebenwirkungen hat.

Und wir konnten ja jetzt unlängst hören, ich glaube, Irtsching war es, modernes Gaskraftwerk, gerade fertig geworden,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, wird abgebaut.)

wird eventuell stillgelegt.

(Udo Pastörs, NPD: Wird abgebaut.)

Ich will noch gar nicht sagen, dass es so kommt,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

aber das ist eine Kapitalvernichtung in Größenordnungen. Insofern: So geht das nicht.

Meine Damen und Herren, die Ursachen, die der Minister aufgezählt hat, sind ja richtig. Natürlich spielt auch die Energieeffizienz, also die Dämmung und so weiter und so fort, eine Rolle, aber da muss man natürlich sagen, jeder Investor muss auch schon daran denken, dass in ein paar Jahren etwas passieren kann im Markt. Ich finde, es war abzusehen, dass irgendwo mal ein bisschen Dämmung gemacht wird und dass Energieeffizienz ein großes Thema ist. Darauf muss man sich einstellen. Aber auf das Thema Energiewende konnte man sich in dem Maße – das müssen wir fairerweise sagen – so nicht einstellen. Und das ist die Ursache dafür, dass wir jetzt regulieren müssen.

Meine Damen und Herren, es gibt für mich zwei Lösungen: einmal – wie immer – kurzfristig. Kurzfristig geht nur eins, es muss Geld zur Verfügung gestellt werden, was anderes geht gar nicht. Es muss also jetzt geguckt werden, was man da tun muss, wie viel es sein muss, der KWK-Bonus, die Forderung der Verbände, 2 bis 3 Cent – ja, da muss man gucken.

(Rudolf Borchert, SPD: 0,2!)

Ja, wie gesagt, das wird nachher am Ende irgendwo dazwischenliegen, könnte ich mir vorstellen.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, das von mir aus auch nicht. Dann wird die Regulierung natürlich noch gewaltiger, wenn wir das auch noch machen. Aber wie gesagt, es wird Geld über das KWK-Gesetz zur Verfügung gestellt werden müssen.

Die längerfristige Lösung – und das ist eigentlich noch wichtiger – kann doch nur heißen – Herr Jaeger, jetzt kann ich Ihnen mal erklären, warum wir für einen solchen Antrag sind –: In der Tat verstehen wir uns als jemand oder als eine Partei, die die Marktwirtschaft als ein richtiges, als ein weiterführendes, als ein der Planwirtschaft deutlich überlegenes Gesellschaftssystem und auch Wirtschaftssystem am Ende sieht. Das hat die Geschichte ja nun, wie ich finde, auch hinreichend bewiesen.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Insofern muss es uns zukünftig besser gelingen – ich habe es vorhin schon formuliert –, dass Energie durch die erneuerbaren Energien nur dann – und jetzt achten Sie auf mein Wort – geliefert wird, wenn sie gebraucht wird.

(Beifall Wolfgang Waldmüller, CDU)

Anders geht es gar nicht. Sie kann ja von mir aus produziert werden, wenn sie nicht gebraucht wird, aber dann muss sie über eine Speicherung oder irgendwie so lange vor dem Markt zurückgehalten werden, bis sie wirklich gebraucht wird. Wenn wir das nicht hinkriegen, dann werden wir immer wieder herumbasteln.

An dieser Stelle, Frau Lück, will ich gleich mal zu dem Antrag kommen, den die Fraktion DIE LINKE gestellt hat. Das hilft, glaube ich, nicht, entschuldigen Sie bitte. Der Antrag ist auch ein bisschen schnell gemacht worden, wahrscheinlich gestern Abend so kurz nach acht oder so.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

Jetzt zu sagen, wir wollen erst mal die Forderung der Landesregierung hören – erstens, glaube ich, geht es hier nicht vordergründig um die Forderung der Landesregierung, sondern es geht um die Forderungen, die auf dem Tisch liegen – die Studie ist erwähnt worden –, die Forderungen der Verbände, also VKU, VDW, sind ausgeführt. Die haben ermittelt, was notwendig wäre. Da muss die Politik jetzt draufgucken und dann wird es, glaube ich, Maßnahmen der Landesregierung geben, wie man dem Ganzen letztlich im Bundesrat Rechnung trägt. Maßgeblich ist ja hier vor allen Dingen der Bund gefragt. Insofern, glaube ich, hilft das jetzt wirklich nicht.

Ich würde auch vorschlagen – an uns alle –: Wir sollten mal ein bisschen, wie soll ich es sagen, dem Ersuchen widerstehen, gerade in solchen Punkten bis ins Detail zu diskutieren, was man da machen soll.

(Rudolf Borchert, SPD: Vollkommen richtig.)

Ich wage mal die Aussage, dass drei Viertel dieses Raumes damit große Schwierigkeiten hat, ich selber auch.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Deshalb gibt es ja
den Energieausschuss.)

Ja, den gibt es, und trotzdem: Die Politik soll sich nicht anmaßen, bei einem so komplizierten Projekt die Dinge immer wieder an sich zu ziehen. Und, Herr Jaeger, da müssen Sie auch Ihrem Regulierungsdrang, will ich mal sagen, etwas widerstehen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen dafür sorgen, dass der Markt seine Kraft am Ende wirklich entfalten kann. Das ist die Aufgabe, die die Politik hat und nichts anderes. Dann werden die Dinge auch kommen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin also ganz klar der Meinung, das gilt auch hier wieder für die Energiewende, Qualität geht vor Schnelligkeit.

(Zuruf aus dem Plenum: Genau. –
Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Diese Dinge, die wir hier heute konstatieren, diese Dinge, die wir heute auf dem Tisch haben – und es werden noch andere Dinge kommen –, sind auch ein Produkt der schnellen Entwicklung, der besonders schnellen Entwicklung. Ich bleibe dabei, für mich geht Qualität vor Schnelligkeit. Ich glaube, wir haben keine Not, das Ganze über Nacht zu machen. Wir müssen es richtig machen. Und das wird am Ende das Rennen entscheiden.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Borchert.

Rudolf Borchert, SPD: Ja, wir sind ja schon sehr weit. Wir diskutieren schon im Detail über die Frage, was jetzt konkret zu tun ist.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Borchert, aber Sie fangen trotzdem mit der Anrede an?!

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rudolf Borchert, SPD: Oh! Entschuldigung.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:
Sei froh, dass du Schlag bei der
Präsidentin hast. Ich hätte gleich
einen Ordnungsruf gekriegt. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir sind also mit vollem Tempo dabei, die Frage im Detail zu diskutieren, was mittel-, langfristig, und was kurzfristig zu tun ist.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Noch mal zu den mittel- und langfristigen Maßnahmen, Herr Kollege: Die SPD-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern möchte auch einen schnellstmöglichen Kohleausstieg und wir wollen selbstverständlich alternativ zur Reform des Emissionshandels, sicherlich auch über die CO₂-Steuer, nicht nur reden, sondern uns politisch vielleicht auch dafür einsetzen. Da kann man vieles tun und muss man auch vieles machen, um die Rahmenbedingungen mittel- und langfristig, gerade für Kraft-Wärme-Kopplung zu verbessern.

Aber hier geht es um die Frage, was kann – und was ist auch realistisch – Politik kurzfristig tun.

(Udo Pastörs, NPD:
Geld auf den Tisch packen.)

Das ist die Frage in der dramatischen Situation, in der sich momentan auch die Unternehmen in unserem Land befinden. Was kann man kurzfristig tun?

Zur Klarstellung auch noch mal, Kollege Jaeger: Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern wird nicht die sein, die dann an der Spitze steht, wenn es um die Frage geht, Gießkanne oder nicht Gießkanne. Wir können uns durchaus vorstellen, dass bei der KWK-Novelle selbstverständlich nach Qualitätskriterien geguckt wird, dass man zu differenzierten Lösungen kommt und eben praktisch zu keiner Bevorzugung von kohlebefeuerten KWK-Anlagen, sondern eher einer Bevorzugung von von erneuerbaren Energien getragenen KWK-Anlagen kommt oder natürlich auch Gas.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur sind wir nicht alleine auf der Welt. Deswegen habe ich noch mal verwiesen auf die Beschlusslage in Nordrhein-Westfalen. Sehen Sie sich die an! Wenn es darum geht, mal differenziert zu unterscheiden, was ist wünschenswert und was ist in den nächsten Wochen und Monaten machbar hier in Deutschland, dann kommt man an Nordrhein-Westfalen nicht vorbei.

Der erste Beschlusspunkt im Landtag von Nordrhein-Westfalen, auch mitgetragen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen, ich zitiere jetzt, lautet: „sich für solche Rahmenbedingungen im KWKG einzusetzen“ auf Bundesebene, „die ermöglichen“, und jetzt kommt es, „dass ein wirtschaftlicher Betrieb von KWK-Anlagen verschiedener Größen und“ verschiedener „Technologiearten möglich ist“.

Was heißt das? Das heißt ganz klar, Nordrhein-Westfalen hat beschlossen: keine differenzierte Herangehensweise beim KWK-Bonus, sondern technologieoffen, alle Technologiearten. Wer die Situation in Nordrhein-Westfalen kennt, weiß, dass dort KWK-Anlagen eine sehr, sehr große Rolle spielen in den Stadtwerken, in der Regel oftmals kohlebefeuert oder gasbefeuert, nur in den wenigsten Fällen durch erneuerbare Energien. Und wenn etwas in der Bundesrepublik in den nächsten Wochen und Monaten zu bewegen ist, wird man an Nordrhein-Westfalen nicht vorbeikommen. Das muss man einfach nur zur Kenntnis nehmen.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja, aber es spricht
nicht gegen eine CO₂-Komponente.)

Insofern finde ich es sehr klug von den Antragstellern, dass wir in unseren Beschlussvorschlag für den Landtag eben nicht im Detail und nicht bis ins letzte Komma genau versucht haben reinzuschreiben, was konkret zu tun ist, weil das auf der Bundesebene sehr schwierig werden dürfte – das haben wir bei anderen Themen erlebt –, dass die Länder hier wirklich gemeinsam zum Erfolg kommen bei der Bundesregierung, die bei diesem ganzen Geschäft oftmals – zumindest war es bisher der Fall – lediglich das Kostenargument im Blick hat. Da wird es noch Widerstände genug geben.

Insofern bitte ich auch noch mal ausdrücklich darum, den heutigen Antrag, auch wenn er vielleicht für den einen oder anderen Kollegen zu allgemein formuliert ist, grundsätzlich zu unterstützen, damit wir unserer Landesregierung in den nächsten Wochen und Monaten den klaren Auftrag mit auf den Weg geben und vor allen Dingen auch möglichst geschlossen hier im Landtag ihr die Rückendeckung geben. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3786 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3786 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/3746 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/3746 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 28:** Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Haushaltsüberschüsse in die Zukunftsfähigkeit des Landes investieren – Nachtragshaushalt vorlegen, Drucksache 6/3755. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3796 vor.

**Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsüberschüsse in die Zukunftsfähigkeit des Landes investieren –
Nachtragshaushalt vorlegen
– Drucksache 6/3755 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 6/3796 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Saalfeld.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Landesregierung rühmt sich dieser Tage wieder, dass auch der Haushalt für das Jahr 2014 positiv abgeschlossen werden konnte. Das, meine Damen und Herren, ist aber nur die halbe Wahrheit. Die Landesregierung vernachlässigt nämlich gleichzeitig wichtige Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Das wird zu erheblichen Folgekosten führen.

(Torsten Renz, CDU: Folgekosten.)

Die schwarze Null, die Sie auf dem Papier präsentieren, ist nämlich nur formal ein ausgeglichener Haushalt.

(Heinz Müller, SPD: Ah ja!)

Es handelt sich aber in Wirklichkeit um einen defizitären Haushalt, weil ein Investitionsstau vor sich her geschoben wird und eben vergessen wird, in wichtige Bereiche zu investieren.

(Torsten Renz, CDU: Man kann alles immer irgendwie begründen im Leben, ne?)

Wir GRÜNEN wollen in die Zukunft von Mecklenburg-Vorpommern investieren. Gleichwohl stehen wir auch zum Schuldenabbau.

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

Eine schwarze Null auf Pump und zulasten der zukünftigen Generation darf es dagegen aber nicht geben. Eine Vernachlässigung notwendiger Investitionen ist zukunftsvergessen.

(Heinz Müller, SPD: Also Sie wollen alles Gute und nichts Schwieriges.)

So ist es zukunftsvergessen, wenn sie denn den Breitbandausbau nicht mit allen Mitteln voranbringen. Und so ist es auch zukunftsvergessen, wenn Sie nicht ausreichend in unsere Schulen investieren. Jetzt haben wir die Chance, diese Bereiche voranzubringen, diese Mehreinnahmen sinnvoll zu nutzen. Das stärkt die Menschen vor Ort und bringt auch die Wirtschaft im Land voran.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie kennen die Zahlen, 166,5 Millionen Euro stehen seit 2014 zusätzlich zur Verfügung. Die Finanzministerin hat gesagt, 100 Millionen Euro davon sollen in den Schuldenabbau gehen. Das unterstützen wir GRÜNEN, denn wir müssen die Pro-Kopf-Verschuldung wenigstens stabil halten. Sie wissen, der demografische Wandel führt auch dazu, dass die Pro-Kopf-Verschuldung steigt, wenn man nicht Schuldenabbau betreibt.

(Torsten Renz, CDU: Aber in dem Moment, wenn wir tilgen, dann sinkt die in dem Moment.)

Aber was machen wir denn mit den 66,5 Millionen Euro, die dann übrig bleiben?

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Die Finanzministerin hat gesagt, das schieben wir mal in die Ausgleichsrücklage und in die Rücklage des Landes,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

denn es gibt ja Mehrbedarfe, die wir für 2016 schon erkennen können am Horizont.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben aber schon eine sehr starke Rücklage. Das machen Sie übrigens auch den Hochschulen zum Vorwurf, machen es aber gleichzeitig bei sich selbst – nur mal am Rande.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in den letzten vier Jahren ist die Rücklage des Landes von 800 Millionen Euro auf 1,14 Milliarden Euro angestiegen. Die sogenannte Ausgleichsrücklage liegt momentan bei 900 Millionen Euro und der Landesrechnungshof sagt, für diese Rücklage brauchen wir maximal 500 Millionen Euro, um auf unvorhergesehene wie vorhersehbare Mehrbedarfe reagieren zu können. Und jetzt legen Sie nochmals Geld rein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben jetzt ein Niveau erreicht, wo es fraglich ist, warum das Land immer weiter den Sparstrumpf füllt und parallel dringende Investitionsbedarfe im Land vernachlässigt.

(Egbert Liskow, CDU: Woher haben Sie denn Ihre Erkenntnisse, Herr Saalfeld? Woher haben Sie denn diese Erkenntnisse?)

Es drängt sich daher der Eindruck auf, Herr Liskow, dass es eben nicht um Mehrbedarfe geht, sondern eher um Wahlkampfgeschenke für das Jahr 2016, denn der nächste Doppelhaushalt steht ja an und wird pünktlich zum Wahlkampf fertig.

(Egbert Liskow, CDU: Ah, Sie sind ein Hellseher!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt einen ganz einfachen Trick, wie Sie sich des Vorwurfes der Wahlkampffinanzierung entledigen können. Legen Sie jetzt einen Nachtragshaushalt vor, der transparent macht, wohin das Geld fließt, und erklären Sie, wohin das Geld geht,

(Egbert Liskow, CDU: Wir machen den immer transparent, den Haushalt.)

nicht dass es irgendwo versickert und irgendwo wieder auftaucht, sondern legen Sie einen Nachtragshaushalt vor und machen das Ganze transparent!

Momentan machen Sie Folgendes: Sie gehen mit dem Rasenmäher durch das Land, die Hochschulen, die Polizei, die Theater

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gerichte.)

und, und, und, da wird gespart und gedrückt.

(Torsten Renz, CDU: Bei Hochschulen doch nicht.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Torsten Renz, CDU: Denen haben wir doch gerade mehr Geld gegeben.)

erst wird mit dem Rasenmäher durchs Land gefahren

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

und dann wollen Sie dieses Geld mit der Gießkanne wieder über alle verteilen, um Wahlkampfgeschenke zu machen.

(Torsten Renz, CDU: Den Hochschulen haben wir doch gerade mehr Geld gegeben.)

Ich sage Ihnen,

(Torsten Renz, CDU: 20 Millionen mehr, da sagen Sie Rasenmäher. Das ist doch ein Witz! – Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ich sage Ihnen, der Rasenmäher und die Gießkanne gehören in den Gartenbau, aber nicht in eine solide Haushaltspolitik.

Aber, Herr Renz, Sie werden ja wohl nicht sozusagen abstreiten wollen, dass Sie hier überall sparen im Land.

(Torsten Renz, CDU: Ich habe nur gesagt, wir haben gerade 20 Millionen für die Hochschulen gegeben. Das ist ein Plus, nicht weniger.)

Und Sie haben die Finanzierung der Hochschulen durch Bundesmittel vorgenommen und nicht durch Landesmittel, und das ist der entscheidende Punkt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, schauen wir doch mal in den neuesten Bericht des Landesrechnungshofes. Da hat er uns noch mal auf einen ganz wichtigen Punkt hingewiesen, nämlich dass die Investitionen im Land immer weiter sinken, insbesondere im kommunalen Bereich. Mitte der 90er-Jahre hatten wir noch einen jährlichen Investitionseinsatz von 1 Milliarde Euro.

(Heinz Müller, SPD: Vielleicht war der Investitionsbedarf in den 90er-Jahren auch besonders hoch.)

Der ist auf aktuell 400 Millionen pro Jahr gesunken, gleichzeitig steigen die Sozialausgaben spiegelbildlich. Waren die Sozialausgaben damals auch nicht so nötig, Herr Müller?

(Heinz Müller, SPD: Wir reden jetzt über Investitionen. Die waren in den 90er-Jahren sicherlich besonders hoch.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich zitiere den Landesrechnungshof: „Die gegenwärtig nicht vorgenommenen Investitionen, insbesondere in die kommunale Infrastruktur, sind als ‚Betrieb auf Verschleiß‘ nicht dauerhaft hinnehmbar und werden erhebliche Folgeprobleme mit sich bringen.“ Das sagt der Hof. Und er sagt weiter: „Es sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Entwicklung umzukehren.“

(Egbert Liskow, CDU: Haben Sie das nicht gerade kritisiert?)

Herr Liskow, das kann ich differenzieren. Ich kann gute Gutachten von schlechten Gutachten unterscheiden.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Fähigkeit habe ich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir GRÜNE,

(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

wir GRÜNE stehen ...

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

Also was machen Sie mir hier für einen Vorwurf? Kann sein, dass Sie so vorgehen und dass Sie sagen, also eine Institution kann nur schlecht sein oder nur gut sein.

(Torsten Renz, CDU: Eben haben Sie sich ja selbst entlarvt.)

Ich kann das differenzieren.

(Zurufe von Torsten Renz, CDU,
und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir GRÜNE stehen für Investitionen in die Zukunft.

(Torsten Renz, CDU: Sie haben sich doch selbst entlarvt.)

Sie aber kürzen auf der einen Seite mit dem Rasenmäher,

(Torsten Renz, CDU: Wir haben nicht vor, Ihnen ernsthaft zuzuhören.)

nur um das Geld auf der anderen Seite wieder mit der Gießkanne zu verteilen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Sie reden immer so, wie Sie es gerade brauchen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine Fraktion und ich schlagen Ihnen vor: Investieren Sie in die Bereiche, die uns und unser Land voranbringen! Das sind für uns zunächst einmal der Breitbandausbau, das schnelle Internet und unsere Schulen. Und beides sind Bereiche, wo unsere Kommunen Investitionen vornehmen müssen. Das heißt, wenn wir dort unterstützend tätig werden, entlasten wir auch unsere Kommunen für andere Aufgaben.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Egbert Liskow, CDU: Gerade haben Sie sich noch beschwert, dass wir immer irgendwelche Sonderprogramme machen.)

Wir halten es nicht für ausreichend, Herr Liskow, auf die Erlöse aus der digitalen Dividende zu warten, wie es ja die Strategie der Landesregierung beim Breitbandausbau ist,

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Das unterstellen Sie, ist aber nicht so.)

da werden vermutlich 1 Milliarde Euro zusammenkommen.

(Egbert Liskow, CDU: Sie wissen das doch gar nicht.)

Und wenn Sie das machen und per Pro-Kopf-Schlüssel verteilen,

(Egbert Liskow, CDU: Wieder ein Hellseher.)

bekommt Mecklenburg-Vorpommern 20 Millionen Euro ab oder, wenn Sie es in der Fläche verteilen, etwa 60 Millionen Euro. Damit werden Sie den Breitbandausbau in Mecklenburg-Vorpommern nicht voranbringen. Sie wissen, wir geben momentan 5 Millionen Euro pro Jahr aus. Aktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass wir etwa 300 Millionen Euro brauchen. Das heißt, Mecklenburg-Vorpommern wird dann in 60 Jahren so weit sein,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Torsten Renz, CDU: Sie wollen es hingeben, ja?!)

den Breitbandausbau und das Ziel der Bundesregierung zu schaffen, nämlich 50 Mbit/s.

(Torsten Renz, CDU: Sie wollen es hingeben und sagen, wir retten die Welt, oder?)

Wenn wir so weitermachen, sind wir erst in 60 Jahren fertig mit dem Breitbandausbau.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das Ziel der Bundesregierung und auch der Landesregierung, so habe ich gestern Herrn Caffier verstanden,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

ist aber, das im Jahr 2018, also in zwei Jahren zu schaffen. Das ist auf jeden Fall eine Herausforderung.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Das ist ehrgeizig, ja.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Zweiten schlagen wir ein Investitionsprogramm für die Schulen vor. Warum brauchen wir ein solches Förderprogramm? Der Städte- und Gemeindetag schätzt den aktuellen Sanierungsbedarf auf 70 bis 100 Millionen Euro an den Schulen in unserem Land, das ist ein erheblicher Investitionsstau. Ich wünsche mir Schulen, die für unsere Kinder ein optimales Lernumfeld ermöglichen. Und obwohl die Kommunen bereits viel geleistet haben, gibt es noch immer Schulen im Land, die umgebaute Container als zusätzliche Klassenräume nutzen müssen,

(Torsten Renz, CDU: Das wird immer so sein im Leben.)

aber es geht nicht nur um Schulen,

(Torsten Renz, CDU: Das ist wie mit der Schlosssanierung. Wenn Sie hinten fertig sind, ist vorne wieder anzufangen.)

in denen es im Herbst durchregnet und im Winter die Eisblumen an den Fenstern blühen, sondern viele Schulen benötigen auch geeignete Räume für ihre Ganztagsangebote. Viele Schulen sind auch noch nicht behindertengerecht ausgebaut. Um sie also fit für die Inklusion zu machen, brauchen wir auch hier zusätzliche Mittel.

Das sind also alles ganz konkrete Aufgaben, denen wir uns stellen müssen. Wir haben jetzt die Möglichkeit, hier etwas zu tun,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

meine sehr geehrten Damen und Herren, und ich denke, wir sollten die Chance ergreifen und nicht wieder wichtige Zeit vertrödeln, denn darauf läuft es ja hinaus.

(Egbert Liskow, CDU: Bringen Sie Ihre kreativen Ideen in die Haushaltsberatungen ein!)

Wenn wir dann irgendwann 2016 möglicherweise mit dem Breitbandausbau anfangen, haben wir bis 2018 noch zwei Jahre Zeit. Das schaffen wir nicht und wir werden immer weiter in den Rückstand geraten. Und das ist nicht gut für unser Land.

Und genauso sieht es mit den Schulen aus. Die werden immer weiter verfallen und vielleicht ist es ja auch Ziel der nächsten Landesregierung. Vielleicht plant die SPD

das ja schon, auch viele Schulen auf dem Lande zu schließen, weil der Investitionsbedarf ...

(Torsten Renz, CDU: He, was war das eben?! Die nächste Landesregierung, die SPD plant?)

Vielen Dank, Herr Renz.

(Heinz Müller, SPD:
Ziemlich durcheinander, ne? –
Torsten Renz, CDU: Trauen Sie sich nicht, den Koalitionspartner zu nennen, oder was? –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber der Punkt ist einfach, vielleicht kann es ja sein, dass es geplant ist, dass die Schulen so weit zerfallen sollen, dass man irgendwann sagt, na ja, dann machen wir mal einen bestimmten Prozentsatz zu, es lohnt sich ja nicht mehr zu investieren, und da hat man dann einen schönen Grund, warum man bestimmte kleine Schulen auf dem Lande zumachen soll.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Ich finde das schade, wenn der Investitionsstau so gelöst würde. Jetzt haben wir die Möglichkeit, den Investitionsstau anzugehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, grüne Haushaltspolitik orientiert sich an einer nachhaltigen Entwicklung und denkt eben auch das Morgen mit. Grüne Haushaltspolitik steht für Generationengerechtigkeit. Und die Haushaltspolitik von heute trägt eben Verantwortung auch für morgen. Das ist Ihnen allen bewusst. Deswegen ergreifen Sie die Chance!

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Diese Verantwortung ist aber nicht eindimensional und heißt nicht nur blindes Sparen, vor allem, wenn wir eben die Möglichkeit haben. Und für unvorhergesehene Mehrbedarfe und vorhergesehene Mehrbedarfe, wie es Frau Polzin nennt, haben wir ja bereits ein dickes Polster angelegt mit 1,14 Milliarden Euro oder 900 Millionen Euro in der Ausgleichsrücklage.

(Egbert Liskow, CDU: Haben Sie gesehen, wie die Ministerin kocht?)

Deswegen legen Sie bitte einen Nachtragshaushalt vor und stimmen Sie unserem Antrag zu! – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Egbert Liskow, CDU: Weder noch. –
Torsten Renz, CDU: Weder noch, Herr Saalfeld.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst die Finanzministerin des Landes Frau Polzin.

(Torsten Renz, CDU: Bringen Sie mal ein bisschen Klarheit in das Dunkel hier!)

Ministerin Heike Polzin: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Gutachtenoberbewerter Herr Saalfeld, Sie haben ja nun wieder mit dem Selbstverständnis ...

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das hat Sie getroffen.)

Nein, ich habe mit dem Lachen gekämpft zwischendurch. Ich hoffe, ich kriege das jetzt noch einigermaßen auf die Reihe.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Sie haben, mal ganz abgesehen von dem Antrag, links und rechts so viele Falschbehauptungen hier aufgestellt. Ich fange mal an mit der Rücklage. Verstehen Sie es doch mal, dass „Rücklage“ ein technischer Begriff ist!

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Da stecken auch Rücklagen der Hochschulen einfach mit drin in den 1,1 Milliarden, da stecken ...

(Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber nicht in der Ausgleichsrücklage.)

Ja, die Ausgleichsrücklage hat ja auch nur 500 Millionen.

(Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 900.)

Alles andere ist ganz anders definiert, das ist Ihnen auch im Finanzausschuss mehrfach mitgeteilt worden.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Auch die Zahlungen, die zusätzlich an die Kommunen gehen, stecken in diesem technischen Begriff „Rücklage“. Also erzählen Sie nicht laufend, dass wir da 1,1 Milliarden drin hätten! Wenn wir sie hätten, wäre ich ja ganz froh, aber es ist einfach leider nicht so.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Was Sie dann zum Thema „Rückgang der Investitionen“ hier kundtun: Dann nehmen Sie mal zur Kenntnis, dass wir diese Solidarpaktmittel ausdrücklich für Investitionen bekommen! Und da die rückläufig sind, gibt es hier natürlich auch einen gewissen Rückgang. Im Bundesmaßstab sind wir aber ganz, ganz vorn mit unserer Investitionsquote. Auch das dürfte Ihnen beiläufig bekannt sein. In den letzten Jahren waren wir bei rund 17 Prozent. Das schafft ja mal kaum noch Bayern. Und alle anderen sind ganz weit hinter uns.

Was die Investitionskraft der Kommunen angeht, da sind wir ja nun beim Antrag. Zu dem würde ich dann ganz gern mal kommen. Ich hatte nur Sorge, dass ich mitten-drin im Eifer des Gefechts vergesse, wenigstens mal auf die zwei besonderen Falschaussagen hinzuweisen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, wir haben es zum ersten Mal geschafft, dass ein Haushaltsabschluss den Weg ins Plenum findet.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das haben wir ja in all den Jahren immer wieder vorgelegt und insofern nehme ich natürlich dankbar die Gelegenheit auch beim Schopfe, dass wir über unsere Finanzpolitik an der Stelle reden. Ich hätte das von mir aus nicht beantragt, aber wenn die GRÜNEN das möchten, herzlichen Dank!

Wir haben also das neunte Jahr in Folge nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt, sondern es auch geschafft, über die Jahre erhebliche Summen unserer 10 Milliarden zu tilgen.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Torsten Renz, CDU: Jawohl.)

In diesem Jahr ist geplant, wieder 100 Millionen in die Tilgung zu stecken. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir in diesem Tempo weitermachen, sind wir schon in 100 Jahren so weit,

(Tilo Gundlack, SPD: Öl!)

dass wir die 10 Milliarden abgebaut haben. Das war ironisch, falls das nicht jeder jetzt mitbekommen hat.

(Heinz Müller, SPD: Bei den
GRÜNEN muss man das dazusagen.)

Ich will nur sagen, das ist überhaupt noch kein Grund, sorglos zu tun, als würde uns das Geld aus den Ohren kommen.

(Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nö.)

Und da bin ich mal beim Grundsatz: Ein Überschuss in einem Jahresabschluss heißt noch lange nicht, dass da irgendetwas übrig ist, denn wir haben diese Ergebnisse über die Jahre nur geschafft, weil wir vorsichtig und vorausschauend kalkulieren und weil wir nicht jedes Mal, wenn wir meinen, da ist ein bisschen übrig, es sofort in neue Programme stecken. Das wird auch in Zukunft nicht unser Plan sein. Und insofern können Sie sicherlich schon ahnen, wohin die Tendenz hierbei geht, jedenfalls was die Meinung der Finanzministerin zu dem Antrag anbelangt.

Ich will dennoch natürlich die Dinge, die Herr Saalfeld da Zukunftsinvestitionen nennt, auch nicht in Abrede stellen, deshalb werde ich mich jetzt inhaltlich noch mal mit seinen Plänen befassen,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Zu gnädig.)

da ich ja schon vor Dankbarkeit in die Knie gegangen bin, dass wir uns zumindest bei der Tilgung mal einig sind.

(Torsten Renz, CDU: Das macht
er aber auch nur als Feigenblatt.)

Wir haben die 66,5 Millionen nicht in die Rücklage gestellt, um die noch mal aufzupeppen, sondern wir wissen genau, da wir schon mitten in den Ressortverhandlungen stecken, dass da noch große Probleme zu lösen sind, und zwar mit Leistungen, die überhaupt noch nicht so weit gehen, neue Programme zu entwickeln. Meine

Prognose ist auch, wir werden wenig Spielraum dafür haben, aber wir haben ganz einfach auch zwingend höhere Ausgaben, die wir an allen Ecken betiteln könnten. Ich will damit gar nicht anfangen, das würde meine Redezeit sehr weit nach oben schieben. Ich denke aber, dass man sich zumindest mal mit den beiden Vorschlägen befassen sollte.

Da haben wir zum einen den Ansatz, beim Breitband ein Landesprogramm aufzulegen, das dem Missstand, der ja definitiv auch da ist, wir haben da in der Tat Nachholbedarf, schnell Abhilfe schaffen soll. Ich glaube, mit den vorgeschlagenen 30 Millionen insgesamt werden wir a) die Welt nicht retten und zweitens ist es auch völlig falsch, das zu diesem Zeitpunkt in Angriff zu nehmen. Es sind nämlich nicht nur die UMTS-Lizenzen, die in Form von etwa 20 Millionen aufs Land zukommen, die dabei wirksam werden. Der Bund will ja seinen Anteil der 50 Prozent in bestimmte Programme gießen, sodass wir also da noch etwas unterausgestattetes Land selbstverständlich ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Unterausgestattet?)

Ja, das muss man einfach mal so sagen, wir haben da ganz andere, wie Sie wissen, Herr Ringguth, dass wir da gut und schnell auch in Aktion kommen. Zu diesem Behufe haben wir ja die Bündelung und Zuständigkeit beim Infrastrukturminister Pegel angesiedelt, der auch dabei ist, ein Landesprogramm an der Stelle vom Inhalt her aufzustellen. Natürlich müssen wir erst mal die konkreten Bedingungen des Bundesprogrammes kennen, sonst hat man eine ganze Menge für den Papierkorb gearbeitet. Diese beiden Dinge zusammengefügt werden, denke ich, wesentlich mehr Schlagkraft entwickeln, um hier ein Stück voranzukommen.

Also sehe ich überhaupt noch keine Veranlassung, Ihrem Vorschlag, hier ein eigenes Landesprogramm aufzubauen, auch zuzustimmen. Nebenbei bemerkt, wenn das Bundesprogramm Kofinanzierungsmittel braucht, ist das wie bei jedem. Wir haben bis jetzt den Grundsatz gehabt, alle Bundes- und EU-Mittel möglichst mit Kofinanzierungsmitteln des Landes zu komplementieren, und an der Stelle sind wir ohnehin noch mal angefragt, aber jetzt vorab solche Dinge zu tun, ist einfach sachlich nicht in Ordnung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Ich nehme dann auch Ihr anderes Zukunftsthema. Auch hier gibt es keinen Dissens, dass wir das für sehr wesentlich halten, Sanierung der Schulen, vor allem Barrierefreiheit, um der Inklusion Vorschub zu leisten, auch in baulicher Hinsicht, da gibt es keine unterschiedliche Auffassung. Ich will Ihnen nur noch mal in Erinnerung rufen, dass, da waren Sie noch irgendwo auf der Uni, vermute ich mal ...

(Zurufe von Torsten Renz, CDU,
und Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber so lange ist das ja noch nicht her, Ältere haben das alles so mitgekriegt, es geht um die zeitliche Einordnung. Ich wollte Ihnen ja nur

(Egbert Liskow, CDU: Eine Hilfestellung geben.)

eine Hilfestellung geben, da Sie das vielleicht nicht wissen können, aber diejenigen, die in der letzten Legislatur hier im Landtag waren, wissen noch sehr, sehr genau, dass im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise der Bund ein wunderbar wirksames Programm aufgelegt hat, wir nennen es kurz Zukunftsinvestitionsprogramm ZIP, und da haben wir in kürzester Zeit immerhin fürs Land 340 Millionen für kommunale Infrastruktur im weitesten Sinne bekommen. Und wenn Sie sich erinnern, dass das alles runtergegeben wurde auf die Kommunen, für drei Zwecke definiert, dazu gehörten natürlich vor allem, weil Bildung ein wichtiger Zweck ist, Schulen, Kitas, Infrastruktur und energetische Sanierung. Das waren die drei Zwecke. Ich glaube, bei vielen ist das noch ganz gut in Erinnerung.

(Heinz Müller, SPD: Ja, hat gut gewirkt.)

In diesem Rahmen sind allein 200 Schulen und fast 90 Kitas umfangreich saniert worden. Und es war übrigens im Jahr 2012 der Abschluss, also vorgestern, wenn man so will. Deshalb sollte man sich vielleicht daran auch noch mal erinnern und nicht so tun, als wäre hier nichts passiert.

Im Übrigen gibt es eine Fortsetzung, auch gestern in Berlin haben wir mit dem Bundesfinanzminister darüber gesprochen, es soll ja wieder ein Investitionsprogramm für die Kommunen geben. Uns war sehr daran gelegen, dass wir in etwa die Spielregeln des ZIP vom letzten Mal bekommen, weil das eigentlich gut funktioniert hat, auch zu administrieren. Woran uns außerdem gelegen ist, das haben wir als Länder auch artikuliert, ist, dass wir diesmal nicht die Zusätzlichkeit der Programme nachweisen müssen. Dann können die Kommunen nämlich auch mit diesem Geld schon geplante Leistungen verwenden.

Ich denke, die Zweckbestimmung wird wieder eine ähnliche sein, weil nur das überhaupt vom Bund als Förderzweck möglich ist. Ich hoffe auch, dass wir diesmal im Straßenbau an der Stelle ein bisschen weiter vorankommen, das ist nachher eine Frage der Zweckbestimmung des Bundes. Auch hier, glaube ich, wird mehr bei den Kommunen ankommen. Wir haben so berechnet, es sind rund 90 Millionen, um hier viel zielgenauer zu helfen. Also auch da ist in der Sache Ihr Antrag eigentlich nicht erforderlich.

Um es noch mal zusammenzufassen, will ich ganz deutlich sagen: Ganz abgesehen von diesen beiden wichtigen Dingen sitzen Sie einem Grundirrtum auf, wenn Sie immer glauben, dass ein Überschuss übrig ist. Ich habe es vorhin schon mal gesagt, wir werden das Geld dringend brauchen für den anspruchsvollen Doppelhaushalt, der vor uns liegt, und definitiv nicht deshalb, weil da ein Wahlkampf zu finanzieren ist, das wäre rechtswidrig im Übrigen, sondern es geht darum, die Zukunft des Landes weiter solide nach vorn heraus auch zu planen. Das ist das Ziel dieses Doppelhaushaltes.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dass man darauf
hinweisen muss, das ist schon suspekt.)

Und dann muss man einfach auch mal mit einer alten Bauernregel agieren: Korn, das für die Aussaat gedacht ist, sollte nicht zum Kuchenbacken verwendet werden. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Rösler.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Um es gleich vorwegzunehmen, wir beantragen die getrennte Abstimmung zu den Punkten I bis IV. Zum Punkt III liegt Ihnen ein Änderungsantrag meiner Fraktion vor. Auch wir sind dafür, und das scheint ja Konsens zu sein, dass von den mehr als 160 Millionen Euro Mehreinnahmen

(Torsten Renz, CDU: Weil die sich alle nicht trauen, weil die Koalition das vorgegeben hat. Das ist der Punkt.)

100 Millionen Euro zur weiteren Tilgung der Schulden eingesetzt werden.

(Torsten Renz, CDU: Am liebsten hätten Sie doch draufgeschrieben null Tilgung, aber das haben Sie sich nicht getraut. Bei den GRÜNEN genau das Gleiche. – Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Sie kennen uns nicht.

(Torsten Renz, CDU: Doch, deswegen sage ich das ja.)

Ich werde Ihnen das auch begründen, denn Geld, welches für Zinsen zu zahlen ist, steht für wirklich wichtige Dinge nicht zur Verfügung.

Allerdings sind wir dagegen, genau wie die GRÜNEN, dass die noch verbleibenden rund 60 Millionen zunächst in der Ausgleichsrücklage geparkt werden.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Angesichts der großen Handlungsbedarfe im Land, angesichts der vielen Baustellen im Land, etwa was den Ausbau des Breitbandnetzes oder die Entwicklung der ländlichen Räume betrifft, können wir es uns nicht leisten, noch mehr Zeit ungenutzt verstreichen zu lassen.

(Torsten Renz, CDU: Und deswegen reduzieren Sie die 30 Millionen der GRÜNEN auf 10, ja?)

Wir sollten also jetzt entscheiden, wie wir die Mehreinnahmen bereits in diesem Jahr sinnvoll und nachhaltig einsetzen.

(allgemeine Unruhe)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es reicht eben nicht, wie eine Glücke auf einem Haufen Geld zu sitzen und sich zu freuen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

für schlechte Zeiten Vorsorge getroffen zu haben. Vorsorge ist ohne Zweifel wichtig, aber genauso wichtig ist es, Spielräume im Hier und Jetzt zu nutzen. Die Ausgleichsrücklage für schlechte Zeiten ist bereits so hoch wie noch nie, mein Kollege Saalfeld ist darauf eingegangen.

(Ministerin Heike Polzin: Ich auch. – Heinz Müller, SPD: Die Ministerin auch.)

Wir meinen, dass sie bei aller gebotenen Sparsamkeit

(Torsten Renz, CDU: Und wie hoch ist die denn? – Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: In der Vermögensübersicht steht, 900 Millionen Euro.)

und bei aller gebotenen Vorsorge bereits mehr als beachtlich ist.

(Torsten Renz, CDU: Wie hoch ist sie denn bei Ihnen?)

Ende 2013 war sie weit über 900 Millionen Euro.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ganz genau, steht in der Vermögensübersicht.)

Wir müssen nicht nur für künftige schlechte Zeiten vorsorgen, denn wir haben bereits schlechte Zeiten, denn auch wenn die Große Koalition die rosarote Brille aufhat, kann doch niemand ernsthaft bestreiten, dass es vielschichtige Probleme gibt und zahlreiche Menschen Sorgen haben.

Meine Damen und Herren, deshalb sollen die verbleibenden gut 60 Millionen Euro zügig eingesetzt werden. Und natürlich muss der Einsatz der Mittel vernünftig und zukunftsorientiert sein, das ist doch gar keine Frage. Wir meinen, dass neben Investitionen für Breitbandausbau und Schulmodernisierung ein Regionalbudget für die besonders strukturschwachen Kommunen sinnvoll und erforderlich ist.

Ich verweise auf den Entwurf zur Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogramms zur ersten Beteiligung. Dort sind ländliche Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen identifiziert und dargestellt worden. Dieser Begriff ist jetzt raus. Jetzt heißen sie „ländliche Gestaltungsräume“. Zudem wird die Fläche derartiger Räume jetzt auch kleiner. Aus der Anerkennung, dass es Räume mit besonderen Herausforderungen aber gibt, egal, wie diese letztendlich bezeichnet werden, müssen doch dringend Konsequenzen folgen.

Unsere Antwort lautet, mit einem Regionalbudget, also einer pauschalen Mittelzuweisung für die Kommunen, sollen die betroffenen Regionen auch unterstützt werden.

(Torsten Renz, CDU: Wann wird denn das verabschiedet bei euch? Steht das Geld schon zur Verfügung, oder was?)

Wir wollen, dass auf kommunaler Ebene selbstbestimmt und eigenverantwortlich entschieden wird, wofür diese Mittel eingesetzt werden. Vor allem sollen die Mittel genutzt werden, um den betroffenen Regionen eine Zukunft zu eröffnen, um insbesondere regionale Potenziale zu erschließen, beispielsweise durch interkommunale Zusammenarbeit oder eben auch durch eine Verstärkung von durchaus bewährten Projekten.

Im Übrigen,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

im Übrigen sind es auch Ihre Parteikollegen von SPD und CDU, ich kann sie mit Namen nennen, etwa aus

Vorpommern, die ganz aktuell der Auffassung sind, Schwerin muss mehr tun.

Meine Damen und Herren, ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Torsten Renz, CDU: Das war ja wenig
Inhalt. Das war wenig Inhalt.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Gundlack.

Tilo Gundlack, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Meine liebe Kollegin Frau Tegtmeier lacht jetzt schon. Ich weiß nicht, wieso, aber mal gucken.

(Heinz Müller, SPD: Sie
freut sich, dich zu sehen.)

Sie freut sich schon, ja.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie hat
vielleicht deine Rede schon gelesen.)

Nee, hat sie noch nicht gelesen, noch nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erwartet von uns, die Landesregierung dazu aufzufordern, in die Zukunftsfähigkeit des Landes zu investieren. Das ist schon ein Donnerwetter-Antrag, da bin ich erst mal zusammengezuckt mit meinen Kollegen,

(Torsten Renz, CDU:
Beim Blitz oder beim Donner?)

was man uns denn so alles zutraut oder nicht. Und dazu ist dieser Antrag noch voller Ungereimtheiten. Ein Punkt zum Beispiel nur: Es hieß wieder mal, dass die Koalition sich streitet. Und wie gestern sage ich auch noch mal, oder vorgestern vielmehr, wir haben uns noch gar nicht gestritten.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Noch nie! Noch
nie haben wir uns gestritten.)

Ich habe mich mit meinem finanzpolitischen Sprecher von der Fraktion der CDU noch nie gestritten. Das habe ich auch schon gesagt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Umso mehr man
das betonen muss, umso fragwürdiger ist es.)

Nee, es ist nicht fragwürdig, es ist einfach ein freundschaftliches und professionelles Miteinander, Herr Ritter, mehr nicht. Ich muss Ihnen das ja nun mal sagen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung investiert in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Vielleicht ist es bloß das Problem, dass es nicht Ihre Schwerpunkte sind oder Ihre politischen Ansätze, aber es sind zumindest die Ansätze der Koalition. Es ist längst bewiesen, dass unter sozialdemokratischer Führung in diesem Land seit 2006 keine neuen Schulden mehr aufgenommen wurden. Damit ist längst bewiesen, dass solide Haushaltsführung

das Markenzeichen der SPD-Landtagsfraktion ist, in Verbindung mit der CDU-Landtagsfraktion.

(Egbert Liskow, CDU: Das
wollen wir mal festhalten.)

Ich freue mich ja, dass wenigstens die Schuldentilgung von der GRÜNEN-Opposition anerkannt und unterstützt wird und nach dem Änderungsantrag der LINKEN nunmehr auch durch Sie.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wie sagte schon Franz Müntefering einst so treffend, ich zitiere: „Opposition ist Mist.“ Da ist was Wahres dran. Und man kann von der parlamentarischen Oppositionsbank aus nicht wirklich mitentscheiden.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wollen Sie sich jetzt
entscheiden oder gar nicht entscheiden?)

Es bleibt immer die Rolle des Kontrolleurs und die Suche nach klugen Gegenvorschlägen zur Regierungsarbeit.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Sie lassen das
Geld ja gerade liegen.)

Herr Saalfeld, ich werde heute nicht auf Sie eingehen, weil ich durfte gestern erleben – heute sitzt ja eine andere Vizepräsidentin hinter mir –, wir durften ja alle gestern erleben, was passiert, wenn man auf Sie direkt eingeht. Der Kollege Waldmüller ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr ...

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Tilo Gundlack, SPD: ... ist gerade nicht da.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Gundlack, bitte auch nicht im Nachgang die Möglichkeit nutzen zu kritisieren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Tilo Gundlack, SPD: So komme ich zur Ziffer I: „Der Landtag befürwortet die Pläne der Landesregierung, 100 Millionen Euro“

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Glocke der Vizepräsidentin)

„aus dem Haushaltsüberschuss des Jahres 2014 für den Schuldenabbau zu verwenden.“ Da sage ich, das finde ich gut, dass die Bündnisgrünen den Schuldenabbau unterstützen.

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, ich auch.)

Schließlich ist es das oft zitierte Ziel der SPD-Fraktion und der gesamten Landesregierung, die Pro-Kopf-Ver-

schuldung trotz abnehmender Bevölkerungszahl nicht weiter ansteigen zu lassen. Aktuell beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung im Lande nach Kassenstatistik 5.870 Euro und ist damit etwas geringer als 2013, da waren es 5.935 Euro pro Einwohner. Das Ziel der Schuldentilgung hat auch der Landesrechnungshof Mecklenburg-Vorpommern, die oberste Finanzkontrolle des Landes, immer unterstützt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, kommen wir zum Punkt II des vorliegenden Antrages, der Aufforderung, „unverzüglich in ... wichtige Zukunftsbereiche des Landes zu investieren“. Die SPD-Fraktion hatte schon seit vielen Jahren klargemacht, worin sie die Schwerpunkte für eine Zukunftsfähigkeit des Landes sieht. Das SPD-Regierungsprogramm 2006 – 2011 trug bereits die Überschrift „Zukunft aus eigener Kraft“. Keine Neuverschuldung angesichts der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung, solide Finanzpolitik mit Blick auf das Auslaufen des Solidarpakts in 2019, notwendige und keinesfalls leicht umzusetzende Strukturreformen, Schwerpunkte in Bildung, Kita und Wirtschaftsförderung – nur ganz kurz hier einige Fakten und Zahlen und Schwerpunkte der Koalition, und ich weiß bereits jetzt, dass die Opposition sagt, das reicht uns alles nicht.

50 Millionen Euro zusätzlich für gute Schulen, darin enthalten ist die Sicherung des Lehrernachwuchses. Erstmals wurden Lehrer in M-V verbeamtet.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ob das 50 Millionen sind,
stellt sich noch raus.)

Mit Beginn ihres Schuljahres wurden 575 neue Lehrer und 55 Personen mit sonderpädagogischer Aufgabenstellung eingestellt. Vertretungslehrer wurden eingestellt, flexible Schulbudgets für Ganztagschulen und Halbtagschulen und anrechenbare Klassenleiterstunden wurden eingeführt. Die ganz aktuell verbesserte Finanzausstattung unserer Hochschulen möchte ich hier auch nennen. Wir gehen davon aus, dass damit die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen durch diese zusätzlichen Mittel erhöht wird. Damit erfüllen wir auch eine ständige Forderung der Bündnisgrünen hier im Landtag.

(Egbert Liskow, CDU:
Sie wollen mehr.)

Schwerpunkt Kita: Absenkung der Fachkraft-Kind-Relation, Entlastung der Eltern bei Krippenbeiträgen, Rechtsanspruch auf Kindertagesförderung, kostenfreies Mittagessen für Kinder aus bedürftigen Familien und 5 Millionen Euro zusätzlich für Kitas in sozialen Brennpunkten sind hier die Schlagwörter.

Schwerpunkt Wirtschaftsförderung: Haushaltsermächtigung für Bürgschaften zur Förderung der Wirtschaft bis 1,2 Milliarden Euro, Ansiedlungspolitik in erster Förderung, GA-Förderung, 125,6 Millionen Euro, ELER, INTERREG und so weiter und so fort.

Was davon hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN denn nicht wahrgenommen oder nicht wahrnehmen wollen? Wie kommen Sie denn auf die Idee, angesichts magerer Überschüsse von 66,5 Millionen Euro gleich Sonderprogramme aufzulegen?

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Sie verurteilen doch sonst andauernd Sonderprogramme und Fonds, so zumindest meine Wahrnehmung der letzten Jahre hier im Landtag.

(Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Na, weil es Trostpflaster waren.)

Die Haushaltsverhandlungen für 2016/2017 stehen noch unmittelbar bevor,

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

da werden wir noch sehr umfangreich debattieren, so zumindest war es bei den letzten Haushaltsberatungen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat den Auftrag, einen verfassungsmäßigen Doppelhaushalt aufzustellen für die Jahre 2016/2017. Wenn jetzt schon Mehrkosten absehbar sind, muss die Landesregierung das Geld dafür einkalkulieren. Die Finanzministerin sagte das schon. Zuerst, das wissen auch Sie von den Bündnisgrünen, müssen die absehbaren und unabweisbaren Kosten gedeckt werden. Sie lesen doch auch die Zeitung, vor allem die „Ostsee-Zeitung“,

(Udo Pastörs, NPD: Eine sehr gute Zeitung.)

und sehen Nachrichten im Fernsehen oder treffen sich in Ihren ökologischen Esoterik-Hilfsgruppen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Allein die Notwendigkeit,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist so
was von peinlich, was Sie da bieten!)

in den nächsten Jahren eine größere Anzahl von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Mecklenburg-Vorpommern aufzunehmen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dass das das politische
Niveau der SPD ist, hätte ich nicht gedacht.)

wird sich im Haushalt bemerkbar machen. Soweit ich mich erinnere, hat sich ...

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Was hat sie gemacht? Den Kopf geschüttelt?

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Schämt sich.)

Ja, ja, das konnten wir schon in der Zeitung lesen, dass sich einige schämen immer.

Soweit ich mich erinnere, hat sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier im Landtag dafür ausgesprochen, dass Mecklenburg-Vorpommern Flüchtlinge aus Syrien aufnimmt, was wir und ich auch besonders begrüßen.

(Udo Pastörs, NPD: Jaja, na klar!)

Da müsste auch die solide Ausfinanzierung der Mehrkosten für die Unterkünfte in Ihrem Interesse sein. Also geben Sie die Haushaltsüberschüsse nicht schon vorher

aus! Man kann das Geld eben nur einmal ausgeben. Wenn ich das eine will, muss ich auch das andere mögen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage das an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich: Die vorsichtige und vorausschauende Finanzpolitik unserer Landesregierung ist absolut richtig.

Nun zu Ziffer III Ihres Antrages. Da fehlen mir nun ganz konkret Ihre Vorschläge zum Geldausgeben für 2015 im laufenden Haushalt. In Ziffer 1 fordern Sie, dass 30 Millionen Euro in ein Sonderprogramm für die Förderung des Breitbandausbaus gegeben werden sollen. Mit der aktuellen Einigung innerhalb der Koalition in Berlin auf ein Milliardenpaket für die Kommunen, Verkehrswege und schnelles Internet sollen auch erhebliche Bundesmittel für den Breitbandausbau bereitgestellt werden.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Es werden circa – es ist ja inoffiziell zumindest darüber gesprochen worden – zwischen 1,5 und 3 Milliarden Euro genannt, die noch in dieser Legislaturperiode für den Breitbandausbau investiert werden sollen. Wir tauschten ja bereits gestern dazu unsere Positionen gehörig aus. Deshalb sehe ich gerade jetzt noch keinen Sinn darin, ein Landesprogramm aufzulegen. Wir sollten erst einmal abwarten, wie und wo das Bundesgeld eingesetzt wird. Natürlich unterstützen wir das Anliegen nach schnellen Internetverbindungen auch im ländlichen Raum, keine Frage, doch wenn zunächst Bundesgelder fließen, sollten wir erst dann mit Kofinanzierungsmitteln einsteigen, wenn klar ist, wie sie klug und effizient eingesetzt werden können, um den größtmöglichen Effekt zu erzielen.

Als zweiten Vorschlag benennen Sie die Bildung eines Sonderprogramms in Höhe von ebenfalls 30 Millionen Euro für die Instandsetzung und Modernisierung von Schulen. Wie ich Sie bereits am Mittwoch fragte: Wie kommen Sie auf diese 70 Millionen Euro? Da sagten Sie, die Bündnisgrünen meinten, es wäre da eine Pressemitteilung oder eine Quelle liege beim Deutschen Städte- und Gemeindetag in unserem Lande.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber da gibt es doch gar keinen Dissens.)

Herr Saalfeld,

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

lassen Sie mich doch einfach mal ausreden!

Ich habe da mal nachgefragt, wie Sie auf die 70 Millionen Euro kommen. Und dann hat man mir zurückgeschrieben vom Städte- und Gemeindetag, ich darf zitieren: „Sehr geehrter Herr Gundlack, der Städte- und Gemeindetag hat derzeit keine aktuellen Zahlen.“ Punkt.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja, keine aktuellen.)

Ja, da frage ich mich, wo Sie die Zahlen hernehmen, wenn es keine aktuellen Zahlen gibt bei 70 Millionen.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Herr Wellmann wird Ihnen
geantwortet haben wahrscheinlich.)

Für die Instandsetzung und Modernisierung der Schulgebäude sind die Schulträger zuständig. Jede Kommune, die selbst keine Schule unterhält, zahlt an die Schulstandortgemeinden für jedes Kind eine Schulumlage.

(Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Mensch, zusammengesetzte Substantive,
das ist schwierig heute, ne?)

Ja, ist schwierig heute, ich weiß.

Darin sind auch die Kosten für Instandhaltung und Modernisierung einkalkuliert. Das Land sichert den Kommunen über das Kommunale Finanzausgleichsgesetz eine finanzielle Grundausrüstung zu. Ein neues Sonderprogramm für die Schulträger außerhalb des FAG M-V wollen wir daher nicht. Der Landesrechnungshof hat in der Vergangenheit ohnehin die Auflage von Sonderprogrammen außerhalb des FAG kritisiert.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Ah ja!)

Das Land hat 2012 100 Millionen Euro im Sondervermögen kommunaler Konsolidierungsfonds M-V und 50 Millionen Euro im kommunalen Kofinanzierungsprogramm zusätzlich zum FAG bereitgestellt. Und im Nachtrag zum Haushalt für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 wurden weitere 40 Millionen Euro jährlich zum Zwecke der Stärkung der kommunalen Finanzkraft eingestellt.

Die Kommunen konnten im Übrigen auch von höheren Steuereinnahmen im Jahr 2014 profitieren. Wofür diese die überplanmäßigen Einnahmen ausgeben, liegt allein in der Entscheidung der Selbstverwaltung der Kommunen. Dies ist bekanntlich auch ein hohes Gut. Ob die Instandhaltung und Modernisierung von Schulgebäuden ganz oben auf der Prioritätenliste steht, ist sicher die Sache einzelner Kommunen.

Ebenfalls habe ich mal nachgefragt in Wismar, was denn passieren würde, wenn sie jetzt 5 Millionen zusätzlich bekommen würden dieses Jahr. Da kam die Antwort, damit können sie in diesem Jahr gar nichts anfangen, weil sie gar keine Planung dafür haben. Ein Sonderprogramm wollen wir daher nicht, denn wir müssten auch da sagen, welche Prioritäten wir dafür setzen wollen.

Und unter Punkt 3 finden wir dann noch einmal den Vorschlag zur Tilgung von 100 Millionen Euro. Dazu bedarf es keiner Aufforderung durch die GRÜNEN, das war bereits durch die Landesregierung so festgelegt.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Na,
dem Punkt können Sie zustimmen.)

Und es bedarf dazu auch keines Nachtragshaushaltes. Hierzu reicht Paragraph 2 Absatz 8 des Haushaltsgesetzes aus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine solide Finanzpolitik ist für die SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern seit vielen Jahren ein Markenzeichen. Deshalb werden wir auch zukünftig darauf achten, dass zunächst die notwendigen und unabweisbaren Kosten gedeckt und unsere Schwerpunkte ausfinanziert werden. Schuldentilgung ist ein von uns ausdrücklich verfolgtes Ziel, um die Pro-Kopf-Verschuldung nicht weiter anwachsen zu lassen. Wir sichern mit solider Finanzpolitik und kluger Schwerpunktsetzung die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Noch ein paar Anmerkungen zum Änderungsantrag, zu den Sonderprogrammen habe ich schon einiges gesagt. Zu dem Entwurf, was Sie angesprochen haben, den zukunftsfähigen, ländlichen Räumen mit besonderen demografischen Herausforderungen – das ist ja jetzt der erste Entwurf und ich möchte lieber den zweiten Entwurf abwarten, was darin steht, denn ansonsten kommt wieder der Zungenschlag rein, es war von vornherein sowieso alles klar, und darum finde ich es demokratischer, wenn man erst mal den zweiten Entwurf abwartet.

Zu Ziffer IV, die Tilgung ist natürlich richtig, bei den Punkten I bis III werden wir dann nach der Haushaltseinbringung im September darüber beraten. Daher lehnen wir auch Ihren Änderungsantrag ab.

Und jetzt, meine Damen und Herren von der Bündnis-grünen-Fraktion, ziehen Sie den Antrag zurück oder wir lehnen ihn einfach ab. – Vielen Dank.

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Ein typisch grüner Antrag von jemandem mit dem Namen Saalfeld, der wohl noch ein bisschen grün hinter den Ohren ist,

(Unruhe vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Jochen Schulte, SPD: Na, besser grün
hinter den Ohren als braun im Kopf.)

denn wenn man auf die Qualität schaut, Herr Saalfeld, dann muss man ganz ehrlich sagen, dann scheitert Ihr Antrag schon daran, dass Sie sich insofern disqualifizieren, indem Sie sich hier hinstellen und sagen, Sie seien in der Lage, hochkomplexe Gutachten, gute Gutachten von schlechten zu unterscheiden. Und dann kommt die Frau Finanzministerin und belehrt Sie richtigerweise, was eine Ausgleichsrücklage im Sinne unseres Haushaltes darstellt. Das ist schon mal sehr, sehr blamabel.

Ich möchte jedoch feststellen, Frau Finanzministerin, dass Ihre Einlassung – und das war ja auch so ein bisschen ins Lächerliche gezogen –, dass wir ungefähr 100 Jahre brauchen, um, wenn wir in gleicher Weise tilgen, dann schuldenfrei zu sein, einmal mehr Ihr Totalversagen, nicht nur dieser Regierung, auch der Regierung davor dokumentiert, und zwar nachhaltig und sehr einleuchtend. Wir haben in diesem Land eine sehr hohe Pro-Kopf-Verschuldung, die dann in 100 Jahren oder in 50 Jahren eben nicht getragen wird von den Damen und Herren, die das zu verantworten haben, die hier auf der Regierungsbank sitzen, sondern das wird mit Zins und Zinseszins zurückzuzahlen sein von den Leuten, die jetzt noch gar nicht geboren sind, oder von denjenigen, die in den nächsten Jahren steuerpflichtig werden.

Wir haben in der Finanzstruktur unseres Landes 10 Milliarden Landesverschuldung. Wir haben im Moment das Glück einer sehr, sehr niedrigen Zinsphase, die bestimmt in 100 Jahren eine andere sein könnte, und da ist dieser Haushalt und da ist dieser Verschuldungsgrad mit unglaublich hohen Risiken verbunden. Wir haben eine nicht geklärte Zukunft des Länderfinanzausgleichs, Tendenz

zu immer mehr Widerstand vom Süden Deutschlands, Geld nach Norden zu schaufeln, und wir haben die beschlossene Schuldenbremse, wenn sie denn nicht wieder Makulatur wird, indem man ganz einfach über Gesetze hinweggeht. Und wir haben, das muss man auch ganz deutlich sagen, in Mecklenburg-Vorpommern eine Deindustrialisierung, sodass die Steuereinnahmen in den nächsten fünf oder zehn Jahren wahrscheinlich nicht in dem Maße fließen werden, wie das die Noch-Regierenden sich erhoffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nichtsdestotrotz, muss man sagen, ist die Entscheidung aus der Sicht der Nationaldemokratischen Partei, dass man hier erst mal 100 Millionen in die Tilgung steckt – das ist ein Tropfen auf den heißen Stein – dennoch richtig. Wir halten es für absolut falsch, kurzfristige Nachtragshaushalte aufgrund von aktueller Kassenlage zu beschließen. Das einzige Mittel, wo die Kommunen langfristig – und das sind die Entscheider vor Ort – gestärkt werden können, ist, wenn man das neue Finanzausgleichsgesetz in so einem Rahmen beschließt, den wir bei den letzten Verhandlungen zu diesem Gesetz auch vorgeschlagen haben, die Kommunen so ausstattet vom Land aus, dass sie auskömmlich mittelfristig und langfristig planen können, denn wir haben eben von Herrn Gundlack gehört – und das ist eine wichtige Feststellung –, dass die Kommunen kurzfristig mit Geldern, die man ihnen in den nächsten drei oder fünf Monaten zur Verfügung stellt, überhaupt gar nicht langfristig zielgerichtet arbeiten.

Insofern sind der Worte genug gewechselt. Der Antrag ist ein Schaufensterantrag. Hier spielt sich mal wieder ein grüner Möchtegernpolitiker auf ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs, ...

Udo Pastörs, NPD: ... als Finanzfachmann.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs, ...

Udo Pastörs, NPD: Gnädige Frau, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... einen kleinen Moment.

Ich bitte jetzt, doch von persönlichen Anwürfen, an wen auch immer, abzusehen.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs
wendet sich an das Präsidium.)

Sie haben das hier nicht zu kommentieren. Bitte versuchen Sie, es zu formulieren, wie Sie meinen, es ausdrücken zu wollen, ohne hier jemanden persönlich zu beleidigen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Udo Pastörs, NPD: Hier produziert sich ein grüner Politiker als Finanzexperte, wobei wir doch hier nicht Experten brauchen, sondern wir brauchen Fachleute, Finanzfachleute.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und der Finanzfachverstand scheint mir hier in der Administration dieses Landes angesiedelt zu sein und nicht unbedingt bei der politischen Klasse. Insofern lehnen wir

Ihren Antrag, meine sehr verehrten Damen und Herren von den GRÜNEN, in beiden Punkten ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Liskow.

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie Frau Polzin ja schon gesagt hat, regt dieser Antrag an, vielleicht doch mal grundsätzlich zur Finanzpolitik zu sprechen, aber das ist ja nicht Inhalt dieses Antrages. Der Antrag sagt, dass die GRÜNEN gern einen Nachtragshaushalt hätten für dieses Jahr, und DIE LINKE möchte mit ihrem Änderungsantrag entsprechend untersetzen, wie sie das Geld ausgeben möchte.

Wenn wir jetzt einmal das Jahr 2014 sehen, wir hatten ja entsprechend der Haushaltsaufstellung einen Abschlag sozusagen auf die Maiteuerschätzung vorgenommen. Durch diesen Abschlag, Sicherheitsabschlag, ist es überhaupt möglich geworden, einen Jahresüberschuss zu erwirtschaften. Hätten wir gleich die hundertprozentigen Einnahmen geplant, dann hätten wir gar keine Einnahmen in dieser Größenordnung feststellen können. Sozusagen ist es eigentlich nur Geld, was wir vorher schon uns in die sogenannte Rücklage gelegt haben.

Und jetzt ist die Frage, wie wir mit diesem eingesparten Geld umgehen. Da hat sich die Koalition darauf verständigt, 100 Millionen Euro sofort zu tilgen. Die CDU hätte sich auch vorstellen können, die gesamte Summe zu tilgen. Aber wir haben ja auch schon von der Finanzministerin gehört, dass wir in der Haushaltsplanung 2016/17 Risiken haben, die wir im Moment gar nicht abschätzen können, und deswegen hat man sich in der Koalition darauf verständigt zu sagen, dass wir diese 66,5 Millionen Euro erst mal so vorsehen, dass wir bei der Planung des Doppelhaushaltes eine Reserve haben. Und ich glaube, das ist auch sinnvoll, dieses so zu machen.

Ich kann Ihnen versprechen und auch zusichern, die Koalition hätte zig Möglichkeiten und Vorstellungen, wo man dieses Geld hätte ausgeben können, die 66,5 Millionen. Es wurde heute schon gesagt, diese Vorschläge sind alles Vorschläge, die wir eventuell hätten mittragen können in verschiedenen Größenordnungen, ob Breitbandausbau, ob Schulen,

(Udo Pastörs, NPD: Für Asylantenheime.)

ob für Denkmale ein Sonderprogramm oder sonst welche Vorstellungen. Also es gibt viele Möglichkeiten, das Geld auszugeben, aber ich glaube, eine verantwortliche Haushaltspolitik ist, wenn man schon Risiken sieht, dann das Geld, was man da eventuell überhat, auch entsprechend einzusetzen. Und deswegen, glaube ich, sind wir gut beraten, so zu verfahren, wie die Koalition es vorgeschlagen hat. Deswegen lehnen wir auch Ihren Antrag ab, hier einen entsprechenden Nachtragshaushalt aufzustellen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Saalfeld.

(Torsten Renz, CDU: So, jetzt bin ich mal gespannt, ob das gefruchtet hat ein bisschen.)

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Frau Polzin, Sie sagten gerade, Korn, das da ist für die Aussaat, sollte man nicht zum Kuchenbacken benutzen. Und genau das meinen wir GRÜNEN ja auch. Sie wollen einen Kuchen für den Wahlkampf backen

(Stefanie Drese, SPD: Ach nee, also! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und wir wollen das Geld nutzen und aussäen für Schulen und schnelles Internet.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wird in Zukunft zusätzliche Einnahmen bringen. Sie verkehren also, Frau Polzin, Sie verkehren und verkehren die Realitäten.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oha! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wir müssen in die energetische Schulsanierung investieren, um in Zukunft Energiekosten einzusparen.

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD, und Tilo Gundlack, SPD)

So einfach ist das. Wir nutzen das Korn und säen es aus, Sie wollen es für einen Wahlkampfkuchen benutzen, das ist leider die Realität hier im Land.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und, Herr Gundlack, Sie erklären hier mit leicht süffisanten Unterton, dass Opposition Mist sei, weil man ja nicht mitentscheiden dürfe, was mit dem Geld passieren soll,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Na, überhaupt seid ihr schon mal hier. Das ist doch schon mal ein Fortschritt, wa?!)

das sei das Grundproblem der GRÜNEN. Aber das Problem ist ja, Herr Gundlack, dass die Regierung eine Entscheidung vertagt hat. Wir würden gern mitentscheiden, aber es wird ja nichts entschieden in diesem Land.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ach so!)

Das ist doch das Problem.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Müntefering sollte also seinen berühmten Satz erweitern und sagen, Opposition ist Mist und Regierung ist Mist, wenn sie nichts entscheidet. Das ist das Problem.

(Tilo Gundlack, SPD: Wir entscheiden aber. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Frau Polzin, Sie haben viel von der Vergangenheit heute erzählt,

(Egbert Liskow, CDU: Sie sind wohl noch nicht in NRW gewesen? – Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

was alles wann schon mal investiert wurde, was alles die Landesregierung schon gemacht habe. Aber Sie haben heute wenig über die Zukunft gesprochen und das finde ich schade. Und einzig und allein darum ging es uns heute.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich verstehe kein Wort mehr.)

Und, Herr Gundlack, jetzt muss ich auch noch mal auf Sie eingehen. Sie haben ja gerade infrage gestellt – ich schreibe hier keine SMS, sondern ich will gleich was zitieren –, woher der Sanierungsstau in den Schulen komme, woher wir diese Zahlen haben.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Genau, die Zahl.

Herr Gundlack, ich verweise auf einen Artikel in der SVZ vom 23. Februar 2014. Und ich möchte hier ganz kurz ...

(Tilo Gundlack, SPD: Am Mittwoch haben Sie gesagt, Sie haben die Zahlen vom Städte- und Gemeindetag.)

Bitte? Ja, ja, nun hören Sie doch mal zu! Hören Sie doch mal zu, Herr Gundlack! Ruhig! Alles gut.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Eben.)

Ich zitiere,

(allgemeine Unruhe – Glocke der Vizepräsidentin)

ich zitiere aus diesem Artikel: „Im Schweriner Goethegymnasium hebt sich der Fußboden. In der Fritz-Reuter-Schule in Wismar stürzt der Putz von den Decken.“

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

„In der Greifswalder Gesamtschule Erwin Fischer regnet es durch, weil die Fenster undicht sind. Tausende Schüler müssen in Mecklenburg-Vorpommern in maroden Unterrichtsgebäuden lernen. Der Städte- und Gemeindetag sieht das Land in der Pflicht und spricht sich für ein Schulsanierungsprogramm aus.“

Jetzt ein Zitat in dem Artikel: „Wir haben seit Jahren einen Investitionsstau“, sagt Arp Fitschen, Bauexperte des kommunalen Spitzenverbandes, gegenüber unserer Redaktion. Er schätzt den aktuellen Sanierungsbedarf an den Schulen im Land auf 70 bis 100 Millionen Euro.“

(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD, und Egbert Liskow, CDU)

Ich will hier enden. Sie wissen, dass Herr Fitschen leider bei der Auswahl des Geschäftsführers den Kürzeren gezogen hat.

(Torsten Renz, CDU: Ja, leider.)

Vielleicht hat das ja auch direkt miteinander zu tun. Darüber will ich aber nicht spekulieren. Allerdings sind die Zahlen belegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren ...

(Heinz Müller, SPD: Das ist unglaublich, was Sie hier machen!)

Ja, Herr Müller, die Aufregung ist gespielt. Deswegen sehe ich, dass Sie jetzt auch schon die Mundwinkel nach oben ziehen.

(allgemeine Unruhe – Heinz Müller, SPD: Wie Sie mit Personalangelegenheiten, mit persönlichen Daten umgehen, das ist unglaublich! – Glocke der Vizepräsidentin)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

(allgemeine Unruhe – Heinz Müller, SPD: Aber Sie sind noch stolz drauf! Sie sind noch stolz drauf! – Glocke der Vizepräsidentin)

persönliche Daten hin oder her, ...

(Heinz Müller, SPD: Unglaublich!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment!

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: ... das konnten wir alles in der Zeitung lesen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Saalfeld!

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Also, Herr Müller, ...

(allgemeine Unruhe – Heinz Müller, SPD: Und das eigentlich auf Vertrauensbasis, das ist unglaublich! – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment! Jetzt ist hier mal Ruhe!

Also ich werde jetzt, wenn sich das noch mal so hochsteigert hier, die Sitzung unterbrechen und dann erst mal allen 30 Minuten Zeit geben, sich wieder runterzufahren. Wenn das hier ...

(Heinz Müller, SPD: Das ist ein Provokateur! – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Oh, oh!)

Herr Müller, Sie haben meine Bemerkungen von hier oben auch nicht zu kommentieren.

Wenn das hier so weitergeht, dann können wir alle unsere Sitzungszeit verlängern. Ich hoffe aber, dass doch wieder so viel Vernunft hier eintritt, dass der Redner jetzt seine Rede entsprechend unserer Geschäftsordnung ordnungsgemäß beenden kann.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, wo ist die denn ordnungsgemäß gewesen, die Rede? –
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Herr Ringguth, ich bin jetzt nicht bereit, hier noch mal neu zu belehren,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

dass vom Plenum aus niemand meine Bemerkungen zu kommentieren hat.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das ist einen Ordnungsruf wert gewesen.)

Und der Nächste, der es tut,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der geht vor die Tür. –
Udo Pastörs, NPD: Oh!)

wird mit Sicherheit einen Ordnungsruf bekommen.

(Udo Pastörs, NPD: Oh, hier wird scharf geschossen!)

So, und jetzt können Sie weitermachen, Herr Saalfeld.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Über die angeblichen Mehrbedarfe, für die ja der Rest von 66,5 Millionen Euro zurückgehalten wird, hat Frau Polzin heute nichts gesagt. Dazu haben Sie heute geschwiegen, Frau Polzin.

(Ministerin Heike Polzin: Genau.)

Und Herr Liskow spricht auch nur von nebulösen Haushaltsrisiken. Sie sprechen da sehr nebulös.

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Das ist schade.

(Heinz Müller, SPD: Warum? Braucht er ein bestimmtes Presseorgan für Informationen?)

Aber trotzdem drängt sich da der Eindruck auf, dass die 66,5 Millionen Euro gar nicht für imaginäre Risiken gebraucht werden,

(allgemeine Unruhe – Heinz Müller, SPD:
Was der macht, ist unmöglich! –
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ich verstehe kein Wort mehr.)

sondern zurückgehalten werden, um dann 2016 wieder durchs Land zu fahren und Mikroprojekte zu finanzieren, wo Sie dann sozusagen Fördermittelbescheide ausreichen können.

(Heinz Müller, SPD: Welch eine Provokation! Das ist eine Frechheit!)

Der Verdacht, dass das Geld für Wahlkampfpzwecke ausgegeben werden soll, konnte heute weder von Frau Polzin noch von der Koalition ausgeräumt werden.

(Tilo Gundlack, SPD: Was ich denk und tu, das trau ich auch dem anderen zu.)

Und das finde ich traurig. Das finde ich einfach traurig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch der Vorwurf, dass der Nachtragshaushalt zu lange dauert, zu viel Aufwand in der Verwaltung bedeuten würde, wir wissen ja, der letzte Nachtragshaushalt – es gab ja einen bereits für diesen Doppelhaushalt – ging ganz schnell durchs Parlament, auch durch die Zuarbeit beziehungsweise Mitarbeit der Opposition. Das war ratzfatz erledigt und das ist auch nicht so ein dickes Druckwerk. Ich glaube, das waren neun Seiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will noch mal darauf verweisen, dass wir nicht am Hungertuch nagen.

(Udo Pastörs, NPD: Na, Sie nicht, das ist wohl wahr.)

Ja, die Landesregierung hat eine solide Finanzpolitik formal gemacht. Sie vernachlässigt aber zukunftsichtige Investitionen. Wir haben in der Ausgleichsrücklage 900 Millionen Euro liegen.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Dabei beziehe ich mich auf die Vermögensübersicht des Landes. Dort stehen 900 Millionen Euro Ausgleichsrücklage

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD:
Aber die sind nicht da. Die sind nicht da.)

und diese soll laut Landesrechnungshof bei 500 Millionen liegen. Deswegen sage ich, eine solide Finanzpolitik ist wichtig, Schuldenabbau ist wichtig, aber es gibt bereits heute Spielräume, die wir nutzen sollten,

(Torsten Renz, CDU: Welche Spielräume meinen Sie denn? 66 Millionen?)

um dann wirklich Einnahmen für die Zukunft zu generieren. Das machen wir zum Beispiel durch schnelles Internet und schöne Schulen, denn dann können wir auch darauf hoffen, dass dieses Land aus dem wirtschaftlichen Rückstand endlich herauskommt und wirklich ordentliche Einnahmen aus eigener Kraft generieren kann.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie deshalb um Zustimmung. Ich weiß auch gar nicht, was daran jetzt eigentlich so verwerflich ist, mal einen Nachtragshaushalt vorzulegen. Es wirkt ja so, als ob ich hier sozusagen Majestätsbeleidigung mache, nur weil ich sage, jetzt nach gut anderthalb Jahren muss dieses Regelwerk mal an die Realitäten angepasst werden.

(Tilo Gundlack, SPD: An Ihre Realitäten wahrscheinlich.)

Es ist doch kein Aufwand, es gehört zum parlamentarischen Geschäft. Und deswegen verstehe ich die Emotionen nicht. Ich verstehe das nicht, die Verwaltung ist fähig, sofort einen entsprechenden Nachtragshaushalt vorzulegen. Deswegen bitte ich einfach um Zustimmung.

Und, Herr Gundlack, eines verbitte ich mir, diese allgemeinen Verunglimpfungen auch meiner Wählergruppe.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Es ging da um Esoterik et cetera, ich fand das nicht angemessen. Ich fand das nicht angemessen.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um es kurz zu machen: Stimmen Sie unserem Antrag zu! Wir werden dem Änderungsantrag der LINKEN nicht zustimmen, weil da eine andere Schwerpunktsetzung stattfindet, die wir nicht ganz nachvollziehen können, denn auch unsere Sonderprogramme unterstützen vornehmlich die Kommunen. Wenn die Kommunen entlastet werden beim Breitbandausbau, wenn die Kommunen entlastet werden bei der Schulsanierung, dann hilft das natürlich auch den Kommunen. Warum man das jetzt noch mal so nebulös in ein Regionalbudget schieben soll,

(Torsten Renz, CDU: Oha!)

wo wir nicht wissen, was dann daraus gemacht wird, finde ich nicht nachvollziehbar.

(allgemeine Unruhe – Peter Ritter, DIE LINKE:
Kommunale Selbstverwaltung. –
Glocke der Vizepräsidentin)

Deswegen bleiben wir bei unserem Vorschlag, denn es handelt sich ja auch um Landesmittel.

Und deswegen sollte dieses Parlament dann auch so ein bisschen darüber entscheiden, wohin das Geld genau fließen soll. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, die war auf jeden Fall gegeben. Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3796 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3796 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Im Rahmen der Debatte ist seitens der Fraktion DIE LINKE beantragt worden, über die Ziffern I bis IV des Antrages auf Drucksache 6/3755 einzeln abzustimmen.

Wer der Ziffer I des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3755 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer I des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3755 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer der Ziffer II des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3755 zustimmen

wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3755 bei gleichem Stimmenthalten abgelehnt.

Wer der Ziffer III des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3755 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer III des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3755 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Wer der Ziffer IV des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3755 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer IV des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3755 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Kampagne starten: Keine Chance – Deutschland wird nicht Eure Heimat!, Drucksache 6/3749.

Antrag der Fraktion der NPD
Kampagne starten: Keine Chance –
Deutschland wird nicht Eure Heimat!
– Drucksache 6/3749 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Petereit.

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da brauchen Sie gar nicht abzuhaufen, da können Sie ruhig mal Ihren Horizont hier ein bisschen erweitern.

(allgemeine Unruhe – Heiterkeit
vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Zurufe aus dem Plenum: Oh! –
Heinz Müller, SPD: In den Untergrund.)

Willkommen waren sie nicht, doch Tausende kamen über das Meer nach Australien. Jede Abschreckung brachte nichts. „No way, you will not make Australia home.“ Diese ehrliche, unverblümte und unmissverständliche Ansage richtet die australische Regierung an naive Möchtegerneinwanderer. Rund um den Globus wurde der Grundsatz australischer Asylpolitik in 17 verschiedenen Sprachen verbreitet.

(Vizepräsidentin Regine Lück
übernimmt den Vorsitz.)

Hintergrund ist der seit Jahren anhaltende Zustrom von Glücksrittern, die hoffen, ihren persönlichen Heimatersatz auf australischem Boden zu finden.

Schluss damit, meinte die ehemalige Labour-Regierung – die übrigens, Herr Dahleemann, zusammen mit der SPD der Sozialistischen Internationale angehört – und brachte die Kampagne auf den Weg.

(Zuruf von Patrick Dahleemann, SPD)

Premierminister Tony Abbott führte sie fort, gern fort, gern, weil die Kampagne nicht entsetzlich, fragwürdig oder menschenverachtend ist, wie es die Lügenpresse Europas behauptete, vielmehr waren die nachdrücklichen Bekanntmachungen vor allem eins: erfolgreich.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Laut dem Ministerium für Einwanderung und Grenzschutz habe die Kampagne entscheidend zum Rückgang der illegalen Einwanderung beigetragen. Seit Januar 2014 hat kein einziger Bittsteller mehr per Boot australischen Boden erreicht.

Setzt man diese Ausgaben der Australier für internationale Aufrufe von 15,7 Millionen Euro ins Verhältnis zu den laufenden Aufwendungen für Asylanten,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Asylbewerber.)

spricht Unterkunft, Verpflegung und so weiter, dürften die Steuerzahler vor Freude Luftsprünge machen. Ähnliche Reaktionen wären auch in Deutschland zu erwarten. Es besteht also die Möglichkeit, mit einem doch eher geringen finanziellen Aufwand nicht nur Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und faktisch auch Entwicklungshilfe in den Herkunftsländern zu betreiben, sondern darüber hinaus auch noch Menschenleben zu retten. Es wäre also eine Schande, diese Möglichkeit nicht zu nutzen.

Daher heute auch unser Antrag. Wir fordern die Durchführung von öffentlich wahrnehmbaren Kampagnen in den Herkunftsländern der Wirtschaftsflüchtlinge nach dem Beispiel Australiens.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Unmissverständlich und in den jeweiligen Landessprachen soll deutlich gemacht werden, dass Deutschland konsequent unberechtigte Asylanten abschieben wird.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Asylbewerber, Herr Petereit!)

Um es mit den an die Glücksritter gerichteten Worten der australischen Regierung zu formulieren: Denkt zweimal nach, bevor ihr euer Geld verschwendet. Menschen-smuggler – und im Übrigen auch die meisten deutschen Parteien – lügen.

(Patrick Dahleemann, SPD: Mit
der Einschränkung „die meisten“.)

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass unser Anliegen auch in Diplomatentreisen Unterstützung findet. Ein Brandbrief der Deutschen Botschaft in Priština, der Hauptstadt des Kosovo, offenbarte erst kürzlich diese unerwartet aufrichtige Haltung. Die Auslandsvertreter drängten auf öffentlichkeitswirksame Abschiebeaktionen als wahrnehmbaren Nachweis, dass abgelehnte Antragsteller umgehend rückgeführt werden, also Punkt 2 unseres Antrags.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Nur so könne der Massenexodus aus dem Kosovo gestoppt werden.

(Udo Pastörs, NPD: Tja.)

Hielte der Istzustand an, werden monatlich bis zu 30.000 Kosovaren – gemeint sind wohl Albaner und Roma, denn der Rest wurde ja bereits vertrieben – das Land verlassen. Innerhalb eines Jahres wäre das ein Sechstel der Gesamtbevölkerung.

Gut 130.000 Asylbegehrende sind allein im Jahr 2013 nach Deutschland gekommen, um hier Asyl zu beantragen. 2014 waren es bereits 200.000. Aber nur weniger als zwei Prozent wird am Ende eines teuren und lang andauernden Asylverfahrens tatsächlich Asyl zuerkannt. Der Rest, und das sind 196.000, hat keinen Anspruch auf Asyl, 196.000 Menschen, welche selbst nach geltendem Recht unser Land umgehend zu verlassen hätten.

Durch gutmenschliche politische Entscheidungen bleiben aber in Wahrheit viel mehr Ausländer in unserem Land, als dazu gesetzlich berechtigt sind –

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir dulden auch Sie hier, Herr Petereit.)

teils aus vorgeschobenen humanitären Gründen oder auch aus einer puren antideutschen Haltung hiesiger Politiker und Behörden heraus, die die Rückführung der abgelehnten Asylbewerber einfach nicht wie geboten vornehmen wollen. Eine Vielzahl der Asylanten

(Patrick Dahleemann, SPD:
Asylbewerber, mein Gott!)

beruft sich nach Ablehnung ihrer Anträge auf die Duldungs- und Härtefallregelung und darf sich somit auch weiterhin in Deutschland aufhalten.

Die inländische und inländerfeindliche Asyllobby leistet dabei auch noch tatkräftige Unterstützung. Unser Land verlässt also nur ein geringer Teil der sogenannten Asyl-suchenden. Derzeit halten sich in der BRD neben den ganzen Geduldeten und Asylanten,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Asylbewerber!)

über deren Anträge noch nicht entschieden worden ist, mehr als 600.000 Ausländer auf, deren Asylantrag abgelehnt wurde oder deren Flüchtlingsschutz abgelaufen ist.

(Patrick Dahleemann, SPD:
Da kriegen Sie Angst, ne? Da haben
Sie Angst. Haben Sie Angst?!)

600.000, über eine halbe Million Menschen,

(Patrick Dahleemann, SPD: Oh!)

von denen Sie uns weismachen wollen, es seien arme Flüchtlinge. Die Kosten für den deutschen Steuerzahler belaufen sich allein für diese auf über 6 Milliarden Euro im Jahr. Könnte man Griechenland bald auszahlen.

Und nicht genug mit Lockangeboten wie Bargeld und demnächst auch Arbeitserlaubnis für jeden, der das Wort Asyl formulieren kann,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Na, formulieren Sie mal!)

Schlepper verbreiten auch gezielt Lügen, um ihr unmenschliches Geschäft anzukurbeln, so wie die Tschetschenen, die seit 2013 sprunghaft vermehrt vor deutschen Toren standen und die Hand aufhielten. In ihrer Heimat wurde das Gerücht gestreut, dass jeder, der hierherkäme, 4.000 Euro und ein Stück Land bekäme. Als man in Tschetschenien dahinterkam, versuchte man, mit Öffentlichkeitsarbeit gegenzusteuern, doch ähnlich wie hier glaubt man dort der Regierung wenig bis gar nicht und es brachte nichts. Hunderte machten sich auf den Weg nach Deutschland.

Dort hätte eine solche Kampagne, wie wir sie fordern, mit Sicherheit verhindert, dass etliche ihre Heimat verlassen, um hier als Unberechtigte unnötigen Aufwand und Kosten zu produzieren und dann ihre Willkommenskultur gar nicht erfahren dürfen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat Dr. Al-Sabty von der Fraktion DIE LINKE.

(Michael Andrejewski, NPD: Bitte keine antiaustralischen Äußerungen! – Der Abgeordnete Dr. Hikmat Al-Sabty beginnt seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. – Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Mikro! – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Der Anfang war ganz gut so.)

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn ich den vorliegenden NPD-Antrag gutgläubig lese, dann könnte es sich um Asyl- und Flüchtlingsproblematik handeln. Es gibt gegenwärtig wohl kaum eine Frage, die so intensiv, so emotional und auch so kontrovers in Deutschland diskutiert wird.

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende NPD-Antrag ist nicht besonders aktuell, der ist auch nicht besonders originell,

(Patrick Dahlemann, SPD: Wie immer, wie immer.)

im Ergebnis ist er sogar eine sehr schlechte Kopie und wir lehnen ihn auf jeden Fall ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Udo Pastörs, NPD: Oh!)

Menschen verlassen ihre Heimat aus verschiedenen Gründen.

(Tino Müller, NPD, und Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Kriege, Verfolgung, Naturkatastrophen oder auch der Wunsch nach einem besseren Leben

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

veranlassen Menschen dazu, Zuflucht in einem anderen Land zu suchen.

(Udo Pastörs, NPD: Ist ja auch legitim.)

Aus völkerrechtlicher Sicht muss man jedoch unterscheiden zwischen jenen, die aus ihrer Heimat flüchten müssen, und jenen, die freiwillig in ein anderes Land reisen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Mithilfe des Asylverfahrens wird dann festgestellt, wer ein Flüchtling ist. Bei allen Problemen im Einzelnen ist dies bekannt und anerkannt, deswegen braucht unser Landtag nicht daran zu erinnern.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Nun bringt die NPD Australien als Vorbild ins Spiel. Worum geht es überhaupt im Einzelnen? Das erzähle ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, klären Sie uns mal auf!)

Im Oktober letzten Jahres hat die australische Regierung weltweit eine Anzeige geschaltet, um illegale Einwanderer abzuschrecken.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, sehr richtig.)

Diese Anzeige, die insgesamt in 17 Sprachen verbreitet wurde, zeigt ein vom Untergang bedrohtes Schiff und darüber den Schriftzug: „Keine Chance – Australien wird nicht eure Heimat.“

(Udo Pastörs, NPD: Ja, sehr gut. Eine ehrliche Aussage.)

Sehr geehrte Damen und Herren, am 16. Oktober letzten Jahres forderten die Republikaner: „Mehr Australien wagen“. Der Bundesvorsitzende der Republikaner erklärte die Politik der australischen Regierung zum Vorbild für Deutschland und Europa. Dies sei der einzige Weg, um kriminellen Menschenhandel das Handwerk zu legen,

(Stefan Köster, NPD: Da hat er recht.)

das Sterben im Mittelmeer zu beenden und so weiter und so fort.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wenn die NPD jetzt, also nach einem halben Jahr, wach geworden ist,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

die Republikaner und Australien für sich entdeckt hat,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dann wirft das Fragen auf: Haben Sie das Thema die ganze Zeit verschlafen?

(Udo Pastörs, NPD: Ha, das müssen Sie gerade sagen!)

Ist der NPD die rechtsextreme, rechtspopulistische Meinungsführerschaft abhandengekommen?

(Patrick Dahlemann, SPD: Da kommt doch gar keiner hin mehr, wenn die demonstrieren!)

Wie es auch ist, vielleicht war auch nur das sogenannte Netzwerk defekt?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Die Achse Schwerin–Dresden
ist ja schon zusammengebrochen.)

auch die Idee der Negativkampagne ist nicht neu. Bereits im vergangenen Jahr wollten britische Fremdenhasser Werbung gegen das eigene Land machen. In Rumänien und Bulgarien haben sie Werbespots mit Sauwetter und langen Warteschlangen geschaltet, um Migranten aus Südeuropa davon abzuhalten, nach Großbritannien zu kommen.

(Michael Andrejewski, NPD: Solange Kohle zu holen ist, wird man sie nicht abwimmeln.)

Meine Herren von der rechten Seite, wenn man Ihrer Logik folgt, braucht man aber nicht nach Australien zu schauen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Da ist doch keine Logik bei.)

Wir stellen die Demo einer rechtsextremen Partei, die vor Überfremdung warnt, ins Weltnetz und zeigen deutsche Rentner im Hotel am Schwarzen Meer. Schaut her, wie idyllisch es in eurer Heimat ist. Ihr braucht ins hässliche Deutschland nicht zu kommen.

(Stefan Köster, NPD: Dann hauen Sie doch ab!)

Aber so einfach ist es auch nicht.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Hauen Sie doch ab! Auf Sie können
wir gut verzichten, also ehrlich mal!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Zuruf von David Petereit, NPD)

einige Australier haben inzwischen eine Webseite ins Leben gerufen, auf der sie sich bei Asylsuchenden für die Politik ihres Landes entschuldigen.

(Udo Pastörs, NPD: Och ja!)

Sie erinnern daran,

(Michael Andrejewski, NPD:
Ach, das ist Gutmenschentum!)

dass fast alle Australier selbst Nachfahren von Einwanderern sind.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist nicht wahr. Das ist nicht wahr.)

Ich äußere mich heute nicht

(Udo Pastörs, NPD:
Irgendwann vielleicht mal.)

zu Internierungslagern in Australien, ich äußere mich auch nicht zu den Todesfällen in Australien.

(David Petereit, NPD: Zu wem?)

Scheinbar ist es der australischen Küstenwache wichtiger, Boote zu stoppen, als Menschen zu retten.

(Michael Andrejewski, NPD: Sehr gut. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das australische Beispiel taugt aus prinzipiellen Gründen nicht als Vorbild für die deutsche Asylpolitik.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das sehen wir anders. –
Zuruf von Tino Müller, NPD)

Der australischen Regierung geht es nämlich um die konsequente Umsetzung ihres kontingentierten Einwanderungsprogramms.

(Udo Pastörs, NPD: Ja,
das ist sehr ratsam und gut.)

Die konservative Regierung in Australien setzt ihre harte Politik gegen Bootsflüchtlinge ein. Sie soll verhindern, dass illegale Einwanderer dieses Kontingent ausschöpfen und legalen Einwanderern diese Möglichkeit nehmen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Für mich persönlich ist dies eine schreckliche Form von Einwanderungspolitik

(Udo Pastörs, NPD: Ja, jeder soll kommen.)

und es hat mit der Asylpolitik überhaupt nichts zu tun, Herr Pastörs.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem wir den NPD-Antrag jetzt abgelehnt haben, lassen Sie uns mal lieber einen Blick nach Schweden werfen.

(Zurufe von Stefan Köster, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Die Schweden haben aus ihren demografischen Nöten eine Tugend gemacht.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Willkommenskultur und Integration ausländischer Mitbürger umfassen hier das ganze Programm von Maßnahmen. Es reicht vom sicheren Dach über dem Kopf zu ausreichendem Essen und Trinken sowie Betreuung, Bildung, Kleidung, Spielzeuge für Kinder

(Udo Pastörs, NPD: Ja, für die ganze Welt.)

und Kontakten mit den Bürgerinnen und Bürgern,

(Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

Hilfe bei den Behördengängen

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

und medizinischer Betreuung.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, viele kriminelle Delikte. Lesen Sie mal die Kriminalstatistik in Schweden!)

Warum Richtung Australien schauen, wenn in der Nähe Schweden ist?

(Udo Pastörs, NPD: Fragen Sie mal in Schweden nach! Die haben eine tolle Liste. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sehr verehrte Damen und Herren, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus Vorpommern-Greifswald sind daher in dieser Woche

(Patrick Dahlemann, SPD: Richtig.)

zu einem Erfahrungsaustausch nach Südschweden,

(Michael Andrejewski, NPD: Als wenn wir keine anderen Sorgen hätten.)

insbesondere nach Malmö, aufgebrochen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Tja. – Zuruf von Tino Müller, NPD)

Dies scheint mir hilfreicher und humaner als abschreckende Werbespots.

(Patrick Dahlemann, SPD: Heute Abend um 18 Uhr im „Nordmagazin“.)

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns diesem Beispiel folgen! Den vorliegenden braunen Antrag lehnen wir natürlich ab.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Andrejewski, NPD: Jaja, natürlich.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Petereit von der Fraktion der NPD.

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Weltweit gibt es Annahmen, Deutschland sei ein Einwanderungsland, das jedermann aufnehme und versorge. Wie schon in der schriftlichen Begründung unseres Antrags mitgeteilt, allein schon die Menschlichkeit gebietet es, diesen Gerüchten und Hirngespinnsten über angebliche Willkommensleistungen des bundesdeutschen Staates für Glücksritter aus allen Teilen der Welt entgegenzuwirken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Jetzt kommen Sie noch als Menschenretter daher!)

Ja, so ist es.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Die angeblichen Flüchtlinge geben nicht nur ...

(Patrick Dahlemann, SPD: Sie wollen ja nur helfen. Sie wollen ja nur helfen, ne?)

Ja, hören Sie zu, Herr Dahlemann, wenn Sie dazu in der Lage sind. Ich bezweifle das.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Oh, jetzt werden wir aber böse! Jetzt zittert Herr Dahlemann aber.)

Die angeblichen Flüchtlinge geben nicht nur ihre Heimat auf und verlassen ihre Familien, oft ist selbst die Reise nach Deutschland lebensgefährlich, manchmal auch tödlich.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und über diese persönlichen Schicksale hinaus werden so auch ganze Volkswirtschaften zerstört oder auf Jahrzehnte geschwächt.

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD, und Michael Andrejewski, NPD)

Je nachdem, wer die Zahlen veröffentlicht, ertranken im vergangenen Jahr zwischen 3.000 und 4.000 Menschen bei ihrer Reise nach Europa über das Mittelmeer. Egal aus welchen Ländern sie kommen, die Preise für eine Fahrt mit der größten kriminellen Reiseagentur der Welt belaufen sich meist auf um die 10.000 Dollar.

(Michael Andrejewski, NPD: Die muss man erst mal haben.)

Und so sind es gerade die Wohlhabenden und die Angehörigen der jeweiligen Mittelschicht, die ihre Länder verlassen und so verhindern, dass diese Länder sich nachhaltig langfristig positiv entwickeln können.

(Michael Andrejewski, NPD: Weil sie noch mehr Kohle machen wollen.)

Und sind die erst mal hier und werden sie nicht in die SPD aufgenommen, wird dank der Western Union fleißig Geld ins Herkunftsland geschickt und der Nächste wird nachgeholt. Und ehe man es sich versah, sind es heute nicht mehr ein oder zwei oder drei, sondern Tausende, die monatlich mehr Geld transferieren, als man in den ärmsten Ländern im Jahr verdienen kann. Und wenn Sie mir nicht glauben, fragen Sie doch mal in Ihrer Postbank unvoreingenommen nach, welche Stammesangehörige wie oft und wohin dort Geld auf den Weg bringen!

(Patrick Dahlemann, SPD: Viel Spaß!)

Angesichts der gestiegenen Scheinasylantenzahlen, 2013 waren es 127.000 ...

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Asylbewerber.)

Nein, das sind Scheinasylanten. Nun hören Sie doch zu!

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

Sie begreifen es nicht, Sie wollen es nicht begreifen oder Sie machen es böswillig, dass Sie das nicht begreifen.

(Udo Pastörs, NPD: Rechtsstaat!)

Ich weiß es nicht.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Also 2013 127.000 Abgelehnte,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

2014, ich sagte das schon, 196.000. Vor diesen Zahlen sind die Forderungen der NPD aktueller denn je, zumal für 2015 mit 300.000 Antragstellern zu rechnen ist. Und da brauchen wir eben die Rückkehr zu altbewährten Kontrollen an der Grenze,

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

die unverzügliche Abschiebung aller Asylbewerber, deren Anträge rechtskräftig abgelehnt wurden, in ihre Herkunftsländer, wir brauchen die personelle Stärkung der Gerichte, die sich mit den Asylverfahren befassen, um so eine Beschleunigung der Verfahren zu erreichen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mit dem NPD-
Verbotsverfahren sollte es mal vorwärtsgehen.)

Wir brauchen die Abschaffung von Zuwanderungsanreizen wie die Auszahlung von Barmitteln, die Unterbringung in Wohnungen, die finanzielle Gleichstellung von Asylantern mit deutschen Hartz-IV-Beziehern,

(Patrick Dahlemann, SPD: Wo sollen
die denn sonst untergebracht werden?)

und wir müssen die Bewegungsfreiheit im gesamten Bundesgebiet natürlich wieder einschränken, die sofortige Abschiebung von Asylantern, die in Deutschland Straf- und Gewaltverbrechen begehen. Und wir brauchen die Streichung des einklagbaren Grundrechts auf Asyl nach Artikel 16a im Grundgesetz

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

und müssen es durch ein deutlich verschärftes Asylrecht ersetzen.

Exzessive Willkommenskultur führt zu falschen Erwartungen. Die aktuellen Entwicklungen zeigen zudem, dass die Unterbringung von Hunderttausenden Wirtschaftsflüchtlingen nicht nur zulasten der Solidargemeinschaft unseres Volkes – und damit meine ich das deutsche Volk, Herr Al-Sabty – geht,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hört, hört!)

sondern auch zulasten der wirklich Verfolgten unter den Asylsuchenden.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Lange Wartezeiten bis zur Entscheidung und behelfsmäßige Unterkünfte sind vermeidbar, wenn nur der Wille zu Taten da wäre.

Übrigens, die Indianer hatten so etwas wie eine Willkommenskultur nicht, die waren erst gleichgültig, dann ohnmächtig und schließlich fast ausgerottet. Und darum muss es aufgrund aller vernünftigen Schlussfolgerungen heißen: Egal, ob du aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Mazedonien,

(Peter Ritter, DIE LINKE: How,
Herr Petereit hat gesprochen.)

Moldau, Kosovo, Polen, Rumänien, der Russischen Föderation, der Türkei, Ukraine, Weißrussland, Serbien, Algerien, Eritrea, der Elfenbeinküste, Nigeria, Gambia,

(Udo Pastörs, NPD: Somalia.)

Ghana, Mauretanien, Marokko, Senegal, Somalia, Tansania,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Kriegen
Sie so die Redezeit voll? Wollen Sie
jetzt alle Länder der Welt aufzählen? –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Lass den
doch weiter aufzählen, dann ist die Redezeit
wenigstens gleich zu Ende und er kann
nicht noch mehr Schwachsinn erzählen.)

Togo, Ägypten, Chile, Honduras, Mexiko, Armenien, Afghanistan,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Aserbaidshjan, Georgien, Vietnam, Indien, Irak, dem Iran, Kasachstan, Libanon, Syrien oder Thailand kommst

(Heinz Müller, SPD: Wir schicken Ihnen
gerne eine Liste der Vereinten Nationen.)

oder von sonstwo, ...

Ja, das sind alles Leute, die hier in Mecklenburg-Vorpommern untergebracht werden müssen.

(allgemeine Unruhe)

So ist es. Lesen Sie unseren Antrag!

(Heinz Müller, SPD:
Selbst Leute wie Sie sind hier. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

... egal, welche Lügen dir erzählt wurden, und egal, was für Abenteuer du uns aufischt,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
So ein Spinner!)

bist du verfolgt und erfüllst die gesetzlichen Anforderungen, so gewähren wir dir Asyl. Wenn nicht, gehst du sofort auf die Rückreise. Was auch immer geschieht, eines steht jedoch fest: No way, you will not make Germany home. Deutschland wird niemals deine Heimat werden. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Patrick Dahlemann, SPD: Das
entscheiden zum Glück nicht Sie.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/3749. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/3749 mit den Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion der NPD.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30**: Aussprache zum Thema gemäß § 43 Ziffer 2 der Geschäftsordnung des Landtages – Fortgang der Umsetzung der Landkreisneuordnung Mecklenburg-Vorpommern.

**Aussprache zum Thema
gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT
Fortgang der Umsetzung der Landkreis-
neuordnung Mecklenburg-Vorpommern**

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Rösler von der Fraktion DIE LINKE.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Über zwei Legislaturperioden wurde in diesem Landtag zum Teil sehr heftig über eine Kreisgebietsreform gestritten. Die neuen Kreisstrukturen sind seit 2011 im Wesentlichen Realität und die Landespolitik hat sich inzwischen anderen Strukturvorhaben zugewandt. Um die Kreisgebietsreform ist es auf Landesebene mit wenigen Ausnahmen ruhig geworden, zu ruhig, könnte man meinen.

(Torsten Renz, CDU:
Passt ja auch zur Position nicht.)

Meine Damen und Herren, seit Mitte Januar liegt dem Landtag der Zweite Bericht der Landesregierung zum Fortgang der Umsetzung der Landkreisneuordnung Mecklenburg-Vorpommern vor. Das ist gewissermaßen die Sicht der Landesregierung auf dieses Reformvorhaben. Daneben liegt dem Innenausschuss seit einer Woche der Zweite Zwischenbericht von Professor Hesse über die Auswirkungen der Landkreisneuordnung auf das kommunale Ehrenamt vor. Hier haben wir gewissermaßen eine Außensicht. Dieser Bericht, Herr Innenminister, stammt vom 15. September 2014. Frage: Warum wurde dieser Bericht dem Landtag ein halbes Jahr vorenthalten?

Meine Damen und Herren, aus unserem Nachbarland Brandenburg

(Torsten Renz, CDU: Haben
Sie da nachgefragt, oder was?)

erhalte ich zunehmend Nachfragen bezüglich unserer Reform Erfahrungen und Reformergebnisse.

(Torsten Renz, CDU:
Da fragen sie die Falsche.)

Rot-Rot in Brandenburg hat sich bekanntermaßen ebenfalls eine Kreisgebietsreform auf die Fahnen geschrieben.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Und das Hesse-Gutachten will nicht ausschließen, dass unsere Reform Modellcharakter für andere Flächenländer haben könnte.

(Torsten Renz, CDU: Und Sie
raten den Brandenburgern ab jetzt?)

Meine Damen und Herren, wenn ich den Stand der Umsetzung der Landkreisneuordnung auf den Punkt bringen sollte, würde ich zweierlei sagen:

Erstens ist das kreiskommunale Ehrenamt entgegen vielfachen Befürchtungen nicht zusammengebrochen.

(Torsten Renz, CDU: Oha!)

Und zweitens ist es der Strukturreform entgegen mancher Hoffnung gut gelungen, ihr Einsparpotenzial bisher weitgehend versteckt zu halten.

Der Innenminister wird sagen, dass wir ein wichtiges Stück vorangekommen sind, und dies ist in der Tat so, wenn ich beispielsweise an den Prozess der Vermögensauseinandersetzung denke. An der Stelle sage ich ganz klar: Hier gebührt der Kommunalabteilung für ihre moderierende Rolle Dank.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Auch das Problem der Altfehlbetragsumlage ist mit Ausnahme von Vorpommern-Greifswald mehr oder weniger gut geklärt. Ich wollte eigentlich heute nichts dazu sagen, aber ich kann es mir doch nicht verkneifen. Die Möchtegernrebellin von CDU und großen Teilen der SPD im Kreistag Vorpommern-Greifswald haben durch ihren Widerstand, welcher sich auf die eigene kommunale Wohnstube beschränkte, Folgendes erreicht:

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Jetzt haben sie die Knute rausgeholt.)

erstens die rechtsaufsichtliche Anordnung durch das Innenministerium zum Erlass einer Altfehlbetragsumlage und zweitens nach wie vor keine Lösung zum Umgang mit verbleibenden Schulden.

Ich kann Ihnen schon heute versprechen, im Gegensatz zu den Kolleginnen und Kollegen von CDU und SPD, Teilen der SPD, werden wir an dem Thema Entschuldung dranbleiben. Völlig klar: Aus eigener Kraft ist das Problem der Verschuldung nicht zu lösen.

Meine Damen und Herren, neben der Landesregierung haben wir die Kommunen des Landes. Die kommunalen Landesverbände sagen: Ja, wir sind gut vorangekommen, aber das ging zu unseren Lasten. Eine Reformdividende ist ausgeblieben, angeblich sinkende Kreisumlagen haben sich in ihr Gegenteil verkehrt. Der Landkreistag meint sogar, nicht wegen, sondern trotz der Reform leisten die Landkreise gute Arbeit.

Das Kabinett hat sich am 13. Januar mit dem vorliegenden Bericht befasst. In einer gemeinsamen Presseerklärung der Hansestädte Wismar und Greifswald sowie der Stadt Neubrandenburg vom 15. Januar heißt es, ich zitiere: „Das von der Landesregierung im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform gezogene positive Fazit wird von den Kreisstädten nicht geteilt.“ Diese Reform sei ihrer Auffassung nach „nicht das geeignete Mittel“ gewesen, „um eine nachhaltige Entwicklung des Landes und seiner Regionen voran zu bringen“.

Meine Damen und Herren, das ist wohl nicht nur Nachtreten gegen die ungeliebte Einkreisung. Hier ist von einer ausgebliebenen Funktionalreform, von einem Bürokratiewuchs die Rede und hier sind wir bei dem

Grundproblem unserer Kreisgebietsreform. Sie wurde in der 5. Wahlperiode nämlich maßgeblich legitimiert als Bestandteil, als zielführender Teilschritt eines Gesamtrahmens für eine umfassende Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern. Dieser Gesamtrahmen, Sie werden sich erinnern, umfasste elf im Zusammenhang stehende Elemente.

Meine Damen und Herren, von Polizeistrukturenreform war hier nicht die Rede und auch eine Gerichtsstrukturenreform kannte dieses Konzept nicht. Dafür waren eine Funktionalreform und der Abbau von Doppelstrukturen angekündigt. Die Zentren sollten nachhaltig gestärkt, Deregulierung fortgeführt und Gemeinde- und Ämterstrukturen weiterentwickelt werden. Alles Schall und Rauch. Dem hier vorliegenden Leitbild „Gemeinde der Zukunft“, Stand 20. November 2014, dem Entwurf eines Leitbildgesetzes, Stand 2. Dezember 2014, einschließlich Begründung, ist nicht ein einziger Hinweis auf die Landkreisneuordnung zu entnehmen. Paragraf 6 spricht von den Fusionskoordinatoren bei den unteren Rechtsaufsichtsbehörden. Das war es auch. Man kann den Eindruck gewinnen, die Landkreisneuordnung ist der Landesregierung letztlich peinlich, man möchte sie ein wenig verstecken.

Eine abschließende Bemerkung zu Auswirkungen der Landkreisneuordnung auf die kommunale Selbstverwaltung. Der zweite Hesse-Bericht schätzt auf Seite 106 ein, dass die Strukturreform „die Selbstverwaltung zwar verändern“, „aber nicht ... nachhaltiger ... beeinträchtigen“ wird. Demnach verbinden sich für viele von uns mit der Kreisneuordnung Begriffe wie „Schulden“, „Personalabbau“, „Konsolidierungsvereinbarung“, „Spardiktat“. Ich will das jetzt an dieser Stelle gar nicht kommentieren, ich will aber darauf hinweisen – und das tut Hesse in seinem Bericht nicht –, dass auch Konsolidierungsverträge, soweit sie den Bereich freiwilliger Aufgaben nachhaltig beschneiden, letztlich zu einer faktischen Bedrohung kommunaler Selbstverwaltung werden können. Das sollten wir gemeinsam bei der weiteren Umsetzung im Auge behalten. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Minister für Inneres und Sport Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Frau Rösler, vielen Dank für das Lob an das Innenministerium, was Sie hier ausgesprochen haben. Ich gebe das gerne an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kommunalverwaltung weiter. Wir haben es sehr gerne entgegengenommen. Ich habe es auch sehr gerne entgegengenommen, wie von Ihren Kollegen in den letzten Tagen ausgeführt, dass im „Hamburger Abendblatt“ sehr positiv erwähnt worden ist, dass Mecklenburg-Vorpommern Schritte gegangen ist trotz des Widerstandes, die andere Länder noch gehen müssen. Ein Blick über die Ländergrenze hinaus, wie darin stand, zeigt, wie man es machen kann.

Wieso hätten wir was zu verstecken? Ich wüsste gar nichts. Wir haben als Land nichts zu verstecken. Und es ist uns als Land auch nicht peinlich, um darauf noch mal einzugehen.

Die Kreisgebietsreform war und ist zweifelsohne ein Politikvorhaben für das gesamte Land gewesen. Deswe-

gen freue ich mich natürlich immer wieder über das Interesse, das solche Berichte auslösen, und freue mich auch immer, dass wir in regelmäßigen Abständen hier im Parlament ausführen können – ja, wie Sie zu Recht erwähnten – über die erfolgreiche Umsetzung der Landkreisneuordnung. Gerne würde ich dazu einige Ausführungen aus Sicht der Landesregierung tätigen.

Im Januar wurde wie erwähnt dem Landtag der Zweite Bericht der Landesregierung zum Fortgang der Umsetzung der Landkreisneuordnung in Mecklenburg-Vorpommern übergeben. Der Bericht stellt die organisatorischen Veränderungen in den Landkreisen und die Entwicklung der Finanzausstattung der Länder von 2011 bis 2015 dar. Er gibt einen Überblick über seine bisherigen und künftigen zusätzlichen finanziellen Leistungen für die Landkreise und damit auch für die Gemeinden im Land Mecklenburg-Vorpommern. Der überwiegende Teil des Berichts befasst sich daher mit der Haushaltswirtschaft der Landkreise im vergangenen Jahr und der Darstellung der finanziellen Vorbelastung. Abgerundet wird dieser Teil mit der Darstellung der aktuellen Finanzsituation im Haushaltsjahr 2014 sowie einem Überblick über die künftigen Jahre. Darüber hinaus informiert der Bericht über die Vereinbarungen zwischen den Landkreisen und den ehemaligen kreisfreien Städten zur Übertragung von Vermögenswerten. Diese Übertragungen resultieren aus der Landkreisneuordnung und dem damit, wie Sie auch zu Recht erwähnten, verbundenen Trägerwechsel.

Alles in allem zeigt der Bericht Folgendes: Die Kreisgebietsreform war und ist für alle eine große Herausforderung. Das haben wir nie infrage gestellt und das stellen wir auch in Zukunft nicht infrage. Aber es geht gemeinsam voran, Schritt für Schritt auf allen Ebenen. Die ersten positiven Effekte sind sichtbar und wir sind, wie ich finde, auf einem guten Weg. Es ist ein Erfolg der Landesregierung und des Parlaments, vor allem aber ist es ein Erfolg der Menschen vor Ort, die sich engagieren, die sich einbringen und damit zum Gelingen der Reform beitragen, denn gerade Ihre Fraktion war es, die immer wieder darauf hingewiesen hat, dass diese Reform dazu führen wird, dass sich im Ehrenamt keiner mehr betätigt. Aber Sie kennen ja die neuen Berichte, dass es sich eben anders darstellt, als im Vorfeld philosophiert. Dafür gilt den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wir wissen ja nun auch, wer das
wieder zurückgegeben hat im Kreistag.)

dafür gilt den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, für ihr Engagement unser ausdrücklicher Dank.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Kommunale
Mitglieder haben hingeschmissen im Kreistag.)

Meine Damen und Herren, die Landkreise und kreisfreien Städte des Landes sind bei allen Problemen gut vorangekommen. Die Neuorganisation ist weitestgehend abgeschlossen. Alle Landkreise haben ihre Kreissitze eingerichtet. Wie Sie kürzlich der Presse entnehmen konnten, ist aber das Interesse an Kreistagsmandaten bei allen Beschwerden, die damit verbunden sind, auch bezüglich der Größe der Landkreise – das haben wir nie infrage gestellt –, nach wie vor ungebrochen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Manche
halten aber auch nicht lange durch.)

Alle Landkreise haben mit ihren Stellenplänen für das Jahr 2014 nunmehr ihren dritten Stellenplan in der neuen Kreisstruktur aufgestellt. Im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform gab es keine betriebsbedingten Kündigungen, dennoch sind die Personalausgaben bereits zurückgegangen. Mittel- und langfristig werden sie weiter sinken. Die Synergien werden weiterhin sichtbar. Das genau war das Ziel, was wir erreichen wollten. Wir sind hier auf einem guten Weg und darüber freue ich mich.

Die Entwicklung zeigt aber auch, die kommunale Selbstverwaltung funktioniert und sie ist erfolgreich, denn ob und in welchem Umfang Einsparungen durch die neue Struktur erzielt werden, liegt allein in den Händen der Landkreise. Natürlich sehen wir auch die finanziellen Probleme in einigen Landkreisen. Zur Wahrheit gehört aber in jedem Fall: Diese Probleme sind größtenteils nicht auf die Kreisgebietsreform zurückzuführen. Viele Probleme bestanden bereits in der alten Struktur und neue Herausforderungen wären auch auf die alten Landkreise zugekommen.

Die Jugend- und Sozialhilfekosten steigen unabhängig von der Landkreisstruktur. Der demografische Wandel führt vielerorts zu sinkenden Finanzaufwendungen. Der demografische Wandel interessiert sich aber herzlich wenig für Kreisgrenzen. Die Tarifsteigerungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst wären auch mit den alten Landkreisen nicht anders ausgefallen. Nicht wenige der alten Landkreise haben in der Vergangenheit schon nach Haushaltssicherungskonzepten arbeiten müssen. Mehrfach mussten Rücklagen in Anspruch genommen werden, um den Haushaltsausgleich 2011 zu erreichen. Vor diesem Hintergrund ist es unredlich zu behaupten, dass die Kreisgebietsreform zu den finanziellen Problemen der Landkreise geführt hat.

Meine Damen und Herren, die Kreisgebietsreform ist von Anfang an als langfristiger Prozess angelegt worden und auch immer so in diesem Hohen Haus hier diskutiert worden. Allein mit Inkrafttreten der Landkreisneuordnung ist es nicht getan. Strukturveränderungen brauchen in jedem Fall Zeit, um ihre volle Wirkung zu entfalten. Wenn die Landkreise aber ihre Verwaltung weiter konsequent optimieren und an ihrer Aufgabenwahrnehmung arbeiten, wird sich die Haushaltslage sicherlich perspektivisch deutlich verbessern.

Und natürlich lassen wir die Kommunen auf diesem Weg nicht allein. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen stehen weiter fest an der Seite der Gemeinden, der Städte und der Landkreise. Die erfolgreiche Zukunft der Kommunen ist mit hohem finanziellem Engagement verbunden und das ist auch richtig und wichtig.

Die Liste der finanziellen Hilfen, liebe Frau Rösler, das wissen Sie, ist lang. Die kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement führt in einigen Landkreisen Organisationsuntersuchungen durch. Diese Untersuchungen werden selbstverständlich vom Innenministerium finanziell unterstützt. Für die Umsetzung der Kreisstrukturreform wurden insgesamt zusätzliche Mittel in Höhe von 36 Millionen Euro bereitgestellt. Hinzu kommen 100 Millionen Euro Sonderhilfe aus dem ersten Kommunalgipfel 2013, 160 Millionen Euro, verteilt über vier Jahre, aus dem zweiten Kommunalgipfel 2014 sowie 100 Millionen Euro aus dem Haushaltskonsolidierungsfonds.

Doch nicht nur das Land muss seinen Beitrag leisten, auch der Bund ist in der Pflicht. Ich finde es ermutigend,

dass der Bund offensichtlich in etlichen Fragen dieser Pflicht nachkommt. Gerade die Landkreise profitieren davon. Zu nennen sind hier vor allem die Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei dauernder Erwerbsminderung durch den Bund und die Entlastung bei den Kosten der Eingliederungshilfe. Die Bundesregierung hat bereits ein weiteres 5-Milliarden-Euro-Finanzpaket für die Kommunen angekündigt. Die Modalitäten für die Verteilung sind dazu gerade verhandelt worden, wie die Finanzministerin in der Fragestunde dargestellt hat.

Meine Damen und Herren, die Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern ist bundesweit einmalig. Wir haben den Mut bewiesen, in einem strukturschwachen Land mit schrumpfender und alternder Bevölkerung die notwendigen Strukturanpassungen vorzunehmen. Dieser Weg fordert ein Umdenken, dieser Weg ist anstrengend und dieser Weg wird nicht in jedem Fall fehlerfrei funktionieren. Hier muss im Zweifelsfall nachgesteuert werden, gegebenenfalls auch umgesteuert werden. Aber die bisherigen Ergebnisse zeigen, es war die richtige Entscheidung. Zu der Entscheidung gibt es keine Alternative. Wir sind als Bundesland in der Frage allein auf uns angewiesen und, wie ich immer zu sagen pflege, alle Probleme, die in diesen Zusammenhängen in Deutschland auftreten werden, werden zuerst in Mecklenburg-Vorpommern auftreten, weil wir ein großes Flächenland sind mit wenigen Einwohnern. Trotzdem haben die Bürgerinnen und Bürger Anspruch auf Schule, auf Versorgung, auf Arzt, auf Infrastruktur, auf Polizei, auf das gesamte Aufgabenspektrum. Es wird uns kein anderes Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland bei der Lösung dieser Aufgaben helfen oder zusätzliche Finanzmasse zur Verfügung stellen. Diese Aufgaben müssen wir gemeinsam lösen.

Deswegen, Frau Rösler, gab es auch für mein Haus kein Vertun. Ich habe die Aufgabe, nach Recht und Gesetz zu handeln, und das heißt natürlich, wenn die Altfehlbetragsumlage, die im Gesetz steht, nicht umgesetzt werden muss, dann müssen wir sie leider, weil das wirklich ein Eingriff ist, das weiß ich sehr wohl, so umsetzen, wie es im Gesetz steht. Deswegen ist auch die Anordnung so erfolgt, wie sie erfolgt ist. Und darüber, wie man am Ende mit den Restschulden umgehen wird, werden wir gemeinsam diskutieren müssen. Aber ich finde schon, dass es richtig und wichtig ist, einerseits diese Verordnung umzusetzen, andererseits haben wir mit dem Abschluss einer Haushaltskonsolidierung eine erhebliche Finanzmittelsumme für den Landkreis in Aussicht gestellt zur Verminderung der Schulden. Ich denke, auch das ist ein Weg, der im Endeffekt der richtige Weg ist. Deswegen glaube ich, dass diese Entscheidungen richtig sind.

Die Befürchtungen, was die Kreisgebietsreform in vielen Teilen im Vorfeld betraf, haben sich nicht bewahrheitet und die angestrebten Erfolge stellen sich schrittweise ein. Dafür möchte ich mich als Kommunalminister bei allen Beteiligten ganz herzlich bedanken und darum bitten, auch in Zukunft diesen Weg gemeinsam zu gehen, um hier im Interesse des Landes, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, im Interesse der Kommunen eine kommunale Verwaltungsstruktur zu entwickeln, die langfristig Bestand hat im Interesse der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der SPD.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Titel unseres Tagesordnungspunktes korreliert mit dem Titel der Unterrichtung durch die Landesregierung. Frau Rösler hat in ihrer einführenden Rede deutlich gemacht, dass dieses das wesentliche Dokument ist, das unserer heutigen Aussprache zugrunde liegt. Unterrichtung, ich betone, Unterrichtung, und dann wird es als Bericht bezeichnet. Ich habe vorgestern gelernt, dass es wichtig ist, auf die Bezeichnungen von Dokumenten zu achten. Wenn man etwas gelesen hat, was der Bericht des Innenausschusses ist, und das dann als Protokoll bezeichnet, ist das natürlich falsch. Diesen Fehler habe ich gemacht und habe damit Herrn Saalfeld zu einem Erfolgserlebnis verholfen. Es tut mir leid, das war ein Fehler und soll nicht wieder vorkommen. Und deswegen: Diese Unterrichtung ist also Basis der heutigen Aussprache.

Aber – und Frau Rösler, Sie haben es auch schon getan – ich denke, wir werden ein paar andere Dokumente hier mit berücksichtigen, zum einen den Bericht von Herrn Professor Hesse zum Ehrenamt, den Sie schon erwähnt haben. Ich glaube aber auch, dass etwa der Bericht des Landesrechnungshofes zu den Kommunal финанzen hier eines der Papiere ist, das wir zu berücksichtigen haben. Aber lassen Sie mich zunächst auf das Papier von Professor Hesse zu sprechen kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich mich erinnere, was wir in den vergangenen Jahren hier – und Sie haben recht, Frau Rösler, wir diskutieren schon mehr als ein Jahrzehnt über die Kreisgebietsreform –, was wir hier in diesem Hohen Hause schon alles an Unkenrufen gehört haben, wie sich denn eine Kreisgebietsreform auf das ehrenamtliche Engagement auswirken werde und dass das der Tod des Ehrenamtes sei und so weiter, und so weiter, und so weiter. Ich kann sagen, das, was Professor Hesse uns hier aus wissenschaftlicher Sicht auf den Tisch des Hauses legt, sagt uns, all dies waren Unkenrufe, all dies hat sich nicht bestätigt.

Nehmen wir nur einfach mal, weil es als Zahl so greifbar ist, die Frage, wie viele Menschen kandidieren für die Mandate in unseren Kreistagen, dann hat sich pro Mandat diese Zahl praktisch überhaupt nicht verändert. In der zweiten Stelle hinterm Komma gibt es eine Veränderung, da kann man sagen, das ist gleichgeblieben. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Kreisgebietsreform war eben nicht der Tod des Ehrenamtes, sondern, und da sollten wir vielleicht einmal ansetzen, liebe Kollegin Rösler und meine sehr verehrten Damen und Herren, Hesse sagt uns, wir haben einen Generationswechsel und wir haben vielleicht eine andere Art von Kreistagsmitgliedern, die möglicherweise ein wenig anders an ihre Aufgabe herangehen. Ich denke, dass die Nutzung von Internet, von elektronischer Informationsbeschaffung hier eine wesentliche Rolle spielt, und vielleicht sollten wir mal in aller Ruhe darüber reden, was das denn für uns und für unsere Rahmenbedingungen, die wir in der Kommunalpolitik setzen, bedeutet. Also hier können wir eine positive Entwicklung feststellen.

Das Zweite, und auch das hat Frau Rösler bereits angesprochen, ist das Thema der Auseinandersetzung zwischen den neuen Kreisen und den eingekreisten, ehemals kreisfreien Städten. Zunächst: Hier hat das Gesetz

einen Zeitrahmen vorgesehen, bis wann diese Auseinandersetzungen zu erfolgen haben. Dieser Zeitrahmen hat ganz offenkundig nicht ausgereicht. Diese Auseinandersetzungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, waren außerordentlich kompliziert und außerordentlich zeitaufwendig, aber sie sind in wesentlichen Teilen abgeschlossen, sind in Teilen sozusagen auf der Zielgeraden. Dem Dank, den Sie, Frau Rösler, hier dem Innenministerium und der Kommunalabteilung ausgesprochen haben, diesem Dank kann ich mich nur anschließen, das war sehr gute Arbeit.

Sie sehen, meine Damen und Herren, bis hierhin habe ich mit Frau Rösler überhaupt keine Dissenspunkte. Allerdings hört das dann auf, wenn Sie, liebe Kollegin, das Thema Funktionalreform ansprechen. Ja, wir sind uns darüber einig, der große Wurf an Funktionalreform, der ist uns hier sicherlich nicht gelungen, und die Entwicklung nach dem Inkrafttreten der Kreisgebietsreform zeigt uns auch, dass wir hier vielleicht über viele Dinge noch einmal sehr gründlich nachdenken sollten.

Aber ich finde es schon ein bisschen schwierig, liebe Kollegin, sich hier einerseits hinzustellen und zu beklagen, dass da die Funktionalreform ein bisschen mickrig ausgefallen sei, sich dann aber auf der anderen Seite – und jetzt darf Kollege Ritter sich wieder aufregen –

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Das Plakat!)

ein Plakat an die eigene Fraktionstür zu hängen, wo Funktionalreform sozusagen als Teufelszeug hingestellt wird,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Schwer enttäuscht.)

und das darf es eigentlich gar nicht geben, das ist ja ganz furchtbar und das wollen wir alle nicht.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Hat er
mal wieder über das Plakat geredet?!)

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, da können Sie ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Da machen wir ein Foto von jetzt.)

Da kommen Sie nicht raus, Kollege Ritter. Da können Sie noch so oft sagen, dass das ja ein alter Hut sei. Solange das Ding da hängt, ist dieser Hut noch aktuell.

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Lassen Sie es doch hängen!)

der große Wurf ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nehmen Sie
dazu fünf Minuten der Redezeit, damit das
am Ende der Legislaturperiode noch hängt.)

Also vielleicht begrenzen wir das mal auf das Ende der Legislaturperiode, aber so lange werde ich es dann immer noch aufspießen.

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, der große Wurf an Funktionalreform war es nicht und wir haben

hier sicherlich auch nachbessern und nachsteuern müssen, aber wir waren hier auch in einem Prozess gemeinsam mit der kommunalen Ebene. Bei der kommunalen Ebene müssen wir ebenfalls feststellen, dass hier im vergangenen Jahr der Ruf nach einer sehr umfassenden Funktionalreform sehr laut gewesen ist, sehr im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen gestanden hat und dass dieses sich in den letzten Jahren doch deutlich relativiert hat und hier andere Einschätzungen Platz gegriffen haben.

Der entscheidende Punkt, über den immer wieder diskutiert worden ist und an den sich große Erwartungen geknüpft haben, ist die Frage der Einsparung von Personal und damit verbunden der Einsparung von Kosten. Wenn wir uns nun den Bericht des Innenministeriums anschauen, dann sehen wir, dass das Personal in unseren Landkreisen von 2012 auf 2014 um 156 Vollzeitäquivalente gesunken ist. Ich bin überzeugt, dass diese 156 eingesparten Stellen im Wesentlichen auf eine Kreisgebietsreform zurückzuführen sind, die gerade diese Einsparungen im Fokus gehabt hat. Allerdings muss man sehen, natürlich haben neben der Kreisgebietsreform auch andere Veränderungen stattgefunden, die diese Zahl verfälschen, nach oben, nach unten treiben, je nachdem, welche Veränderungen es waren. Wir dürfen sie, diese 156, also nicht ganz einfach der Kreisgebietsreform zu-rechnen. Vielleicht wären es, wenn es eine völlig isolierte Kreisgebietsreform gibt, ohne dass irgendetwas anderes sich auf dieser Welt verändert, ein paar Stellen mehr.

Aber sei es, wie es sei, ich glaube, dass der Effekt, der wirklich große Effekt an Stelleneinsparungen, den wir uns erhofft haben, noch nicht eingetreten ist, sondern dass wir hier in den nächsten Jahren in der Tat weiterarbeiten müssen. Das ist eine große Aufgabe der kreislichen Verwaltungen. Ich weiß, dass sie daran arbeiten, hier diese Stelleneinsparungen, die wir erhofft haben, tatsächlich zu realisieren.

So ähnlich ist das mit den finanziellen Auswirkungen. Natürlich habe ich eine erhebliche Einsparung, wenn ich 156 Stellen einspare. Aber die Kreise sind nicht im luftleeren Raum, sondern viele andere politische Entwicklungen haben zu Mehrausgaben, Minderausgaben, Mehreinnahmen, Mehrausgaben geführt. Deswegen halte ich es auch für unredlich, wenn in der Öffentlichkeit teilweise so diskutiert wird, dass gesagt wird, vor fünf Jahren hatten wir eine niedrige Kreisumlage, jetzt haben wir die höhere, das ist die Schuld der Kreisgebietsreform.

(Vizepräsidentin Silke Gajek
übernimmt den Vorsitz.)

Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, macht man es sich zu einfach. Die Kreisneuordnung hat zu Einsparungen geführt, und zwar zu erheblichen Einsparungen. Aber diese Einsparungen werden konterkariert durch andere Entwicklungen, insbesondere im Ausgabenbereich, die zu einer schwierigen Finanzsituation bei unseren Kreisen führen.

Der Bericht stellt richtig dar, dass die Einnahmen der kommunalen Ebene in den letzten Jahren gestiegen sind. Allerdings sollten Sie die Tabelle auf Seite 13 genau lesen. Die Einnahmen der kommunalen Ebene sind insbesondere durch die Sonderhilfen, die das Land den Kommunen gewährt, gestiegen. Die Einnahmen, wie wir sie bei der bestehenden gesetzlichen Regelung haben,

wären nicht beziehungsweise nicht in diesem Umfang gestiegen. Diese zusätzlichen Einnahmen kommen durch die von manchen bekrittelten Sonderhilfen des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Wesentlich aber, und das ist mein Punkt, auf den ich Ihr Bewusstsein lenken möchte, ist die Frage der Ausgaben. Wenn wir über Kommunalfinanzen reden, dann reden wir immer gern über Einnahmen, vergleichen das mit anderen Bundesländern und sagen, die sind relativ hoch, und die anderen sagen, die sind aber so niedrig. Nein, meine Damen und Herren, kommunale Finanzen bestehen vor allen Dingen auch aus Ausgaben und hier haben wir in den letzten Jahren nach wie vor Entwicklungen zu verzeichnen, die für mich eine Bedrohung der kommunalen Selbstverwaltung darstellen. Wenn wir uns weiter um eine differenzierte Betrachtung bemühen, dann müssen wir feststellen, dass die Teile der kommunalen Familie sehr unterschiedlich von den Finanzentwicklungen betroffen sind und dass wir – und das sagt uns auch der Rechnungshof – insbesondere bei den Landkreisen eine besonders schwierige Situation vorfinden.

Bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden ist diese Entwicklung etwas besser. Aber – und auch da müssen wir uns zwingen, differenziert zu betrachten – wir können nicht einfach sagen, die kreisangehörigen Städte und Gemeinden, weil die Unterschiede in der Finanzausstattung innerhalb dieses Teils der kommunalen Familie außerordentlich groß sind. Es gibt Städte und Gemeinden, denen geht es ziemlich gut, aber es gibt auch eine große Zahl von Städten und Gemeinden, denen geht es sehr schlecht.

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kreisneuordnung hat ihren Beitrag geleistet zur Verbesserung der Finanzsituation unserer Städte und Gemeinden und natürlich in erster Linie unserer Kreise, aber andere Entwicklungen haben dies konterkariert. Deswegen können sonst mögliche Senkungen von Kreisumlagen nicht stattfinden, sondern sie sind nach wie vor bedrohlich hoch.

Und ein Letztes: Die Situation wäre ohne die Hilfen des Landes noch weit, weit, weit bedrohlicher.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir hier über die Finanzsituation unserer Städte, Gemeinden und vor allen Dingen Kreise reden und auf die aktuelle Situation abzielen, dann geht es wohl nicht, dass wir nicht zur Situation in Vorpommern-Greifswald und zur Anordnung des Innenministeriums, hier eine Altfehlbetragssatzung in Kraft zu setzen, Stellung nehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine solche Anordnung ist natürlich ein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. Das ist keine Frage. Aber auf der anderen Seite müssen wir uns doch die Frage stellen: Was würde denn passieren, wenn es eine solche Anordnung nicht gäbe? Die kommunale Selbstverwaltung hat sich selbst Maßstäbe gesetzt in Vorpommern-Greifswald. Am 15. Dezember vorigen Jahres hat der Kreistag ohne Gegenstimmen, lediglich bei zehn Enthaltungen, beschlossen, dass die Landrätin einen Entwurf für eine Konsolidierungsvereinbarung mit dem Land vorzulegen hat, deren Bestandteil eine Altfehlbetragsumlage ist. Das heißt, der Kreistag hat sich hier sehr wohl zu dem Mittel einer Altfehlbetragsumlage bekannt und will eine solche Altfehlbetragsumlage.

(Torsten Renz, CDU: Ist ja auch Gesetz.)

Der Kreistag aber war seit Monaten nicht in der Lage, mit Mehrheit eine Satzung für eine solche Umlage zu beschließen. In einer solchen Situation halte ich es für absolut richtig, dass das Innenministerium eingreift und dann eine solche Satzung anordnet – wie gesagt, ein Einschnitt in die kommunale Selbstverwaltung, aber in dieser Situation unausweichlich.

Ich hoffe aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass es in einem absehbaren Zeitraum gelingen wird, für den Kreis Vorpommern-Greifswald zu einer Konsolidierungsvereinbarung zwischen dem Kreis und dem Land zu kommen, einer Konsolidierungsvereinbarung, die, und da beziehe ich mich auf die Beschlusslage des Kreistages, die Altfehlbetragsumlage enthält, die natürlich die in Rede stehenden Unterstützungsgelder über 20 Millionen des Landes enthält, die aber auch über weitere Fragen etwas sagt, über die aktuell entstehenden, ständig neu entstehenden Fehlbeträge und über jenen großen Batzen von rund 50 Millionen, der durch Altfehlbetragsumlage und Konsolidierungsfondshilfe nicht abgedeckt ist. Wir brauchen eine Gesamtlösung für Vorpommern-Greifswald in Form einer Konsolidierungsvereinbarung zwischen Kreis und Land.

Damit, meine Damen und Herren, bin ich ein wenig zum Thema Zukunft gekommen. Ich glaube, Zukunft heißt für uns, wir brauchen in diesem Land eine Betrachtung. Wir werden uns im Finanzausschuss und im Innenausschuss diesem Thema widmen, den Kosten im Sozialbereich, denn hier liegen die großen Probleme unserer kommunalen Körperschaften. Hier müssen wir sehen, dass wir Kosten in den Griff bekommen. Wir brauchen Maßnahmen, die nur der Bund auf den Weg bringen kann. Aber ich glaube, der Bund ist hier bereits tätig, und wenn wir gestern schon gehört haben von 79 Millionen Euro, die wir zusätzlich bekommen werden für Investitionen im kommunalen Bereich, dann ist das eine gute Maßnahme, dann ist das ein richtiger Weg. Wir hier im Land müssen die Kreisgebietsreform, diese große Herausforderung, wie der Minister gesagt hat, zu einem Ende bringen, wir müssen sie umsetzen – das ist noch nicht in allen Teilen geschehen – und dann, davon bin ich überzeugt, wird sich erweisen, dass es eine notwendige und eine richtige Maßnahme war.

Auf diesem Weg schreiten wir voran und wir schreiten voran in einer Partnerschaft von Land und kommunalen Verbänden. Ich möchte hier einfach mal die Gelegenheit nutzen, einerseits der Kommunalabteilung im Innenministerium meinen Dank zu sagen für eine sicherlich komplizierte und schwierige Aufgabe in der Begleitung dieses Projekts. Ich möchte mich aber auch bei den kommunalen Verbänden bedanken, denn das ist oft keine einfache Dialogsituation mit den Interessenvertretern unserer Städte, Gemeinden und Kreise, weil die Interessen einfach unterschiedlich sind. Aber dennoch sind wir in der Lage und sind wir alle bereit, vernünftig miteinander umzugehen. Der neue Geschäftsführer des Landkreistages Herr Köpp ist schon gar nicht mehr so ganz neu und das läuft. Und ich glaube, auch der neue Geschäftsführer des Städte- und Gemeindetages Herr Wellmann wird diese Aufgabe gut meistern.

Uns kann ich nur empfehlen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir die kommunalen Verbände wirklich als Partner auf Augenhöhe wahrnehmen. Das

heißt auch, dass wir Wahlentscheidungen, die die kommunalen Verbände für ihre Funktionen vornehmen, respektieren und dass wir nicht, wie Sie es getan haben, Herr Saalfeld, nur weil Ihnen eine Personalentscheidung des Städte- und Gemeindetages nicht passt, Sie diese Organisation hier irgendwie abfällig bewerten und in die Ecke drücken und meinen, nur weil jemand etwas gesagt habe, bekomme er dort keinen Posten mehr. Es mag ja sein, dass die von Organisationsformen, in denen Sie tätig sind, kommen und dort solche Verhaltensweisen üblich sind. Im Städte- und Gemeindetag ist das nicht der Fall. Ich glaube, wir tun gut daran, die demokratischen Entscheidungen unserer Partner zu akzeptieren und zu respektieren, und wir tun gut daran, gemeinsam mit den kommunalen Verbänden die Kreisgebietsreform weiterzuführen, zu begleiten und am Schluss zu einem guten Ende zu führen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Marc Reinhardt, CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Saalfeld von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Müller,

(Heinz Müller, SPD: Ja.)

Sie wollten noch mal darauf eingehen, deswegen kann ich es mir nicht verkneifen, auch noch mal darauf einzugehen. Das habe ich nicht aus den Umgangsformen meiner politischen Kreise,

(Heinz Müller, SPD: Ach!)

das musste ich leider erst hier in Schwerin im Landtag lernen, dass solche Überlegungen zumindest naheliegen. Ich habe auch nur spekuliert, das dürfte auf jeden Fall erlaubt sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Debatte wurde auch von Herrn Müller bereits vieles angesprochen, vieles gesagt zum Thema Landkreisneuordnung. Es ist auch nicht neu, das Thema. Es wurde schon gesagt, dass wir seit gut zehn Jahren darüber sprechen.

Während der Innenminister auch heute noch mal eine positive Bilanz gezogen hat, wird die Reform auf der kommunalen Ebene natürlich wesentlich kritischer gesehen. Der Städte- und Gemeindetag etwa zieht eine ernüchternde Bilanz. So verweist er darauf, dass die Funktionalreform, die unstrittigerweise nicht so ein ganz großer Wurf war, hinter den Ansprüchen und Erwartungen zurückgeblieben ist. Beispielhaft wird hier auf das Verkehrsrecht verwiesen und die Aufstellung von Verkehrsschildern. So banal ist manchmal die Welt, aber ich finde das ganz interessant, dieses Beispiel. Der Städtetag verweist in einer Mitteilung darauf, dass es dafür nach wie vor einer Ortsbesichtigung von Mitarbeitern aus mehreren Behörden bedarf. Der Aufwand wird natürlich nicht weniger, je weiter entfernt die Kreisverwaltungen sind. Einfacher wird es dadurch mit Sicherheit nicht.

Herr Müller, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie noch mal das Gutachten von Herrn Hesse angesprochen haben

zum Thema „Bereitschaft von Ehrenamtlern, kommunale Mandate anzunehmen beziehungsweise sich hier zu engagieren“. Da stellt sich meines Erachtens nicht bloß die Frage, wie viele Menschen heute noch bereit sind, für einen Sitz zu kandidieren. Da hat sich in der Tat nicht viel geändert. Die Frage ist vielmehr, wer ist bereit,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja, eben.)

heute noch für solche Sitze zu kandidieren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Frage ist,
wie viele Politiker haben ihr Mandat schon
zurückgegeben von SPD und CDU.)

Ja, und wir nehmen ...

Darauf komme ich gleich noch zu sprechen.

Wir sehen halt auch,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

wir sehen halt auch, dass es vor allem Verwaltungsmitarbeiter sind, hauptamtliche Bürgermeister, die sich das zeitlich auch leisten können, aber auch Landtagsabgeordnete.

(Heinz Müller, SPD:
War das früher anders?–
Torsten Renz, CDU: Herr Saalfeld,
war das fünf Jahre vorher anders?)

Ich glaube, das wird zunehmen.

Das war früher nicht anders, aber die Tendenz zeigt in die Richtung, dass sich das in Zukunft sowieso nur noch hauptamtlich beschäftigte Personen in den kommunalen Verwaltungen leisten können. Der eine oder andere Bürgermeister wird zu seinen Veranstaltungen gefahren, da stört dann die Strecke nicht.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja, eben.)

Aber für die Ehrenamtler im eigentlichen Sinne wird es in der Tat schwieriger. Ich glaube, das wird von Ihnen auch nicht infrage gestellt, dass die weiteren Wege auf jeden Fall eine Herausforderung für das Ehrenamt sind. Es gibt schon prominente Mitglieder, insbesondere bei der CDU, die ihr Kreistagsmandat niedergelegt haben,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Ach du liebe Zeit, wie kommen
Sie denn jetzt darauf?!)

weil sie es zeitlich nicht mehr geschafft haben

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

oder unter der Aufgabenlast regelrecht zusammengebrochen sind.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Bei den GRÜNEN geht das gar nicht.)

Berühmtestes Beispiel bei der CDU ist Sebastian Sylvest, der bekannte Ex-Box-Weltmeister.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:

Ja, da kenne ich noch andere,
die sitzen hier im Raum. –

Zurufe von Torsten Renz, CDU,
Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war jetzt auch nicht ganz ernst gemeint, zumindest was das Beispiel anbelangte, aber in der Tat haben wir sowohl bei der SPD als auch bei der CDU genau mit diesem Problem zu kämpfen – auch bei uns, ganz klar, auch bei den GRÜNEN. Wir erleben das Tag für Tag, dass es wirklich eine große Herausforderung ist. Deswegen will ich das nicht einfach so vom Tisch wischen und sagen, es ist doch sozusagen statistisch belegt, dass sich immer noch genauso viele Menschen auf einen Sitz bewerben.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Es ist auch die Frage, wer sich bewirbt und wer exkludiert wird.

(Torsten Renz, CDU: Was will
der Dichter uns hiermit sagen?!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist wie gesagt heute schon viel gesagt worden, bloß noch nicht von jedem. Ich möchte noch mal ganz klar die GRÜNEN-Position unterstreichen. Wir GRÜNEN stehen zur Kreisgebietsreform. Wir halten das Anliegen prinzipiell erst mal für sinnvoll. Wir müssen allerdings feststellen, dass viele handwerkliche Fehler gemacht wurden und diese handwerklichen Fehler auf dem Rücken der kommunalen Mandatsträger ausgetragen wurden.

Ich möchte auf zwei Aspekte noch mal explizit eingehen, die mir wichtig sind, und zwar erstens auf die finanzielle Situation unserer Kommunen und insbesondere der Landkreise. Dann möchte ich auf einen Aspekt eingehen, der heute noch nicht angesprochen wurde, der vielleicht nicht unbedingt der wichtigste ist, der aber nicht unter den Tisch fallen sollte, nämlich dass wir auch bei der Zusammenlegung der IT-Strukturen gerade vor einer großen Herausforderung stehen, die nicht ganz billig wird, und ich glaube, da widerspricht auch der Innenminister nicht. Er nickt schon. Das ist in der Tat eine Herausforderung.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Der nickt schon. –
Vincent Kokert, CDU: Ganz kräftig. –
Minister Lorenz Caffier: Da hat er recht.)

Also, zunächst noch mal ...

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Gelangweilt, so würde ich das interpretieren.)

Nein, er hat doch gesagt, also Zwischenruf vom Innenminister, noch mal fürs Protokoll: Er hat recht.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das kommt selten genug vor.)

Die Finanzausstattung der Kommunen ist insgesamt in eine Schieflage geraten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Zwar war im letzten Jahr der Finanzierungssaldo wieder knapp positiv, aber nur dank zusätzlicher

Zahlungen durch das Land. Herr Müller hat das eben gerade schon mal dargelegt. Insbesondere die Landkreise weisen weiterhin negative Finanzierungssalden aus, und das seit Jahren. Die Schere zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen geht weiter auseinander, das ist das Problem. Im Schnitt war, wie gesagt, der Teich nur einen halben Meter tief, trotzdem ist die Kuh ertrunken.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Die haben allerdings das Problem, dass die finanzstarken und finanzschwachen Kommunen sich auseinanderentwickeln. Die Pro-Kopf-Verschuldung im Kreis Vorpommern-Greifswald beträgt zum Beispiel 2.304 Euro je Einwohner, im Landkreis Rostock sind es hingegen nur 1.176 Euro je Einwohner.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Es gibt Unterschiede auf der kommunalen Ebene.)

Während die Sozialausgaben steigen, fehlen die Mittel für die notwendigen Investitionen und freiwilligen Aufgaben. Starke Kommunen brauchen eine auskömmliche Finanzierung. Das ist jetzt kein Allgemeinplatz, sondern das ist wirklich wichtig. GRÜNEN-Ziel ist die dauerhafte und verlässliche Finanzierung der Kommunen im Land.

Sie sprachen schon die Sonderprogramme an, Herr Müller. Sie sagten, das sind die viel bekrittelten Sonderhilfen. Ich will das noch mal ins rechte Licht rücken. Wir als Opposition bekritteln nicht, dass Sie die Kommunen mit Geld unterstützen, sondern wir bekritteln, wie Sie das so schön sagen, wie Sie es machen, nämlich mit Sonderprogrammen sozusagen von Jahr zu Jahr oder ...

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Das ist zweckorientiert, weil ich einen konkreten Zweck habe. Sie legen Sonderprogramme auf, um die Grundfinanzierung der Kommunen in Ordnung zu bringen.

(Vincent Kokert, CDU: So ein Quatsch!)

Das ist der Unterschied und da müssen wir wirklich ans FAG heran. Der Landesrechnungshof hat,

(Heinz Müller, SPD:
Den Prozess kennen Sie doch! –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

ich hatte es im Tagesordnungspunkt davor schon gesagt, noch mal darauf hingewiesen, dass die Investitionen der Kommunen immer geringer werden und dass erhebliche Folgeprobleme entstehen werden, wenn wir uns dieser Problematik nicht annehmen.

So, jetzt sehe ich schon die rote Lampe. Wie viel war das jetzt noch?

Vizepräsidentin Silke Gajek: Zwei Minuten noch.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zwei Minuten noch, dann war das jetzt sozusagen nur Fehlalarm. Ich habe noch zwei Minuten. Das war vielleicht auch nicht schlecht, dann weiß ich es wenigstens.

Wenn wir uns dieser Probleme nicht annehmen, werden da erhebliche Folgekosten entstehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch um die Kassenkreditstände müssen wir uns Sorgen machen. Ein Unternehmen wird immer auf seine Renditefähigkeit untersucht und es wird immer abgewogen – das haben wir bei den P+S Werften auch gelernt –, kann dieses Unternehmen auf Dauer eigentlich noch das erwirtschaften, um diese Schulden zu bedienen, wenn nicht, dann ist es überschuldet. Ich glaube, dass der Kreis Vorpommern-Greifswald in normalen Situationen und unter den Maßstäben in der Wirtschaft als überschuldet gelten würde, weil die Renditefähigkeit überhaupt nicht mehr,

(Torsten Renz, CDU:

Was schlagen Sie vor, Herr Saalfeld? –
Andreas Butzki, SPD: Sonderprogramme.)

überhaupt nicht mehr so gegeben ist, dass man diese Schulden bedienen kann. Deswegen kann ich nachvollziehen, dass der Landkreis darauf besteht zu sagen, wir wollen wissen, wie es mit unseren Altschulden weitergeht, denn aus eigener Kraft werden wir die nicht tragen können.

(Torsten Renz, CDU: Was schlagen Sie vor?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will noch mal auf die Schaffung sicherer IT-Strukturen zu sprechen kommen. Hier hat sich das Land den Weg leicht gemacht, indem es einfach die entsprechenden Sicherheitsvorgaben nicht vorgeschrieben hat, sondern nur anempfohlen hat. Damit ist das Konnexitätsprinzip ausgehebelt worden. Nun kann man immer so schön sagen, die Kommunen sollen das mal lösen. Aber die Kommunen sagen uns heute schon, das ist nicht zum Nulltarif machbar.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das finde ich auch.)

Der Datenschutzbeauftragte hat bereits eine Umfrage gemacht.

Jetzt will ich Ihnen eine Zahl nennen:

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sind die GRÜNEN-Minuten noch nicht um, die zwei?!)

69 Prozent der Kommunen sagen, dass sie mehr finanzielle Mittel zur Umsetzung einer wirksamen IT-Sicherheit brauchen. Das ist nicht einfach so vom Tisch zu wischen. Nur 18 Prozent der Kommunen verfügen derzeit über ein Informationssicherheitsmanagement, nur 35 Prozent haben einen IT-Sicherheitsbeauftragten. Da haben wir also ein Problem. Hier müssen wir ran. Das gibt es, wie gesagt, nicht zum Nulltarif. Den Schutz der persönlichen Daten der Bürger gibt es nicht zum Nulltarif.

(Vincent Kokert, CDU: Es sind schon drei Minuten jetzt! Ich habe gestoppt. Unglaublich!)

Der persönliche Schutz der Daten der Bürger fängt im Rathaus an und deswegen haben wir da viele Aufgaben noch vor uns. Ich denke, es ist verfrüht für Jubel. Ich glaube, niemand hat hier auch gejubelt. Deswegen müssen wir wirklich, tja, noch mal kräftig anpacken und vor allem das FAG schnell reformieren, doch da sind mir die Ziele nicht ambitioniert genug vonseiten der Landesregierung. 2018 will sie erst fertig sein. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Jetzt hat das Wort der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

(Heinz Müller, SPD: Oi, jetzt kommt der Kommunalexperte.)

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Reinhardt, Sie können sich noch ein wenig gedulden.

(Marc Reinhardt, CDU: Das ist aber nett.)

Die LINKEN haben die heutige Aussprache zum Fortgang der Umsetzung der Landkreisneuordnung Mecklenburg-Vorpommern beantragt. Die Kreisgebietsreform wurde im Juli 2010 gegen den Willen der Kommunen und der Bürger sowie gegen jede Vernunft durchgedrückt. Diese Kreisgebietsreform ist nicht nur ein Armutszeugnis für die rot-schwarze Landesregierung, sie ist alles andere als ein Erfolgsmodell. Sie ist ein Abgesang auf beziehungsweise für das Land Mecklenburg-Vorpommern, eine hundertprozentige Bankrotterklärung. Was soll denn der Innenminister anderes machen, als die gescheiterte Reform hier an dieser Stelle in den höchsten Tönen zu loben? Ein Schuldeingeständnis kann man von den Vertretern der politischen Klasse nicht erwarten.

„Drei Jahre nach der Reform erwarten wir Ergebnisse“, forderte richtigerweise Thomas Deiters vom Städte- und Gemeindetag. Und er äußerte zudem, dass die zugesagte finanzielle Entlastung nicht eingetreten sei. Als Beispiel seien die steigenden Kreisgebietsumlagen genannt.

(Unruhe bei Heinz Müller, SPD,
und Vincent Kokert, CDU)

Herr Kokert, halten Sie doch bitte mal die Klappe.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Also, Herr Köster!

Stefan Köster, NPD: Aber er schnackt die ganze Zeit.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Sie schnacken auch die ganze Zeit.

Stefan Köster, NPD: Wenn er sich unterhalten will, kann er nach draußen gehen.

(Im Plenarsaal klingelt ein Handy.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Köster, ich habe hier ...

Wer hat da das Handy an?

(Tilo Gundlack, SPD: Das ist schon aus.)

Also ich bitte, diese Handys und so auszuschalten. Geben Sie das bitte weiter!

(Jochen Schulte, SPD: Ich werde es Frau Tegtmeier ausrichten.)

Herr Köster, jetzt haben Sie das Wort.

Stefan Köster, NPD: Gut.

Als Beispiel seien nur die steigenden Kreisgebietsumlagen genannt. Die Kreisgebietsreform hat vielleicht im Land Einsparungen eingebracht, allerdings auf Kosten der kommunalen Ebene und somit auf Kosten der Bürger. Auch die bürokratischen Belastungen befinden sich nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau. Vom SPD-Bürgermeister der Hansestadt Wismar ist zu erfahren, dass Ihre Reform allein der Stadt Wismar jährliche Verluste in Höhe von 3 bis 4 Millionen Euro verursacht hat. In Greifswald und in Stralsund sieht es ähnlich aus. So ist die Realität.

In den neuen Landkreisen sieht es genauso aus. 41 Millionen Euro neue Schulden haben die Kreise im vergangenen Jahr geplant angehäuft. Im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform sind auch unzählige kommunale Einrichtungen reduziert oder gar gänzlich verlagert worden. Die von der Landesregierung versprochene Bürgernähe erweist sich immer mehr als bewusste Irreführung. Man kann es auch Lüge nennen. Die Verlautbarungen der SPD- und CDU-Vertreter zur Kreisgebietsreform waren und sind bewusste Wählertäuschungen.

Auch die Schließung von Amtsgerichten ist Teil des Ausverkaufs des ländlichen Raums. Ebenfalls sind die Diskussionen sowie Planungen zur Verkleinerung oder gar Schließung von Krankenhäusern hier im Land Bestandteil des Strukturabbaus der Landesregierung. Ihre Monsterkreise sind nicht nur Gift für das Ehrenamt, sondern sie sind auch ein Offenbarungseid für SPD und CDU, aber auch für die LINKEN, die eine ähnliche Strukturveränderung einige Jahre zuvor unterstützt haben, damals, als sie noch mit der SPD das Regieren spielten und kläglich scheiterten.

Die NPD hatte schon im Jahre 2008 den nationalen Gegenvorschlag zu Ihrem kommunalen Todesprogramm vorgelegt.

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD:
Nationaler Gegenschlag! –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir sind nach wie vor dafür, die Landkreise auf ein verfassungsrechtliches Minimum zu reduzieren. Stattdessen sollen die Kreisstädte und die kreisfreien Städte – auch jene, denen dieser Status 2011 weggenommen wurde – eine Stärkung erfahren. Wir wollen eine Stärkung der kommunalen Ebene, weg vom Parteienklüngel, hin zu sachlich begründeten Entscheidungen.

(Thomas Krüger, SPD: Oooch,
das glauben Sie doch selbst nicht!)

Wir wollen Kommunen, die für die Bürger, nicht für die Versorgung von Parteikumpanen da sind. Unser Modell der umlandbetreuenden Stadt wäre ein Gewinn für die Bürger und eine Absage an ihre Parteibuchdemokratie. Es ist wünschenswert und zwingend notwendig, dass sich unsere Heimat aus dem Würgegriff weniger Parteien befreit zum Wohle der Bürger.

(Thomas Krüger, SPD:
Glauben Sie das wirklich?)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt noch der Abgeordnete Herr Reinhardt von der CDU-Fraktion.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer war eigentlich zuerst da,

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Henne oder Ei?)

die Henne oder das Ei? Diese Frage stellt man sich immer, wenn man manchmal hier so die Diskussion um die Kreisgebietsreform verfolgt.

(Thomas Krüger, SPD: Gehört das
zum Thema, Henne und Ei? –
Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, genau, Herr Saalfeld.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Bei uns beiden ist das immer eher so: Sie sind der Hase und ich bin der Igel, und ick bün all dor, wenn Sie ankommen, ne?!

Insofern will ich aber gerne zum Thema zurückkommen: Fakt eins ist – das haben wir heute schon von mehreren Kollegen und auch vom Minister gehört –, die finanziellen Probleme und ebenso die sozialen Probleme, die wir in unseren neuen Kreisen und in den kreisfreien Städten haben, wären auch in der alten Struktur auf uns zugekommen und wir hätten sie vielleicht sogar viel schlimmer und größer. So könnten wir sagen, die Haushalte an der Seenplatte –, viele Kollegen sind da jetzt im Kreistag –, auch die Vorgängerhaushalte, zum Beispiel aus Demmin, Müritz und Mecklenburg-Strelitz, sie waren immer alle noch ausglich, auch die letzten zwei Jahre. Aber wir alle wissen, dass das nur durch einen beherzten Griff in die jeweilige Rücklage möglich war, diese Rücklagen im letzten Jahr vor der Kreisgebietsreform alle leer waren und wir auch dort heute die gleichen, wenn nicht sogar schlimmere finanzielle Probleme hätten. Bei uns kommen noch die hohen Sozialkosten hinzu, die von der Stadt Neubrandenburg auf den Kreis übergegangen sind. Aber auch diese wären ohne die Kreisgebietsreform nicht in kleine Tütchen verpackt worden

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

und nach Russland verkauft worden, sondern sie wären bei der Stadt Neubrandenburg alleine geblieben,

(Stefan Köster, NPD: Alles Folgen Ihrer Politik! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und die hätten sich das alleine nie leisten können, auch dort hätten wir dieses Problem der hohen Sozialkosten gehabt.

Fakt zwei ist, auch das haben wir heute schon gehört, die Kreise haben bisher circa 160 Stellen abgebaut, und, da gebe ich meinem Kollegen Müller recht, das wird sicherlich noch nicht das Ende der Fahnenstange sein. Wenn man in die Kreishaushalte guckt und in die Mittelfristigen Finanzplanungen, sehen wir, dass da in den nächsten Jahren mit Sicherheit noch einige Hundert Stellen dazukommen. So ist zum Beispiel im Kreis Seenplatte bis

2020 circa noch ein weiterer Abbau von über 50 Stellen vorgesehen.

Drittens ist Fakt, Veränderungen führen natürlich immer zu Problemen, ob das bei der Aufgabe von Verwaltungsstandorten, bei neuen Arbeitsorten für Mitarbeiter, bei der Altfehlbetragsumlage, bei der Kreisumlage der Fall ist. Wir haben das alles heute schon im Detail gehört, deshalb will ich nicht so sehr darauf eingehen. Diese Probleme sind zum Teil aber sehr schwierig, auch das haben wir heute gehört, und sie sind zum Teil natürlich ebenso menschlich verständlich, wenn ich zum Beispiel früher in Waren gearbeitet habe und jetzt nach Neubrandenburg fahren muss. Das, denke ich, sollten wir beachten. Diese Probleme wären ohnehin zum Teil – zumindest was das Finanzielle und Soziale betrifft – auf uns zugekommen. Wir sollten uns daranmachen, diese Probleme zu lösen.

Da haben wir aus meiner Sicht zwei Möglichkeiten: Wir können die Kreisgebietsreform nehmen und sie quasi als Mutter allen Übels bezeichnen, die auch noch dafür sorgt, dass vielleicht das Abendland untergeht, oder wir nutzen die Chancen, die es bei allen Problemen gibt, und versuchen, unser Land und vor allem unsere Kommunen zukunftsfest aufzustellen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Aber doch nicht mit der Reform!)

Auch diese Reform ist ein Punkt dazu.

Am Ende leben unsere Bürger/-innen nicht nur im Land oder in einem Landkreis, aus meiner Sicht leben sie in allererster Linie in einer Stadt

(Michael Andrejewski, NPD: Und was sagen die da?)

oder in einer Gemeinde und identifizieren sich mit diesem direkten Umfeld. Ich denke, dass es für uns deshalb sehr wichtig ist, zunächst vor Ort, dort, wo die Menschen Politik hautnah miterleben, dafür zu sorgen,

(Michael Andrejewski, NPD: Warum
wurden dann die Landkreise vergrößert?)

dass es neue Handlungsspielräume gibt, und dort, wo es sie nicht mehr gibt wegen schwieriger finanzieller Haushaltslagen, sind wir dazu aufgerufen, diese wiederherzustellen und auch dafür zu sorgen, dass in Infrastruktur und in soziale Zusammenarbeit investiert werden kann. Wir alle wissen, dass wir das in der Vergangenheit bereits getan haben, und wir werden das auch in der Zukunft tun. Ich will nur das 100-Millionen-Programm nennen, die 50 Millionen Kofinanzierung oder auch das letzte 160-Millionen-Programm. Daran, das haben wir heute gehört, wird sich jetzt auch der Bund beteiligen mit 3,5 Milliarden für Kommunen, die eine schlechte Ausgangslage haben. Davon kriegen wir in den nächsten Jahren bis zu 70 Millionen Euro, die wir sicherlich gut gebrauchen können.

Um die Probleme weiter zu lösen, auch darauf sind einige Vorredner heute schon eingegangen, werden wir in eine sehr intensive FAG-Debatte eintreten. Da wird es sehr spannend: Wie verteilen wir die Kosten?

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wie verteilen wir die Belastungen? Wie kommen wir den Bedarfen nach, die zweifelsohne da sind? Wie funk-

tioniert das nachher mit der Förderung der Zentren? Wie kriegen wir es trotzdem noch hin, dass es vor allem da gelingt, wo wir laut Gesetz kein Zentrum haben, aber auch diese Gemeinden doch mehr als nur für ihre Bürger tun, wie gelingt es, auch diese noch wirtschaftlich aufzustellen und ihnen Handlungsspielräume zu erschließen?

Ich glaube, die Herausforderungen habe ich genannt. Vor allem wegen der doch nicht ganz so günstigen Bevölkerungsentwicklung werden wir auch in Zukunft vor großen Herausforderungen hier bei uns im Land stehen. Es wird zahlreiche Veränderungen geben und, auch das haben wir heute vom Innenminister gehört, es wird wahrscheinlich sehr viele Bundesländer geben, die uns nachfolgen werden und sich bestimmt ein Stück weit an unseren Maßnahmen hier orientieren werden.

Wir können uns heute aus meiner Sicht entscheiden: Entweder sind wir Optimisten oder Pessimisten. Beim Pessimisten ist das Glas halb leer. Bei mir, ich bin der Optimist, ist das Glas noch halb voll. Ich lade Sie alle ein, Optimisten zu sein und daran mitzuarbeiten,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dass dieses Glas immer ein Stückchen voller wird und wir hier dafür sorgen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger in unserem Land eine lebens- und liebenswerte Heimat bekommen. Ich lade Sie alle ein, mit dazu beizutragen,

(Vincent Kokert, CDU:
Jetzt kommt brüllender Applaus.)

und wünsche Ihnen eine erfolgreiche Debatte heute. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Ja, Prost!)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Meine Herren, ich schließe die Aussprache.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 31** auf: Das ist die Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ersatzhafen auf dem Fischland-Darß-Zingst, Drucksache 6/3742.

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ersatzhafen auf dem Fischland-Darß-Zingst
– Drucksache 6/3742 –**

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Feike von der SPD-Fraktion.

Katharina Feike, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Zielsetzung des vorliegenden Antrages aller demokratischen Parteien dieses Parlamentes lässt sich in aller Kürze wie folgt zusammenfassen:

(Michael Andrejewski, NPD:
„In aller Kürze“ ist gut.)

die Schaffung einer dauerhaften Lösung

(Tilo Gundlack, SPD: Mikro!)

für die Stationierung des Seenotkreuzers und eines Nothafens im Küstenbereich zwischen Warnemünde und Barhöft,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

um den Nothafen Darßer Ort in der Kernzone des Nationalparks Vorpommersche Boddenlandschaft endlich außer Betrieb nehmen zu können.

Das war ...

(Tilo Gundlack, SPD: Red mal ein bisschen dicker, das kommt hier so dünne an!)

Wie bitte?

(Tilo Gundlack, SPD: Red mal ein bisschen dicker, das kommt hier so dünne an!)

Gut.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Meine Herren, das Mikro ist an, aber es ist vielleicht eine Aufforderung zuzuhören.

Frau Feike, bitte.

Katharina Feike, SPD: Das war es aber auch schon mit der Kürze

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

im Zusammenhang mit diesem Thema. Wenn der Begriff der Never-Ending-Story eine Berechtigung hat, dann bei diesem Thema. Seit der Existenz des 1990 errichteten Nationalparks Vorpommersche Boddenlandschaft ist klar, dass der in der Kernzone liegende Nothafen Darßer Ort auf Dauer keinen Bestand haben konnte. Der bisherige Nothafen Darßer Ort wurde aus militärischen Gründen von der NVA angelegt. Dabei spielten Überlegungen zur Küstendynamik niemals eine Rolle. Die sedimentendynamischen Prozesse sind an dieser Stelle derart, dass die Hafeneinfahrt permanent verlandet und nahezu alljährlich ausgebaggert werden muss.

Die Eingriffe in die natürliche Entwicklung der Kernzone des seit 1990 existierenden Nationalparks widersprechen aber dem festgelegten Schutzzweck. Auf Dauer droht die Aberkennung des Nationalparkstatus. Zudem mussten seit 2002 erhebliche Landesmittel für die erforderliche Ausbaggerung aufgebracht werden, um die Schutzzone als Nothafen für Fischereifahrzeuge und Sportboote und als Standort für den Seenotkreuzer aufrechterhalten zu können.

Eine andere Lösung musste also her. An dem Erfordernis eines Nothafens, eines Liegeplatzes für Fischer und eines Standortes für den Seenotkreuzer im Bereich Zingst/Prerow gab es auch in diesem Parlament noch nie einen Zweifel. Dieses ergibt sich aus der Tatsache, dass es für die lange Küstenlinie von Warnemünde bis Barhöft

keinen Etappenhafen gibt und die Entfernung für den Seenotkreuzer sehr viel geringer zur Kadetrinne ist als irgendwo anders.

Über das Wer, Wie, Wo, Wann und die Kosten für die Ersatzlösung wurde allerdings je nach Interessenlage in diesem Landtag 20 Jahre trefflich gestritten. Einen Beleg dafür habe ich in der Parlamentsdatenbank gefunden. Seit der 2. Wahlperiode werden dort 37 Basisdokumente zu dem Thema Nothafen aufgeführt. Es gab Vorstellungen von Mammutprojekten, es gab Überlegungen für einen Durchstich auf dem Darß. Zudem stießen vorgeschlagene Projekte auf Widerstand bei den betroffenen Kommunen.

Eine Lösung gibt es bis heute nicht. Der heutige interfraktionelle Antrag lässt mich allerdings hoffen, dass es in dieser Legislaturperiode den Startschuss für ein befriedigendes Ende dieser Story gibt.

(allgemeine Unruhe)

Grundlage dieses Antrages ist die aktuelle Machbarkeits- und Variantenuntersuchung der Landesregierung, die Möglichkeiten aufzeigt, auf der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst einen Ersatzhafen zu errichten.

(Glocke der Vizepräsidentin)

Nach meiner Kenntnis findet der Lösungsvorschlag zur Errichtung eines kleinen On-und-Offshore-Hafens im Bereich der Seebrücken Prerow oder Zingst auch außerhalb des Parlamentes eine breite Zustimmung, auch bei den Naturschutzverbänden. Damit gibt es ...

(Vincent Kokert, CDU: Das ist mir persönlich auch sehr wichtig.)

Genau.

(Andreas Butzki, SPD: Das ist eine Herzensangelegenheit.)

Damit gibt es erstmals die reale Chance, eine finanzierbare und genehmigungsfähige Lösung auf den Weg zu bringen. Lassen Sie uns gemeinsam für die Umsetzung dieses Vorhabens bei den infrage kommenden Kommunen wirken! Wir stimmen dem Antrag zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Frau Feike.

Und jetzt hat das Wort für den Landwirtschaftsminister Frau Polzin. Bitte.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD: Heike, zwei Minuten!)

Ministerin Heike Polzin: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Heiterkeit bei Stefanie Drese, SPD – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Ich glaube, mein Kollege Backhaus bedauert außerordentlich, vor allem bei diesem Tagesordnungspunkt, dass er nicht selbst hier am Podium stehen kann,

(Stefanie Drese, SPD: Und dann an seinem Geburtstag!)

denn er selbst hat ja sehr viel Herzblut und Kraft in dieses Thema investiert und ist zurzeit zumindest überwiegend optimistisch, dass wir diesmal eine gute Lösung hinbekommen. Ich werde also sehr gerne in seinem Namen diese Rede vortragen. Das schließt natürlich selbstverständlich aus, Herr Schulte, dass ich unter zwei Minuten bleibe.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD)

Ich versuche jetzt auch gerade, auf meine Vorrednerin einzugehen und keine Überschneidungen und Wiederholungen an den Mann zu bringen.

(Heinz Müller, SPD: Und an die Frau.)

Es scheint ja ohnehin eine breite Mehrheit zum aktuellen Projekt zu geben. Insofern muss ich mich nicht ganz ausführlich mit vermutlichen Gegenargumenten auseinandersetzen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist nicht zu erwarten.)

Das birgt zumindest die Hoffnung, dass ich es kurz und knapp machen kann. Ich werde mich dann hinterher vielleicht der kritischen Auseinandersetzung mit dem Minister stellen, weil ich nicht alle Argumente vorgetragen habe.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir nehmen Sie in Schutz.)

Vielen Dank, ich nehme Sie beim Wort.

Man muss sich alleine mal die Größenordnungen vor Augen führen. Die notwendigen Ausbaggerungen für die jetzige Interimslösung haben immerhin 250.000 Kubikmeter Sand betragen, die Kosten 2,5 Millionen Euro, und seit 2005 ist der Bund auch nicht mehr dabei, sodass das natürlich ein fiskalisches Element ist und eine vernünftige Lösung angeraten ist.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Glocke der Vizepräsidentin – Peter Ritter, DIE LINKE: Hört doch mal zu, wenn die Ministerin redet! Das ist ja unmöglich! – Vincent Kokert, CDU: Du quatschst selber die ganze Zeit. – Peter Ritter, DIE LINKE: Ich habe gar keinen zum Quatschen.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Bitte keine Gespräche nebenbei.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU und Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Herren!

Frau Polzin, bitte.

Ministerin Heike Polzin: Ja, ich gebe mir Mühe. Armer Herr Ritter!

Der Hafen hat, wie wir wissen, ja auch eine Schutzfunktion für die Fischer, für die Sportboote und andere Was-

serfahrzeuge, da andere Entfernungen natürlich sehr gefährlich sind. Frau Feike ist darauf eingegangen. Ich glaube, ich muss niemanden hier mehr überzeugen, aus welchen kompakten Gründen wir eine andere Lösung finden müssen als diesen Nothafen in der Kernzone des Naturschutzgebietes.

Warum sind eigentlich alle anderen Projekte gescheitert? Allein das Landwirtschaftsministerium hat 50 Studien in den Jahren erarbeitet. Und auch hier sind einige Beispiele genannt worden, die vermutlich exorbitant zu viel gewesen wären, wie der Darß-Durchstich, aber es gab natürlich auch handfeste gute Projekte. In der Regel sind sie daran gescheitert, dass man vor Ort diese Häfen nicht wollte. Das muss man auch mal so deutlich sagen.

Und auch jetzt sind wir letztlich in der Durchführung dieses Projektes darauf angewiesen, dass vornehmlich die Prerow diesem Vorhaben zustimmen. Natürlich kann man sich sagen, da wird ihnen etwas, auch weitestgehend mit Landeskosten, vor die Haustür gebaut: Was kann es da denn noch für Probleme geben? Das können Sie sich gerne vor Ort anhören. Es sind ja ungefähr die gleichen Diskussionen, wie Windkraftwerke in acht Kilometer Entfernung zu sehen oder eben diesen Inselhafen, der natürlich in der Länge der Brücke schon eine Veränderung für den jährlich wiederkehrenden Touristen bedeutet.

Aus meiner Sicht ist das natürlich eine absolut ästhetische Lösung und vor allem funktional und angemessen, was die Ausstattung anbelangt. Ich denke, wenn man sich die Abmessungen vor Augen führt, ist es so, der Hafen soll 125 mal 90 Meter betragen und er soll eben nur Notliegeplätze für Havaristen bieten, aber an erster Stelle ist der Seenotrettungskreuzer zu nennen, der dort vor Anker gehen kann, und man braucht auch die Liegeplätze für Fischer. Die Seebrücke, müssen Sie sich vorstellen, falls Sie öfter mal in Prerow vorbeikommen, muss dazu um 135 Meter verlängert werden. Und sie muss natürlich auch eine gewisse Verbreiterung erfahren, da immerhin ein Rettungswagen hier fahren können muss. Im Hafenbereich soll es dann auch einen Landeplatz für einen kleinen Rettungshubschrauber geben.

Eingebunden in die jetzige Machbarkeitsuntersuchung waren natürlich die Umweltverbände, aber auch die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, und selbstverständlich sind deren Ideen und Vorstellungen eingebracht worden. Aber auch jetzt muss ich sagen, an unserer Außenküste ist natürlich nie ein absoluter Schutz gegen Extremereignisse aufzubauen, das wird auch bei diesem Hafen nicht so sein.

Prerow ist im Moment die Vorzugsvariante der Landesregierung, dafür gibt es mehrere Argumente, unter anderem auch, dass bei Südwest- und Westwind Prerow besser als Zingst vor Seegang geschützt ist. Und das Projekt in Prerow hat, zumindest nach jetzigen Berechnungen, eher noch ein günstigeres Preis-Leistungs-Verhältnis, auch für die Unterhaltskosten, die nachher die Kommune betreffen.

Das Vorhaben ist, wie Sie wissen, der Gemeinde bereits vorgestellt worden. Dort soll es jetzt einen Bürgerentscheid geben, für den wir Ende April mit Ergebnissen rechnen. In den nächsten Wochen sollen also im Kabinett und in der Gemeinde wichtige Entscheidungen zum Ersatzhafen getroffen werden. Insofern bedanke ich mich

ganz herzlich für die Unterstützung aus dem Landtag hierzu, aber uns allen muss auch klar sein, das letzte Wort haben da nicht wir, sondern, denke ich, zunächst mal die Gemeinde, und wir dann natürlich mit Folgeentscheidungen, die sich daraus ergeben könnten. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Frau Polzin.

Das Wort hat jetzt Herr Professor Dr. Tack von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe sehr gern diesen Redebeitrag für meine erkrankte Kollegin Dr. Schwenke übernommen. Wir wünschen ihr baldige Genesung.

Was lange währt, wird endlich gut, so sagt man, wenn eine Sache, die Verzögerungen erfuhr, letzten Endes doch noch zu einem positiven Abschluss geführt wird. Ich möchte dieses Sprichwort heute allerdings als Frage nutzen: Wird wirklich gut, was ja, wie alle meine Vorredner schon betont haben, so lange währt? Ich habe da noch einige Zweifel. Trotzdem bin ich froh, und das gilt auch für meine Fraktion, dass endlich Bewegung in Sachen Nothafen Darß kommt.

Insofern ist es gut und war auch dringend nötig, dass Minister Dr. Backhaus – auch dem wünschen wir baldige Genesung von dieser Stelle – für diese seit Jahren verfahrenere Situation einen Vorschlag inklusive Machbarkeitsstudie vorgelegt hat, der aus meiner Sicht die Chance einer Lösung in sich birgt.

Der gemeinsame Antrag der demokratischen Fraktionen lässt die große Einigkeit hier im Hause zu dieser Frage erkennen und auch das ist gut so. Minister Dr. Backhaus hat ja dafür auch in unserer Fraktion geworben und gleichzeitig die noch zu überwindenden Schwierigkeiten vor Ort dargelegt. Eigentlich ist es unfassbar, dass nach so langer Zeit immer noch keine Lösung gefunden wurde, die den Anforderungen der Seenotrettung ebenso entspricht wie den hohen Anforderungen des Nationalparks Vorpommersche Boddenlandschaft und damit denen des Natur- und Umweltschutzes in dieser außerordentlich sensiblen Region.

Die vergangenen Jahre nach Schließung des Marinehafens haben nicht nur unendlich viel Geld – Frau Ministerin Polzin hat darauf schon aufmerksam gemacht –, erst vonseiten des Bundes und dann von der Landesseite, verschlungen, sondern sie haben auch viel Unruhe, viel Missgunst, Zwietracht und unendliche Debatten in der Region mit sich gebracht.

Vorschläge und Ideen, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat es so viele gegeben in all den Jahren, auch unter anderem zur Errichtung eines Inselhafens, aber diese Vorschläge hatten aus der Sicht meiner Fraktion gleich mehrere Haken, um im Bilde zu bleiben. Zwar war angeblich immer Geld in Form von hohen Fördersummen da, um einen Ersatzhafen zu bauen, aber die Kommunen hatten trotz allem einen nicht unerheblichen Eigenanteil zu leisten und nach dem Bau sollten sie auch noch für den Betrieb dieses Hafens aufkommen. Zudem waren

frühere Projekte aus unserer Sicht teilweise recht überdimensioniert und trugen so ein erhebliches wirtschaftliches Risiko in sich.

Und drittens gab es eine unübersichtliche Gemengelage verschiedenster Interessen, nämlich der Seenotretter, der ortsansässigen Fischer, der Tourismuswirtschaft und auch der Natur- und Umweltschützer. Auch persönliche Einzelinteressen, Sorgen der Anwohner um ihren freien Blick auf und über das Meer hinaus oder die Zerstörung ihrer Strände und der Natur, Neid und Streit zwischen den Gemeinden spielten eine Rolle. Das setzt sich leider im Augenblick auch noch fort. Froh bin ich allerdings, dass der unselige Vorschlag eines Durchstichs im Bereich des Fischlandes nie wirklich in Betracht gezogen wurde.

Erstmals will nun das Land die volle Verantwortung übernehmen. Das heißt, es will nicht nur für den Bau eines Nothafens komplett geradestehen, sondern es will auch den Betrieb des Hafens sicherstellen, Hafenmeister inklusive. So hat meine Fraktion Minister Dr. Backhaus verstanden und so haben wir es ja heute schon gehört.

Ich sage es noch einmal: Dieses ist aus unserer Sicht eine einmalige Chance, um aus der verfahrenen Situation herauszukommen. Wann, wenn nicht jetzt und unter solchen Bedingungen, sollte es sonst gelingen, eine für alle zufriedenstellende Lösung zu finden? Meine Fraktion appelliert deshalb an die Gemeinden und die Bürger vor Ort, diesem Vorhaben aufgeschlossen gegenüberzustehen und die Vergangenheit hinter sich zu lassen.

Nachdem von Minister Dr. Backhaus die Machbarkeitsstudie in unserer Fraktion vorgestellt wurde, bevorzugen wir die Variante eines Ersatzhafens vor Prerow, und zwar die Variante zwei, das heißt in der geringfügig größeren Variante. Prerow hat aus unserer Sicht die besten Voraussetzungen, nicht nur in baulicher Art, wegen der schon vorhandenen benötigten Breite und des Zustandes der Seebücke, sondern auch aus Sicht des notwendigen Eingriffs in den Naturhaushalt und den zu erwartenden Folgekosten.

Nur scheint leider bei Prerow der Widerstand vor Ort im Augenblick auch noch am größten. Offensichtlich hat der jahrelange Streit doch viele Verletzungen und Narben hinterlassen. Deshalb, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ist der Bau eines Ersatzhafens vor Prerow noch nicht in trockenen Tüchern, wie man so sagt. Aber eines sollte aus unserer Sicht dennoch klar sein: Wenn es vor Prerow nicht gelingt, dann muss das Land in Zingst bauen, eine nicht nur aus unserer Sicht schlechtere und wahrscheinlich auch teurere Variante mit größeren Umweltauswirkungen als vor Prerow, aber immer noch besser als der jetzige unhaltbare Zustand in der Kernzone des Nationalparks.

Und noch eines will ich hier für meine Fraktion klar sagen: Ohne einen parallelen Rückbau des Nothafens Darßer Ort darf es keinen Neubau geben, was meine geschätzte Kollegin Dr. Schwenke schon einmal in dieser Legislaturperiode für meine Fraktion erklärt hat, und zwar war das gleich zu Beginn dieser Legislaturperiode im November 2011, als es schon einmal um den Neubau eines Etappenhafens auf Fischland-Darß-Zingst ging.

Es gilt eben für uns nicht nur die eine Priorität, dass sich alles der Seenotrettung unterzuordnen hat, für uns ist es

auch wichtig, dass der Nationalpark endlich vollumfänglich seiner Aufgabe nachkommen kann. Das bedeutet eben aus unserer Sicht nicht nur die endgültige Schließung des Nothafens Darßer Ort, nicht nur die Schließung, sondern auch dessen Rückbau.

Und natürlich steht meine Fraktion auch in dem Punkt hinter der Landesregierung, dass es ohne ein gemeindliches Einverständnis keinen neuen Ersatzhafen geben kann, zumal die Gemeinden – zumindest was die Landanbindung und die Zuwegung für den neuen Hafen betrifft – die Planungshoheit haben. Ich hoffe trotzdem, dass mit diesem Vorschlag der Landesregierung endlich auch ein gangbarer Weg für die Gemeinde Prerow eröffnet wurde.

Meine Fraktion wird also diesem gemeinsam vorgeschlagenen Antrag natürlich zustimmen. Die Notwendigkeit eines Not- und Etappenhafens auf der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst steht für uns völlig außer Frage. Ein solcher Hafen muss gebaut werden, und das Ausbaggern der Fahrrinne zum Nothafen und des Nothafens selbst muss ein Ende haben.

Ich bin mir aber ziemlich sicher, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, dass wir nicht zum letzten Mal an dieser Stelle zu diesem Thema geredet haben. Die optimistische Variante – meine optimistische Variante – bedeutet, spätestens bei den Haushaltsberatungen spielt ein Ersatz- oder Etappenhafen wieder eine Rolle im Parlament. Das wäre zu hoffen. Die pessimistische Variante, es folgen weitere Anträge und Debatten, die ein jährliches Ausbaggern begleiten, die wollen wir ganz klar nicht. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und DIE LINKE und Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Seidel von der CDU-Fraktion.

Jürgen Seidel, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Professor Dr. Tack, Sie hatten eben, glaube ich, Ihre Rede überschrieben mit der Aussage: „Was lange währt, wird gut.“

(Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Ja.)

Ich hatte mir vorgenommen, das zu überschreiben: „Nothafen Darßer Ort und kein Ende“. Ich muss also sagen, dass dort jeder für sich so seine Gedanken hat, aber ich gebe Ihnen insofern recht, dass wir alle jetzt hoffen dürfen, dass es eine Lösung gibt. Ich meine wirklich, zumal die Landesregierung jetzt sozusagen ihre Geheimwaffe einsetzt, muss das jetzt klappen, also da, glaube ich, muss man klar sagen, das wird Till schon machen.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Lassen Sie mich nur ein paar Worte zu dem Thema an sich noch sagen. Man muss allerdings noch mal hier an dieser Stelle erwähnen, dass das Ganze ja auch mit viel Demokratie zu tun hat. Zunächst einmal will ich darauf hinweisen, dass die Beschlussfassung über die National-

parks, worauf sich ja letztlich auch dieses Problem irgendwo gründet, seitens der letzten DDR-Regierung, wenn ich das richtig sehe, so ungefähr im, schlagen Sie mich tot, September des Jahres 1990 über eine Anordnung erfolgte.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: 1. Oktober 1990.)

1. Oktober, jetzt wissen wir es genau, 1990, allerdings auf der Basis einer Anordnung oder Verordnung, da bin ich mir jetzt auch nicht ganz sicher, ohne jede Bevölkerungsbeteiligung, ohne jede Beteiligung eines Parlaments. Und da, muss man natürlich auch sagen, braucht man sich vielleicht am Ende gar nicht zu wundern, wenn man dieses oder jenes Problem da mit beschließt. Und der Nothafen Darßer Ort ist eben über die Jahre so ein Problem gewesen, er ist es ja heute noch.

Nun gibt es natürlich Leute, die sagen, in Paragraph 7 der entsprechenden Verordnung, bezogen auf diesen Nationalpark, steht in der Tat drin, dass der Nothafen von den Verboten nicht betroffen ist. Nun könnte jemand daraus ableiten, na, dann ist ja alles gut, lasst doch den Nothafen dort weiterlaufen.

Aber, meine Damen und Herren, das ist alles vergossene Milch. Mit der Entscheidung, behaupte ich, dem WWF, also World Wide Fund, die Betreuung dort zu übergeben, ist auch klar gewesen, dass man letztlich diesen Hafen aufgegeben hat. Das muss man klipp und klar und deutlich aussprechen. Und alle Landesregierungen dieses Landes haben bisher versucht, eine Ersatzlösung zu finden, mit dem bekannten Erfolg.

Das hat wieder mit Demokratie sehr viel zu tun, denn ich selbst habe die Demokratie in Prerow am eigenen Leibe wirklich wunderbar erleben dürfen. Wir hatten einen Beschluss der Volksvertretung, einen Hafen dort zu bauen, wir hatten die Zustimmung des Bürgermeisters. Dann kam eine Neuwahl, der Bürgermeister wurde abgewählt, die Meinung wurde genau um 180 Grad gedreht und wir waren wieder am Anfang. Das ist Demokratie.

Nun will ich klar sagen, ich habe auch Hoffnung, dass es hier eine Lösung gibt, aber zwei Dinge möchte ich ansprechen. Ich gehe davon aus, das wird auch beachtet.

Erstens einmal, es muss bei der angedachten Lösung Akzeptanz geben seitens der zukünftigen Nutzer, also da müssen die Fischer letztendlich mitmachen, da müssen auch, wenn man so will, die potenziellen Segler, die diesen Hafen vielleicht mal brauchen, sagen, das ist richtig so, dass man dort vor der Küste einen solchen Hafen errichtet. Und auch die Besatzung des Seenotkreuzers, da würde ich auch großen Wert drauf legen, müsste sagen, das ist alles so in Ordnung, wie ihr das plant.

Zum Zweiten: Es muss auch irgendwo eine rote Linie geben, wenn wir über die Finanzen reden. Ich bin mir sicher, dass Frau Finanzministerin darauf achten wird. Denn ich meine, wenn man einer Gemeinde anbietet, nicht nur die Investitionen, sondern auch die Betreuung zu übernehmen, dann ist das natürlich ein gewaltiges Geschenk, das muss man an dieser Stelle deutlich sagen, und ich weiß, wohin Geschenke führen können. Die süße Möglichkeit solches geschenkten Geldes verlockt natürlich zu allen möglichen Träumen. Ich habe mal

jemanden gehört, das war aber woanders da an der Küste, der hatte am Ende die glorreiche Idee, das so zu bauen, dass da noch ein Kreuzfahrer anlegen kann.

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD,
und Bernd Schubert, CDU)

Also insofern kann ich nur sagen, man muss die Dinge auch wirklich im Dorf belassen. Insofern wünsche ich dem Vorhaben guten Erfolg. Wir stimmen zu.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Jetzt hat das Wort der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seitdem die NPD hier im Landtag ist, doktert die Landesregierung am Nothafen Darßer Ort rum.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Nun soll der Landtag also

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

die Landesregierung bei der Schließung des Nothafens Darßer Ort und der Errichtung eines Ersatzhafens, möglichst im Bereich Prerow, unterstützen.

Was soll dieser Antrag eigentlich? Sie wissen doch ganz genau, dass es in Prerow ein Bürgerbegehren als Basis für einen Bürgerentscheid geben soll. Am 19. März soll über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens entschieden werden. Im Januar 2015 kamen etwa 200 Bürger zu einer Einwohnerversammlung zusammen. Dort sollten sie nicht nur über den 450 Meter vor dem Ufer geplanten Hafenneubau sowie über die damit verbundene Verlängerung der Seebrücke in Prerow um 135 Meter informiert werden, sondern Minister Backhaus wollte die Bürger von diesem Vorhaben überzeugen.

Doch so einfach lassen sich die Bürger hier im Land nicht eintüten. In der „Ostsee-Zeitung“ war zu lesen, Zitat: „Am Ende schien selbst der sonst so hartnäckige Umweltminister Till Backhaus zu resignieren: Drei Stunden lang hatten er und seine Mitstreiter von Planung und Naturschutz die Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie für einen Inselhafen vor der Prerower Seebrücke präsentiert ...“ Weiter: „12 Millionen Euro soll die Vorzugsvariante“ Prerow „kosten“. Der Bau und künftige Betrieb soll „zu 100 Prozent vom Land getragen“ werden. Zusätzlich soll „es Hilfen für den Ausbau der landseitigen Infrastruktur“ geben. Zitatende.

Dennoch stehen viele Bürger dem Vorhaben kritisch bis ablehnend gegenüber. Meine Wahrnehmung ist, dass die Bürger den Neubau im Bereich Prerow mehrheitlich nicht mittragen. Sie befürchten massive Einschnitte, sowohl für die Natur als auch für den Tourismus. Warten Sie also erst einmal die Entscheidung der Bürger in Prerow ab! Stattdessen soll Ihr Antrag wohl den Druck auf die Bürger in Prerow erhöhen. Aber Sie verschätzen sich wieder einmal total.

Seit Jahren taktiert die Landesregierung. Die Einbindung der Bürger in Prerow hätte schon längst geschehen müs-

sen. Außer Acht gelassen wird zudem, dass die Voraussetzungen in Zingst offenbar besser sind. Hierfür müsste sich die Landesregierung aber auf einen Boddendurchstich einlassen, mit allen Problemen und Abwägungen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

In Zusammenhang mit dem Nothafen am Darßer Ort sind aber auch noch einige Unklarheiten vorhanden. Von 1994 bis 2003 betrugen die Ausbaggerungskosten jährlich 63.000 Euro in etwa, 2005 betrugen diese dann 125.000 Euro, 2009 und 2010 schon 969.000 Euro und im Jahre 2013 sollen sie gar 500.000 Euro gekostet haben. Dieses sind zumindest Angaben aus Prerow.

Die Ursachen der Kostenexplosion sind allerdings unklar. Es stehen also noch viele Unklarheiten im Raum, viele Fragen sind weiterhin unbeantwortet. Fakt ist aber, dass dieser Antrag überflüssig ist und die NPD deshalb diesem Antrag nicht die Zustimmung geben wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Ursula Karlowski für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, die letzte Rede in dem letzten Tagesordnungspunkt heute, doch ein paar Aspekte haben wir noch nicht gehört, seien Sie gespannt auf ein paar neue Gedanken dazu. Ich versuche, das, was schon zu hören gewesen ist, wegzulassen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Auch in dieser Legislaturperiode war schon einer der ersten Anträge zum Nothafen Darßer Ort, Herr Tack ist darauf eingegangen. Dort ging es auch darum, den Nothafen zu schließen und durch einen Neubau an anderer Stelle zu ersetzen. Unsere Fraktion hat sich damals auch mit einem Änderungsantrag gegen den damaligen Antrag, also für eine Abänderung des damaligen Antrages ausgesprochen. Auch wir sind ganz klar dafür, ohne Rückbau kein Neubau. Dieser Formel können wir uns ganz klar anschließen. Dennoch unterstützen wir heute natürlich den hier vorliegenden Antrag. Wir sind froh, dass es wirklich eine andere Bewegung, eine neue Bewegung gibt. Es ist absehbar, dass der Nationalpark zur Ruhe kommt und dass es einen Ersatzhafen geben wird.

Wir reden von einer lange überfälligen Maßnahme, das haben die Vorredner schon betont, damit der permanente Eingriff innerhalb der Kernzone des Nationalparks Vorpommersche Boddenlandschaft ein Ende bekommt, denn der Nothafen verstieß schon von Anfang an gegen geltendes Recht, auch schon zu Zeiten der NVA. Aber spätestens mit der Ausweisung des Nationalparks am 1. Oktober 1990 lag er dann eben in der Kernzone dieses Parks und es war seitdem klar, dass er geschlossen werden muss.

Es geht hierbei nicht nur um den Seenotrettungskreuzer und die Prerower Berufsfischer, es geht auch um Freizeitsegler, die sich und ihr seglerisches Können überschätzen oder von schlechtem Wetter überrascht werden, und wir brauchen einen Alternativhafen. Das ist bis heute nicht geschehen.

Der Nothafen wurde immer wieder ausgebaggert, zwischenzeitlich auch mehrmals geschlossen. Bis zu 50 Gutachten, habe ich heute erfahren, oder Machbarkeitsstudien wurden erstellt, Bürgerentscheide eingeholt, die letztendlich vollkommen wertlos waren zum jetzigen Zeitpunkt, denn getan hat sich ja noch gar nichts, de facto ist die Situation noch immer verfahren.

Die Gründe, weshalb es in den letzten Jahren nicht gelang, einen Ersatzhafen zu bauen und den Nothafen am Darßer Ort zu schließen, sind zum Teil auch gar nicht nachzuvollziehen. Viel Geld wurde jetzt schon für das Ausbaggern der Fahrrinne in den Nothafen hinein buchstäblich in den Sand gesetzt, denn der Nothafen befindet sich ausgerechnet an dem Küstenabschnitt der Ostsee, der besonders dynamisch ist. Die Küstenlinie verändert sich hier kontinuierlich besonders stark.

Besonders spannend fand ich, dass die Spitze des Darßer Orts, das ist ja genau da in der Nähe, jährlich bis zu 10 Meter in die Ostsee hineinwächst. Das Ausbaggern gleicht also wahrlich einer Sisyphusarbeit und hat beim letzten Mal rund 1 Million Euro verschlungen. Dieses Geld hätte natürlich schon längst in den Bau des Inselhafens gesteckt werden können, das ist klar, wir haben es, glaube ich, alle schon bedauert.

Und immer hieß es beim Baggern, es ist das letzte Mal, und das letzte Mal wurde dann abgelöst vom wieder letzten Mal. Mich erinnert das ein bisschen an die Rolling Stones und ihre letzte Tournee durch die Welt,

(Udo Pastörs, NPD:
Das glaube ich, dass
Sie das damit assoziieren.)

und dann kam noch mal eine letzte und noch mal eine letzte ...

Wir haben jetzt eine Abstimmung zu der jetzigen angestrebten Lösung mit der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger und der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft, die Berufsfischer konnten in dem Ersatzort ihren Bedarf anmelden und die Gemeinde Prerow ist informiert, dass die Kosten nun komplett vom Land getragen werden. Auch der WWF begrüßt die neuen Pläne und sieht eine realistische Chance, dass aus dem Nothafen Darßer Ort endlich der Ostsee werden kann, ein Strandsee, wie er es einstmals war.

Leider kommt man nicht umhin, in den vielen Steinen, die der Umsetzung des Vorhabens bislang in den Weg gerollt wurden, vor allem auch eigennützige Interessen zu sehen. Viele hatten darauf gehofft, sich mithilfe der Landeskasse eine schicke Marina vor die Seebrücke bauen zu lassen. Andere forderten den Durchstich, meine Vorredner sind darauf schon eingegangen.

All diesen Bestrebungen gemein ist in unseren Augen, dass den dafür Verantwortlichen nicht bewusst ist, dass die einzigartige Natur des Nationalparks Vorpommersche Boddenlandschaft und die zum Glück doch noch an einigen Stellen erhaltene Beschaulichkeit auf der Halbinsel den Reiz der Region, die touristische Anziehungskraft ausmachen. Als Ergebnis all dieser Blockaden ist der Seenotrettungskreuzer nun in Barhöft stationiert und in die sensible Küstenregion am Darßer Ort wird weiterhin eingegriffen, nicht nur durch das Ausbaggern der Fahrrinne, sondern natürlich auch durch

die Nutzung durch die Freizeitsegler, die hier nach wie vor vor Anker gehen.

Interessant ist, dass viele manövrierunfähige Schiffe im flachen Gewässer vor dem Darßer Ort auf Grund gelaufen sind. Ich zitiere hier mal das Landesportal, Zitat: „Bewegt man sich von West nach Ost, ist zunächst Vorsicht beim Umschiffen des Darßer Ortes geboten, denn hier erstrecken sich Sandriffe weit nach Nordosten.“ Zitatende.

Auf der Internetseite des Fördervereins Nationalpark Boddenlandschaft e. V. heißt es, Zitat: „Ein wichtiges Argument für einen Hafenstandort vor der Nordküste des Darßes bleibt die Menschenrettung. Der Seenotkreuzer braucht einen Liegeplatz, von dem er schnell die Ostseebereiche erreicht, in denen es immer mal wieder zu Unfällen kommt – die Flachwasserbereiche rund um den Darßer Ort.“ Zitatende.

„Flachwasserbereiche rund um den Darßer Ort“, das heißt doch, hätten die Segler nicht von sich aus schon in Richtung Nothafen gesteuert, wären sie vermutlich gar nicht in Seenot gekommen und nicht auf Grund gelaufen. Meine Damen und Herren, wenn man sich das mal durch den Kopf gehen und auf der Zunge zergehen lässt: Wir reden hier von der Loreley der Ostseeküste!

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD:
Dann müssen Sie sich da hinsetzen.)

Man wird erst da hingelockt und dann kommt man in Not.

Ein Nothafen inmitten lauter sich ständig verändernder Sandbänke ist in unseren Augen ein Widerspruch in sich, kann gar nicht funktionieren. Ich glaube, allen ist klar, dass nicht alle Freizeitsegler, die den Nothafen ansteuerten, sich auch wirklich in höchster Not befanden. Dazu gibt es zahlreiche merkwürdige Interneteinträge, mehr oder weniger merkwürdige. Nur, weil ein Schiff nicht mehr weiterfahren kann, herrscht noch lange keine akute Lebensgefahr für die Menschen an Bord.

Wir halten es aber für sehr gefährlich, Freizeitskippern, die sich und ihre Fähigkeiten nicht richtig einschätzen können, mit dem Bau eines Etappenhafens einen Anreiz zu bieten, sich auf die sportlich herausfordernde Strecke Rügen–Warnemünde oder Warnemünde–Rügen zu begeben. Insofern hält unsere Fraktion es für richtig, auf einen regelrechten Etappenhafen zu verzichten und weiterhin von einem Nothafen zu sprechen. Deswegen ist ja auch die Lösung in Prerow relativ überschaubar klein oder groß.

Dass hier heute alle demokratischen Parteien einen gemeinsamen Antrag einbringen, werten wir als Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Seenotrettung einerseits und der Natur im Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft andererseits. Ich möchte noch einen Appell an uns alle richten, dass wir nun alles dafür tun, den Nothafen Darßer Ort Geschichte werden zu lassen und den Ostsee zum Leben zu erwecken. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Karlowski.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3742. Wer dem genannten Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3742 bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, 22. April 2015, 10.00 Uhr ein. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13.09 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Till Backhaus, Julian Barlen, Mathias Brodkorb, Henning Foerster, Torsten Koplin, Burkhard Lenz, Dr. Norbert Nieszery, Dr. Mignon Schwenke, Erwin Sellering und Michael Silkeit.